

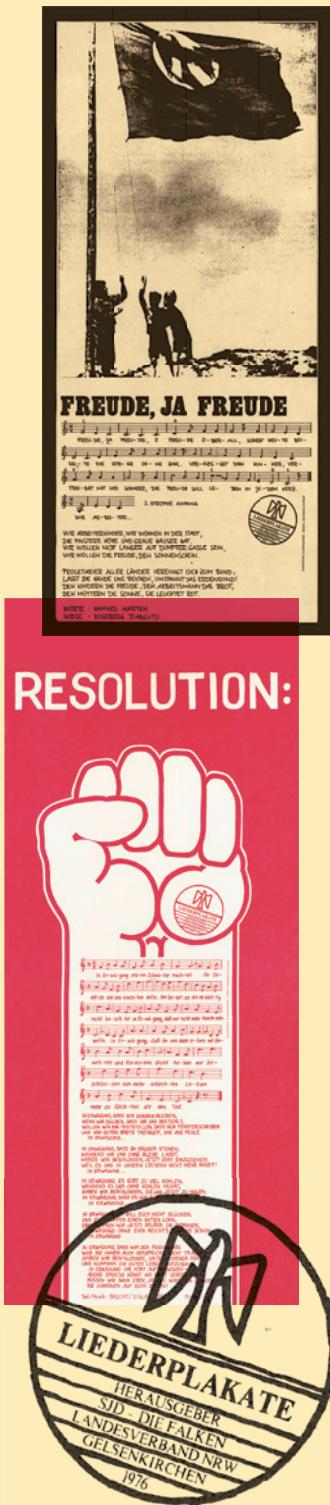
MITTEILUNGEN

ARBEIT-JUGEND-BEWEGUNG
Forschungsperspektiven 2025



INHALT

MITTEILUNGEN 2_2025



- 2 SCHAFENSTER** 70 Jahre Zeltlagerplatz e.V.
- THEMA ARBEIT-JUGEND-BEWEGUNG
FORSCHUNGSPERSPEKTIVEN 2025**
- 3 ARBEIT-JUGEND-BEWEGUNG** Fünfter Forschungsworkshop des Archivs der Arbeiterjugendbewegung
Maria Daldrup
- 7 DEUTSCHSPRACHIGER LINKSSOZIALISMUS
IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT**
Anna-Lena Tiedemann
- 14 FÜR FRIEDEN UND FREUNDSCHAFT IM FEINDESLAND?**
Westdeutsche Teilnehmer*innen bei den VI. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1957 in Moskau
Nicole Götzemann
- 20 KAMPFFELD HUMANISIERUNG**
Zeitgenössische Perspektiven auf das Reformprogramm »Humanisierung des Arbeitslebens«
Arne Schott
- 25 KAUDERZANCA ALS FALLSTUDIE**
antirassistischen Engagements von ›MigrantInnen‹ in der Bundesrepublik Deutschland, 1980er bis 2000er Jahre
Andreas Charis
- 30 KULTURKAMPF, KLASSE, PREKARITÄT**
Wie das Verschwinden der lebensweltlich verankerten Arbeiter*innenbewegung die Neue Rechte stärkt
Jana Malms
- 37 »DER SCHREI NACH VITAMINEN«**
Gesundheit im »Schlagbild« der »rote[n] Kinderrepublik« [1928]
Laurette Rasch
- 46 REZENSIONEN**
Maria Daldrup
Zwei Bücher in einem: Otto Felix Kanitz und Walter Langhammer
Heinz Weiss: Im Schatten der Werkstätten.
Das Martyrium der Lehrlinge in Wien vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 2025.
- 50 AUS DER ARBEITER*INNENJUGENDBEWEGUNG**
»Für Demokratie und sozialistischen Aufbau, gegen Faschismus und Kriegsgefahr«. Arbeiterjugendtag in Frankfurt am Main (1931)
Maria Daldrup/Wolfgang Uellenberg-van Dawen
- 58 NACHRUFFE**
Erinnerungen an Kurt Roth (1935 – 2025)
Winfried Höpfner, Klaus Krug-Beutner, Felix Leonhardt
Nachruf auf Reinhold Mars (1936 – 2025)
Jörg Richard
- 60 AUS DEM ARCHIV**
50 Jahre politische Bildungsarbeit – 50 Jahre Sozialistisches Bildungszentrum/ Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick
Maria Daldrup
- 62 VERANSTALTUNGEN**
»So verändern wir die Welt! Theorie und Praxis sozialistischer Erziehung«
Jahrestagung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung – 16./17. Januar 2026
23. Mitgliederversammlung des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« – 18. Januar 2026
- 64 Autor*innen dieser Ausgabe**

Liebe Genoss*innen,

ja, wir leben in anstrengenden Zeiten. Ihr werdet Erich Kästners treffenden Aphorismus kennen: »Die Erinn'rung ist eine mysteriöse/ Macht und bildet die Menschen um./Wer das, was schön war, vergißt, wird böse. / Wer das, was schlimm war, vergißt, wird dumm.« In Tagen wie diesen umfasst politisches und zeitgeschichtliches Erinnern, wie wir es uns zur Aufgabe gemacht haben, unweigerlich auch die Reflexion früherer Bemühungen, faschistoiden Tendenzen, faschistischen Bewegungen und Kriegsgefahren entgegenzutreten. Dies scheint im vorliegenden Heft in mehreren Beiträgen und in ganz unterschiedlicher Weise auf.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe der Mitteilungen ergibt sich aus den vielfältigen Beiträgen, die die Teilnehmenden des fünften Forschungsworkshops »Arbeit-Jugend-Bewegung« im vergangenen Sommer mit in unser Archiv gebracht haben: Anna-Lena Tiedemann blättert das schillernde Spektrum des Linkssozialismus in der Zwischenkriegszeit auf, das mit noch heute aktuellen Debatten (etwa zu antifaschistischer Wirtschaftspolitik) aufwartet. Nicole Götzemann zeichnet die westdeutsche Teilnahme an den VI. Weltfestspielen 1957 in Moskau anhand von Briefen, Postkarten und Erfahrungsberichten nach. Als ein zentrales Motiv vieler Mitreisender in der Zeit des sich zuspitzenden Kalten Krieges wird erkennbar, »das zu suchen, was die Alten verspielten: Den Frieden!« Mitten ins Zentrum einer Geschichte der Klassenkämpfe springt Arne Schott mit seinem Beitrag zur kontroversen Rezeption des sozialliberalen Reformprogramms »Humanisierung des Arbeitslebens« unter besonderer Berücksichtigung von Publikationen verschiedener Gruppierungen der »Neuen Linken« der 1970er. In seiner Fallstudie antirassistischen Engagements junger Migrant*innen untersucht Andreas Charis eine spannende Geschichte von Selbstorganisation und Mobilisierung am Rande der Mehrheitsgesellschaft, die auch für die jugendverbandliche Praxis interessante Hinweise gibt. Jana Malms erklärt das Erstarken der Neuen Rechten soziologisch wesentlich mit dem Verlust des Identitätsangebots der Arbeiter*innenbewegung und greift dafür Pierre Bourdieus Modell des »sozialen Raums« auf. Laurette Rasch macht uns das Geschenk, ihre Forschung zur Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe anhand einer zeitgenössischen Publikation der Kinderfreunde über die erste große Kinderrepublik 1927 in Seekamp zu veranschaulichen.

» Die Erinn'rung ist eine mysteriöse
Macht und bildet die Menschen um.
Wer das, was schön war,
vergißt, wird böse.
Wer das, was schlimm war,
vergißt, wird dumm.

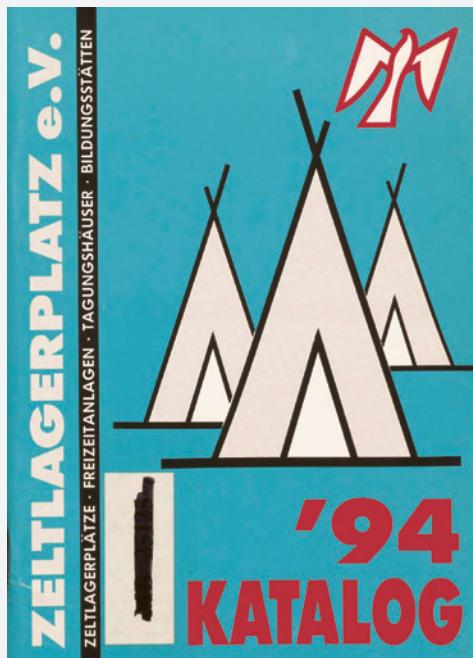
Erich Kästner

Vervollständigt wird das Heft durch Maria Daldrups Rezension des jüngsten »Wendebuchs« von Heinz Weiss, in dem er ein Stück werbende Literatur für die österreichische Arbeiter*innenjugendbewegung aus dem Jahr 1932 und dessen Illustrator vorstellt, eine ausführliche Dokumentation aus der Monatsschrift »Arbeiterjugend« zum bereits sehr im Zeichen der Abwehr von Faschismus und Kriegsgefahr stehenden 6. Arbeiterjugendtag 1931 in Frankfurt am Main, Nachrufe auf die verstorbenen Genossen Kurt Roth und Reinhold Mars sowie einen Bericht vom Festakt zum 50. Jahrestag der Gründung des Sozialistischen Bildungszentrums/Salvador-Allende-Haus. Abschließend veröffentlichen wir die Einladungen zur turnusgemäßen Mitgliederversammlung unseres Förderkreises am 18. Januar 2026 sowie zur kommenden Archivtagung, die sich am 16./17. Januar 2026 unter der ungläubigen Fragestellung »So verändern wir die Welt!« der Theorie und Praxis sozialistischer Erziehung im Wandel der Jahrzehnte widmen wird.

Ich wünsche eine gespannte Lektüre!

Freundschaft!
Veit Dieterich

Vorsitzender des Förderkreises
»Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«



Katalog des Zeltlagerplatz e. V. (1994)
AAJB, ZA 2992



1 ▲ Zeltlagerplatz Föhr



6 ▲ Zeltlagerplatz Berlin-Heiligensee

**Ein Sturm verwüstete
den Zeltlagerplatz
Berlin-Heiligensee!**

**Spenden werden
dringend benötigt:
betterplace.org/p166031**



32 ▲ Zeltlagerplatz Schwangau



28 ▲ Zeltlagerplatz Reinwarzhofen

70 Jahre Zeltlagerplatz e.V.

1955 wurde der Zeltlagerplatz e.V. (ZeV) von der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken als zentraler Vermögensträger gegründet, um Zeltlagerplätze zu sichern, zu sanieren, zu bewirtschaften – und so wieder zu lebendigen Orten der Kinder- und Jugendverbandsarbeit zu machen. Heute, 70 Jahre später, engagiert sich der ZeV nach wie vor in unermüdlicher ehrenamtlicher Arbeit um all die wichtigen juristischen, finanziellen, organisatorischen Fragen seiner Mitgliedsvereine – ob Zeltlagerplatz in Schwangau, Reinwarzhofen, Heiligensee oder auf Föhr, Spielmobil, Abenteuerspielplatz, Tagungshaus, Bildungszentrum oder Archiv. Denn: Der ZeV war nicht nur maßgeblich an der Entstehung und Erweiterung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung beteiligt, sondern ist nach wie vor im Auftrag des Bundesvorstandes der SJD – Die Falken treuhänderisch sowohl für das Archiv als auch das Bundesbüro der Falken zuständig. Umso herzlicher gratulieren wir zum 70. Geburtstag und wünschen ein glückliches Händchen für die kommenden Jahrzehnte.

Teilnehmer*innen des Forschungsworkshops



ARBEIT-JUGEND-BEWEGUNG

Fünfter Forschungs- workshop des Archivs der Arbeiterjugend- bewegung

Maria Daldrup

Zum fünften Mal fand am 15. und 16. August 2025 der Forschungsworkshop »Arbeit-Jugend-Bewegung« im Archiv der Arbeiterjugendbewegung in Oer-Erkenschwick statt. Zentral war, wie jedes Jahr, der Austausch von Nachwuchsforscher*innen über ihre Forschungen aus dem Kontext von Arbeit, Jugend und/oder sozialen Bewegungen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert.

Nach der Begrüßung und Einführung durch Maria Daldrup folgte das Grußwort von Veit Dieterich als Vorsitzender des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« sowie eine Vorstellungsrunde. Als erste Referentin führte Anna-Lena Tiedemann (Bonn) hinein in die Zwischenkriegszeit und ihr Dissertationsprojekt zum Linkssozialismus. Das »Lehrlingselend« in Rumänien nahm anschließend Manuel Lautenbacher (Mainz) in den Blick. Die 1970er Jahre fokussierte die Dissertation von Arne Schott (Oer-Erkenschwick) mit der Analyse des Reformprogramms »Humanisierung des Arbeitslebens«. Es folgte die obligatorische Führung durch die Magazine des Archivs der Arbeiterjugendbewegung. Am zweiten Workshoptag nahm Nicole Götzemann (Wien) die Teilnehmer*innen mit zu den Weltfestspielen in Moskau 1957 und zeigte die vielfältigen Quellen zu diesem Ereignis aus westdeutscher, österreichischer und schweizerischer Perspektive. Andreas Charis (Berlin) gab hiernach Einblicke in seine Dissertation zu antirassistischem Engagement von Migrant*innen in der

Bundesrepublik zwischen den 1980er und 2000er Jahren. Es folgten zwei nichthistorische und hierdurch besonders bereichernde Beiträge des Forschungsworkshops: Jana Malms (Bielefeld) zeigte soziologische Perspektiven auf den Rechtsruck im Arbeiter*innenmilieu als Einblick in ihre Bachelorarbeit, Laurette Rasch (Berlin) konzentrierte sich aus der Perspektive der Public-Health-Forschung auf Fragen von Gesundheitsförderung und Kindheit bzw. Jugend. Es zeigten sich im Forschungsworkshop nicht nur die vielfältigen methodischen und theoretischen Zugänge – ob transnational, bewegungshistorisch, biographisch, sozialtheoretisch oder diskursanalytisch – zu einer Geschichte (und Gegenwart) von »Arbeit-Jugend-Bewegung«, sondern auch die Bedeutung (und Bereitstellung) von heterogenem Quellenmaterial, wie Akten, Postkarten, Flyer und Fotografien oder auch Zeitzeug*inneninterviews, die es gilt, kritisch und reflektiert zu erforschen.



Eine Besonderheit beim fünften Forschungsworkshop »Arbeit-Jugend-Bewegung« war die Kooperation mit dem Bildungswerk Stenden, das dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung inhaltlich wie ideell nahesteht.

Hierzu lohnt ein kurzer Blick in die Geschichte des Bildungswerks Stenden. Heute ein namhafter Ort der politischen Erwachsenenbildung in Düsseldorf, war es ursprünglich eine Gründung der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) Duisburg. Schon 1926 hatte diese Pläne für ein Ferienheim und in ihrem Mitteilungsblatt »Jungvolk am Niederrhein« zu einer – vom Regierungspräsidenten genehmigten – Haussammlung vom 14. bis 29. August 1926 aufgerufen. Hierbei hieß es: »Die Jugend vor die Front! Wir müssen alle Kräfte aufbieten, um die Sammlung zu einem vollen Erfolg für unser Ferienheim zu gestalten!«¹

¹ Für unser Ferienheim, in: Jungvolk am Niederrhein. Mitteilungsblatt der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (1926) H. 8, S. 61.

Im August 1927 war es so weit: Ein etwa zwei Jahre zuvor erbautes, noch nicht ganz fertiggestelltes Bauernhaus und zweieinhalb Morgen Land im kleinen Dorf Stenden im Kreis Geldern am Niederrhein gehörten nun der SAJ. Den Kaufvertrag unterzeichnet hatte zunächst allerdings Fritz Lewerentz, der es dann dem eingetragenen Verein »Arbeiterjugendferienheim Niederrhein« überantwortete.² Über den Winter 1927/1928 wurde das Haus fertiggestellt, aus- und umgebaut. »Es gibt noch viel Arbeit, bis es soweit ist – und eine Menge Geld wird es auch noch kosten, ehe wir die 30 Betten für Feriengäste und die anderen Einrichtungen für die damit verbundene Jugendherberge alle herbeigeschafft haben.«³

² Ernst Gnoß: Wir sind Haus- und Grundbesitzer geworden!, in: Jungvolk am Niederrhein (1927) H. 9, S. 69, AAJB, ZA 781. Lewerentz war zu diesem Zeitpunkt Bezirkssekretär der SPD für den linken Niederrhein und Vorsitzender der SPD Krefeld. 1933 war er gezwungen unterzutauchen und wurde schließlich 1944 verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt. Er starb im April 1945 kurz vor der Befreiung auf dem Todesmarsch von Sachsenhausen.

³ Ebd.



Postkarte als Erinnerung an eine staatsbürgerliche Schulung im Jugendhaus am Niederrhein in Stenden (1928)
AAJB, Fotosammlung, 02/556



SAJ Mülheim im Jugendhaus am Niederrhein in Stenden (1929)
AAJB, Fotosammlung 02/647

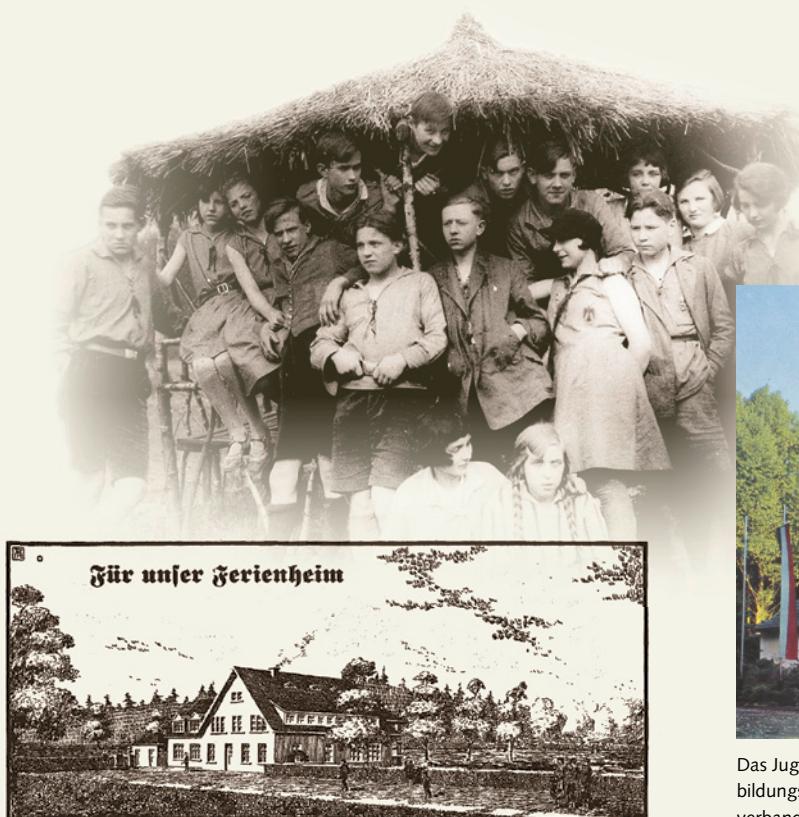
Eingeweiht am Pfingstwochenende 1928 fungierte es nun als Ferien- und Bildungsstätte für die Arbeiter*innenjugend. Die Bildungsarbeit sollte hier der Aufklärung im gewerkschaftlichen und politischen Interessenkampf dienen, d. h. es ging um die Grundlagen von Theorie und Praxis des Sozialismus sowie die Diskussion und Er schließung von aktuellen Themen wie Arbeitslosigkeit oder Faschismus. Ergänzt wurde das Bildungsangebot durch Freizeitaktivitäten zur Erholung wie auch kulturellen Entwicklung. Basis von allem war ein sozialdemokratisches Weltbild, das für eine friedliche, freie und gerechte Gesellschaft stehen sollte, in der die Einzelnen in Solidarität mit anderen sich entfalten können. Bereits 1933 wurde das Haus in Stenden allerdings wieder geschlossen und in der Zeit des Nationalsozialismus als Gauleiter-Schule zu einem politisch völlig ent gegengesetzten Zwecke umfunktioniert. Erst im Jahre 1952 konnte die Bildungsarbeit erneut aufgenommen werden. Der Auftrag war explizit demokratisch: »Alle politischen Richtungen sollen hier eine Heimstatt haben, nur den Feinden der Demokratie wird dieses Haus für immer verschlossen bleiben«. Neben kommunalpolitischen Schulungen der SPD stand das Haus weiterhin der Arbeiter*innenjugend zur Verfügung. Dort sollte sie bei all der ernsten Arbeit auch »losgelöst vom Alltagsmilieu und verbunden mit der schönen Landschaft am linken Niederrhein andere neue Werte aufnehmen und echte Kinderfreuden erleben«.⁴

Der Name Lewerentz tauchte dann nochmal 1972 auf, als das Haus in die Heimvolkshochschule »Fritz-Lewerentz-Heim« umgewandelt wurde. Während die Bildungs abteilung 1993 den heutigen Namen »Bildungswerk Stenden« erhielt, hieß das Gästehaus weiterhin »Fritz-Lewerentz-Heim« und wurde schließlich zu einem Tagungshotel modernisiert. Im Zuge des Weiterbildungsgesetzes NRW Mitte der 1970er Jahre blieb zwar die Bildungsarbeit des Bildungswerks Stenden sozialdemokratischen Werten verbunden, verschob sich aber deutlicher in Richtung einer überparteilichen politischen Erwachsenenbildung. Es wurden nicht mehr die sozialistischen Klassiker gelesen, sondern Kompetenzen in Moderation, Rhetorik oder Zeitmanagement vermittelt. Seit 2011 hat das Bildungswerk Stenden als Einrichtung des gemeinnützigen Vereins Neue Gesellschaft Niederrhein seinen Sitz in Düsseldorf.⁵

Auch der Kooperation mit dem Bildungswerk Stenden ist es zu verdanken, dass der fünfte Forschungsworkshop »Arbeit-Jugend-Bewegung« zu einer für alle Teilnehmen den ertragreichen und inspirierenden Veranstaltung wurde. Die verschriftlichten Beiträge finden sich auf den folgenden Seiten. ■

⁴ Hierzu <https://www.bildungswerk-stenden.de/ueber-uns/> [letzter Zugriff: 20.11.2025].

⁵ Ebd.



Für unser Ferienheim, in: Jungvolk am Niederrhein. Mitteilungsblatt der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (1928) H. 3, S. 22, AAJB, ZA 781



Das Jugendhaus am Niederrhein in Stenden in einem Flyer zu einer Weiterbildungskonferenz der Neuen Gesellschaft Niederrhein e. V. und des Landesverbandes der SPD in NRW (1973) AAJB, Fotosammlung, 02/556



»ARBEIT-JUGEND-BEWEGUNG«

Fünfter Forschungsworkshop des Archivs der Arbeiterjugendbewegung

FREITAG, 15. AUGUST 2025

13⁰⁰ Beginn des Forschungsworkshops und Begrüßung

Maria Daldrup (Oer-Erkenschwick)

Einführung

Veit Dieterich (Berlin)

Grußwort aus dem Förderkreis

»Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«

Anna-Lena Tiedemann (Bonn)

Linkssozialismus in der Zwischenkriegszeit

Manuel Lautenbacher (Mainz)

»Lehrlingselend« im Blick der Arbeiter*innenbewegung Rumäniens

Arne Schott (Oer-Erkenschwick)

Ein Reformprogramm in der Kritik. Linke zeitgenössische Perspektiven auf die Humanisierung des Arbeitslebens

Führung durch das Archiv der Arbeiterjugendbewegung

SAMSTAG, 16. AUGUST 2025

Nicole Götzemann (Wien)

Für Frieden und Freundschaft im Feindesland?

Westdeutsche, österreichische und schweizerische

Teilnehmer*innen bei den 6. Weltfestspielen 1957 in Moskau

Andreas Charis (Berlin)

Antirassistisches Engagement von ›MigrantInnen‹ in der Bundesrepublik Deutschland (1980er bis 2000er)

Jana Malms (Bielefeld)

Soziologische Perspektiven auf den Rechtsruck im Arbeiter*innenmilieu

Laurette Rasch (Berlin)

Gesundheitsförderung in der Jugendhilfe

Abschlussdiskussion

16⁰⁰ Ende des Forschungsworkshops



Sozialistische Arbeiterjugend beim Nordwestdeutschen Jugendtag in Lüneburg (1930) AAJB, Fotosammlung, 02/1158

Deutschsprachiger Linkssozialismus in der Zwischenkriegszeit

Anna-Lena Tiedemann

Linkssozialistische Bewegungen sind nicht nur ein weniger bekannter Teil der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung, sondern auch ein wichtiger Bestandteil antifaschistischer Demokratiegeschichte. Im folgenden Beitrag werden linkssozialistische Organisationen und Akteure aus der Zwischenkriegszeit – also den Jahren zwischen dem Ende des Ersten und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges – kurz vorgestellt, kontextualisiert und erste Ergebnisse eines Dissertationsprojekts¹ zum Thema Linkssozialismus vorgestellt.

Linkssozialismus als Geschichte der Arbeiter*innenbewegung

Was haben Willy Brandt (1913–1992), der ehemalige Vorsitzende der IG Metall Otto Brenner (1907–1972), die Pädagogin Anna Siemsen (1882–1951), die internationale anerkannte sozialistische Politikerin Anzelika Balabanova (1869–1965) und der Mathematiker Emil Julius Gumbel (1891–1966), bekannt für die Gumbel-Verteilung, gemeinsam? Sie alle waren in der Zwischenkriegszeit Teil eines Spektrums der Arbeiter*innenbewegung »zwischen oder jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus«.²

Zur Geschichte der Arbeiter*innenbewegung gehören nicht nur die relativ gut erforschten sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegungen, sondern auch unterschiedlichste kritische Strömungen und Organisationen, die in der Forschung unter dem Schlagwort »Linkssozialismus« zusammengefasst werden. Diese »Grenzgänger des Kommunismus«³ finden im Zuge eines Revivals der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung als

¹ Das geplante Dissertationsprojekt wird von Prof. Dr. Martin Aust an der Abteilung für Osteuropäische Geschichte der Universität Bonn betreut und hat folgenden Titel: »Die linkssozialistische Debattenwelt im Spiegel digitaler Hermeneutik. Eine Untersuchung linkssozialistischer, deutschsprachiger Publikationen der Zwischenkriegszeit.«

² Christoph Jünke: Begriffliches, Historisches und Aktuelles zur Einleitung, in: Ders. (Hg.): Linkssozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?, Hamburg 2010, S. 7–20, hier: S. 7.

³ Mario Keßler: Grenzgänger des Kommunismus. Zwölf Porträts aus dem Jahrhundert der Katastrophen, Berlin 2015.

demokratische, unabhängige Gruppierungen und Personen mehr Beachtung. Auch im Angesicht aktueller Entwicklungen wie Wohnungsnot und zunehmender Ungleichheit steigt das Interesse an alternativer Sozial-, Bildungs-, Wohnungsbau- und Kulturpolitik z. B. des austromarxistischen Wiens oder der linkssozialdemokratischen Kulturpolitik der SPD-Linken in den 1920er Jahren.⁴ Gleiches gilt für Kämpfe gegen faschistische und nationalsozialistische Bewegungen und Diktaturen, insbesondere mit einem Fokus auf unabhängige demokratische Akteure und Strategien.⁵ Die Aktionen der SPD-Linken gegen Regierungsbeteiligungen durch Rechtsbündnisse oder gegen Aufrüstung und Sozialstaatsabbau mit der Wahlkampfparole »Kinderspeisung statt Panzerkreuzerbau« und die abschließende Abspaltung zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAPD) – nachdem der Parteivorstand Reichstagsmitglieder ausgeschlossen hatte, die gegen Mittel für den Bau des Panzerkreuzers gestimmt hatten, fanden diese in der SAPD zusammen – ist ebenfalls von Interesse.⁶

Linkssozialismus: Definitionsversuche und Forschungsstand

Unter Linkssozialismus lassen sich sehr unterschiedliche oppositionelle Gruppierungen, Parteien und Strömungen innerhalb der Arbeiter*innenbewegung subsummieren. Diese entstanden als Krisenreaktion auf den Ersten Weltkrieg und in Abgrenzung zur parteikommunistischen und mehrheitssozialdemokratischen Politik. Die Klassengesellschaft sollte aufgehoben werden und beispielsweise durch eine »soziale Demokratie«⁷ ersetzt werden, worunter nicht einfach mehr Sozialstaat, sondern eine vollständige Aufhebung der Klassengesellschaft verstanden wurde.

⁴ Andreas Fisahn/Thilo Scholle/Ridvan Ciftci (Hg.): *Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus*, Baden-Baden 2018; Rob McFarland/Georg Spitaler/Ingo Zechner (Hg.): *Das Rote Wien. Schlüsseltexte der Zweiten Wiener Moderne 1919–1934*, München/Wien 2020.

⁵ Beispielsweise diesem antifaschistischen Paar, das sämtliche Parteien durchlief und schließlich in der Bundesrepublik wieder in der SPD aktiv wurde: Riccardo Altieri: »Antifaschisten, das waren wir ...«. Rosi Wolfstein und Paul Fröhlich. Eine Doppelbiografie, Marburg 2022.

⁶ Florian Wilde: »Den nach Hoffnung hungernden Massen den Sozialismus als einzig mögliche Rettung aus der Krise zeigen.« Die Entwicklung der SPD-Linken von der Klassenkampf-Gruppe zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), in: Marcel Bois/Bernd Hüttner (Hg.): *Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken*, Heft 1 : Theorien und Bewegungen vor 1968, Berlin 2010, S. 22 – 26.

⁷ Max Adler: *Politische oder soziale Demokratie. Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung*, Berlin/Leipzig 1926.

Bisher gab es in der Forschung zu Linkssozialismus unterschiedliche Schwerpunkte: Wichtige Grundlagenarbeiten zu den Gruppen jenseits von KPD und SPD in der Weimarer Republik, den Zwischengruppen, kamen aus der Marburger Schule und waren von deren politökonomischem Paradigma geprägt, zum Beispiel die des späteren Marburger Oberbürgermeisters Hanno Drechsler (1931–2003) zur SAPD⁸ oder des Politikwissenschaftlers Werner Links (1934 – 2023) zur Geschichte des Internationalen Jugend-Bunds (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbunds (ISK).⁹ Einen beeindruckenden Beitrag hat auch Marcel Bois mit seiner Analyse linkskommunistischer Strömungen in der Weimarer Republik geleistet.¹⁰ Weitere Untersuchungen betrachteten linkssozialdemokratische Perspektiven und Politiken in der Weimarer Republik. In den vergangenen Jahren folgten diverse Einzelarbeiten, die sich biographisch oder allgemein mit kritischen Sozialist*innen und der Suche nach einem demokratischen Weg in den Sozialismus befassen. Eine vorgeschlagene Definition für Linkssozialismus ist hier die eines dritten Wegs zwischen rechtsorientierter Sozialdemokratie und diktatorischem ›Realsozialismus‹, die man jeweils als Bewegung charakterisieren und gar nicht eindeutig inhaltlich definieren sollte.¹¹ Als ein Gründungsdokument des deutschsprachigen Linkssozialismus wird oftmals Rosa Luxemburgs Streitschrift »Sozialreform oder Revolution« angesehen.¹² Der Zwischenkriegslinkssozialismus gilt in dieser Theorieperspektive als »revolutionäre[r] Reformismus« und »linkssozialistische Antwort auf Revisionismus und mechanistische Revolutionserwartung«.¹³ Demgegenüber schlug der Politikwissenschaftler Uli Schöler vor, bereits den Umgang der sozialdemokratischen Parteiführung mit den sogenannten ›Jungen‹,

⁸ Hanno Drechsler: *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik*, Hannover 1983.

⁹ Werner Link: *Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*, Meisenheim am Glan 1964.

¹⁰ Marcel Bois: *Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung*, 2. Aufl., Essen 2014.

¹¹ Siehe hierzu: Jünke, Begriffliches.

¹² Andreas Diers: *Linkssozialismus*, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Eine Veröffentlichung des Berliner Instituts für Kritische Theorie (Inkrit)*, Hamburg 2015, S. 1207–1218 sowie: Rosa Luxemburg: *Sozialreform oder Revolution*, in: Dies.: *Gesammelte Werke*, Bd. 1, Erster Halbbd., Berlin 1982, S. 369 – 445.

¹³ Helmut Konrad: *Der Linkssozialismus – eine eigenständige Position?*, in: Peretz Merchav (Hg.): *Linkssozialismus in Europa zwischen den Weltkriegen*, Wien 1979, S. XI–XXVI, hier: S. XIII.

einer radikaleren Opposition zur Zeit des Sozialisten gesetzes im Kaiserreich, als »Auftakt eines durchaus klassisch zu nennenden Paradigmas in der Geschichte der Sozialdemokratie«¹⁴ anzusehen, nämlich »[a]ufgebrachten (häufig linkssozialistisch inspirierte) jüngere Parteimitglieder [...] eher widerwillig«¹⁵ zu dulden und »wachsende Konflikte schlussendlich lieber administrativ als diskursiv«¹⁶ zu lösen.

Das Dissertationsprojekt

Bei dieser Vielfalt an Persönlichkeiten und Organisationen stellt sich die Frage, ob es eine gemeinsame inhaltliche Definition von Linkssozialismus geben kann. In meinem Dissertationsprojekt frage ich nach einer über einzelne Organisationen oder Strömungen hinausgehenden Gemeinsamkeit deutschsprachiger linkssozialistischer Bewegungen und versuche neben einer bisher fehlenden Überblicksdarstellung über den deutschsprachigen Linkssozialismus in der Zwischenkriegszeit auch eine mögliche inhaltliche Definition zu geben.

Dazu werden systematisch Publikationen wie Zeitungen, Zeitschriften und Schriftenreihen der sozialdemokratischen Linken und unabhängiger Zwischengruppen digitalisiert, in einer Datenbank gespeichert, ausgewertet und mit diesen Daten, dem Textkorpus, quantitative und qualitative Analysen durchgeführt – ein sogenanntes »Blended Reading«, eine Methode aus den digitalen Geisteswissenschaften.

Themen wie Abrüstung, Antimilitarismus, Sexualaufklärung und der Kampf für Frauenrechte und Abtreibung sowie eine stark ausgeprägte Kirchenkritik kristallisierten sich dabei in der bisherigen Untersuchung als zentrale Themen heraus. Ebenso der Versuch, eine verlorene Einheit der Arbeiter*innenbewegung in einer Einheitsfront wiederherzustellen. Da in der Recherche auffiel, wie viele weibliche, jüdische und russländische Aktivist*innen in den verschiedenen Gruppierungen schrieben und tätig waren, diese Aktiven jedoch ebenso wie linkssozialistische Positionen zu Antisemitismus, Frauenfrage und Faschismusanalysen in bisherigen Untersuchungen zu Linkssozialismus allenfalls am Rande vorkamen, wird hier ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit liegen.

»> Sowohl innerhalb des linken Flügels der SPD als auch außerhalb wurde nach einer anderen Gesellschaft gesucht.

Linkssozialistische Positionen und Debatten

»Republik, das ist nicht viel – Sozialismus ist das Ziel«, diese Parole der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) aus Zeiten der Zwischenkriegszeit, die nicht nur bei der deutschen, sondern ebenso bei der österreichischen und schweizerischen sozialistischen Jugend beliebt war,¹⁷ weist bereits auf linkssozialistische Bewegungen und Inhalte hin. Darin drückte sich eine Kritik an einem rein reformistischen Republikanismus aus, wie er in Teilen der SPD in der Weimarer Republik gang und gäbe war, und wurde meist als Kritik an Koalitionsregierungen und den dabei beschlossenen Kompromissen geübt. Sowohl innerhalb des linken Flügels der SPD als auch außerhalb wurde nach einer anderen Gesellschaft gesucht, die Republik wurde als ein notwendiger Schritt anerkannt, aber war aus dieser Perspektive nicht ausreichend für emanzipatorische Zielsetzungen.

Besonders wichtig in den Debatten der Zwischenkriegszeit zu Sozialismus und Demokratie war unter anderem der österreichische Universitätsprofessor und sozialdemokratische Autor und Politiker Max Adler (1873–1937),¹⁸ der die zugespitzt formulierte SAJ-Parole theoretisch unterlegte. An seiner Person lässt sich auch gut zeigen, dass es sich bei der Arbeiter*innenbewegung um ein Netzwerk handelte. Max Adler kam aus einer einfluss-

¹⁴ Ulrich Schöler: Linkssozialismus – historisch–essayistische Betrachtungen, in: Michael Krätke/Max Reinhardt/Thilo Scholle/Stefan Stache (Hg.): SPD–Linke zwischen Revolution, linken Bewegungen und radikalem Reformismus. Linker Aufbruch in Geschichte und Biografien, 1. Aufl., Dortmund/Baden–Baden, 2021, S. 41–49, hier: S. 42.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Franz Walter: »Republik, das ist nicht viel«. Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus, Bielefeld 2014; Stefan Berger: Demokratie und Soziale Demokratie, in: <https://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/06083.pdf> [letzter Zugriff: 20.11.2025]; Jünke, Begriffliches, S. 7.

¹⁸ Michael Franzke: Max Adler zum 150. Geburtstag. Über Leben, Wirken und Aktualität des Linkssozialisten und Austromarxisten, Berlin 2023.

reichen jüdischen, sozialdemokratischen Familie. Sein Vater Victor Adler war einer der Gründer der österreichischen Sozialdemokratie.¹⁹ Sein Bruder Friedrich Adler erlangte dadurch Berühmtheit, dass er aus Protest gegen die Politik der Regierung im Ersten Weltkrieg den österreichischen Ministerpräsidenten Karl Stürgkh erschossen hatte.²⁰ Seine russländische Frau Jenny Adler-Herzmark, geborene Jewgenia Ossipowna, gehörte zu den wichtigsten Sozialmedizinerinnen vor 1938.²¹ Max Adler erörterte in seinem vielfach gelesenen und diskutierten Buch über politische und soziale Demokratie, dass Arbeiter*innen immer für die Demokratie bereit gewesen seien zu kämpfen, jedoch unter dieser etwas viel Umfassenderes verstanden hätten: »nicht die formale Demokratie, sondern die Idee einer neuen freieren und gerechteren Gesellschaftsordnung«.²² Dementsprechend war für Adler erst die noch unerreichte »Idee der sozialen Demokratie, der solidarischen Gesellschaft«²³ eine vollumfängliche Demokratie, jedoch sei die »Verteidigung der errungenen demokratischen Freiheiten«²⁴ die Voraussetzung für jeden weiteren Fortschritt, um »nunmehr die demokratischen Formen zur Überwindung dieses Klassencharakters zu gebrauchen«.²⁵

Ergänzend dazu findet sich auch eine zeitgenössische Selbstverortung: Siegfried Marck (1889 – 1957), der in der Weimarer Republik eine Professur für Soziologie und Philosophie in Breslau inne hatte, definierte Linkssozialismus 1927 als eine Haltung, »die als berechtigt anerkannten Momente des Kommunismus in sich aufzunehmen, [...] womit die Ablehnung der Taktik der Kommunistischen Partei Hand in Hand gehen«²⁶ könne und in Marcks Fall aufgrund seiner Ablehnung des Stalismus und der Taktik der KPD auch eindeutig ging.

¹⁹ Karl Gottfried Hugelmann: Adler, Victor, in: Neue Deutsche Biographie 1 (1953), S. 72f., siehe: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118647075.html#ndbccontent> [letzter Zugriff: 20.11.2025].

²⁰ John Zimmermann: »Aber das Nichtstun gegen den Krieg ist auch eine Verantwortung für vergossenes Blut«. Friedrich Adler und sein Attentat auf den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh 1916, in: Riccardo Altieri/Frank Jacob (Hg.): Krieg und Frieden im Spiegel des Sozialismus 1914 – 1918, Bd. 2, Berlin 2018, S. 285 – 307.

²¹ Ch. Kanzler: Adler-Herzmark, Jenny (Scheine Blume); geb. Herzmark, verheiratete Adler (1877–1950), Medizinerin, in: Österreichisches Biographisches Lexikon ab 1815, 2. überarb. Aufl., 15.12.2020, siehe: https://www.biographien.ac.at/oebi/oebi_A/Adler-Herzmark_Jenny_1877_1950.xml;internal&action=hilite.action&Parameter=adler-herzmark [letzter Zugriff: 20.11.2025].

²² Adler, Politische oder soziale Demokratie, S. 13.

²³ | ²⁴ | ²⁵ Ebd.

²⁶ Siegfried Marck: Reformismus und Radikalismus in der deutschen Sozialdemokratie. Geschichtliches und Grundsätzliches, Berlin 1927, S. 6.

Linkssozialist*innen als kritische Außenseiter*innen

Dabei galten aus mehrheitssozialdemokratischer Sicht Linkssozialist*innen »häufig als linke Spinner mit teilweise kommunistischen Neigungen, in jedem Fall aber als Verirrung, der man (im Notfall) nur durch Parteiausschluss beikommen konnte.«²⁷ Hannah Papanek (1927–2017), Tochter der linken Sozialdemokraten Elly Kaiser und Alexander Stein, zitierte in ihrem autobiographisch gefärbten Buch über »Revolution, Rotes Berlin, Flucht, Exil« aus Briefen verschiedener linker sozialdemokratischer Organisationen, die darüber klagten, dass der Vorstand der Sozialdemokratie im Exil (Sopade) linke Sozialdemokrat*innen als bekämpfte Konkurrenz von den rettenden Visumslisten für die USA streichen ließ.²⁸ Die parteikommunistische Reaktion war, so Schöler, im besten Fall »nur ein Ausschluss, eine öffentliche Reuebekundung und eventuelle Rehabilitierung, konnte aber auch in »den Phasen des Hochstalinismus [...] mit den unterschiedlichsten Verdikten des Links- oder Rechtstrotzkismus wie der Verschwörung belegt und [...] – wenn es gut ging – im Lager, im schlimmsten Fall mit der Liquidation«²⁹ enden. Noch in den 1950er Jahren konnte es zu einem Schicksal wie dem des linkssozialistischen Gewerkschafters Heinz Brandt (1909 – 1986) kommen: einer Entführung in die DDR und dem Versuch, unter Folter und Isolationshaft ein Geständnis zu erzwingen.³⁰

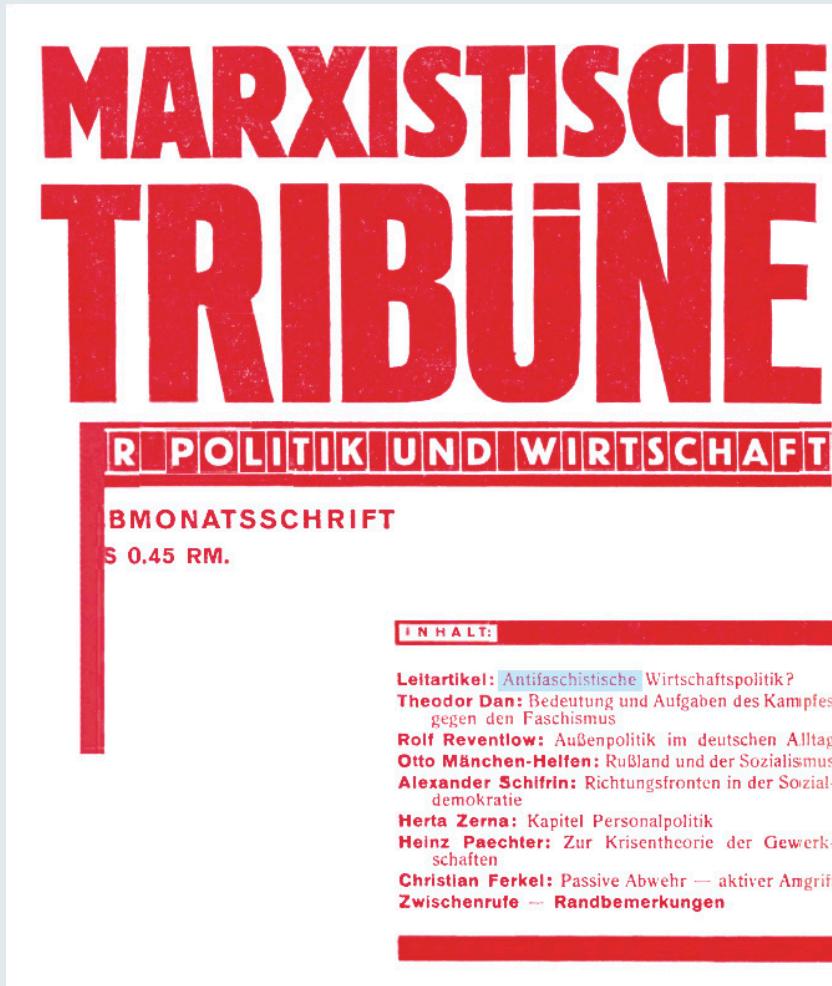
» Die Idee einer neuen freieren und gerechteren Gesellschaftsordnung.

²⁷ Schöler, Linkssozialismus, S. 41.

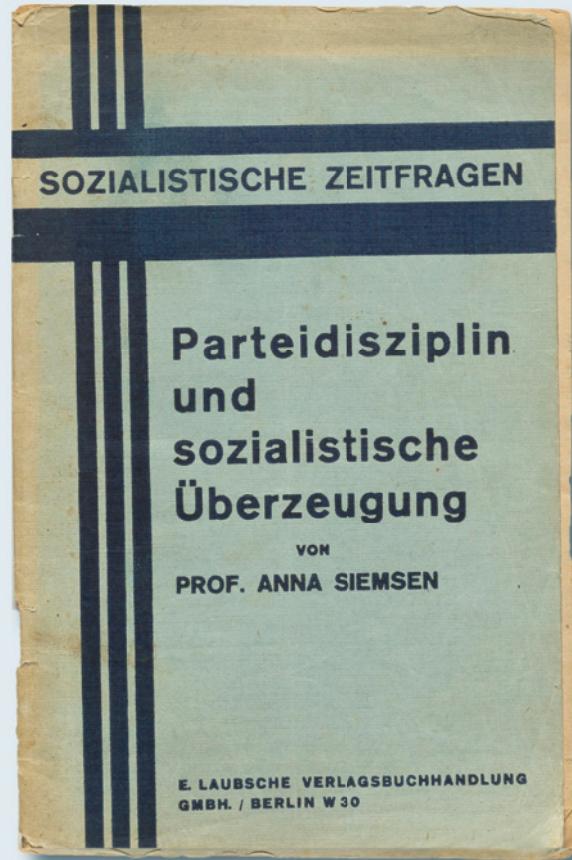
²⁸ Hanna Papanek: Elly und Alexander. Revolution, Rotes Berlin, Flucht, Exil. Eine sozialistische Familiengeschichte, 1. Aufl., Berlin 2006, S. 208–215.

²⁹ Schöler, Linkssozialismus, S. 41.

³⁰ Knud Andresen: Widerspruch als Lebensprinzip. Der undogmatische Sozialist Heinz Brandt (1909–1986), Dissertation, Hamburg 2005; Ders.: »Aus der Vergangenheit nicht die Asche, sondern das Feuer in die Zukunft mitnehmen«, Bonn 2007; Heinz Brandt: Ein Traum, der nicht entführbar ist. Leben für einen humanen Sozialismus, veränd. Neuausg., Berlin 2022.



Cover von: Anna Siemsen:
Parteidisziplin und
sozialistische Überzeugung,
Berlin 1931
AAJB, BRO A 1276



Vielfältige Gruppierungen und Persönlichkeiten

Das Spektrum der Zwischengruppen, Organisationen und Bewegungen, die unter dem Label Linkssozialismus der Zwischenkriegszeit zusammengefasst werden, ist dabei groß und reicht von den oppositionellen Jung-Sozialisten, die vom Parteivorstand 1931 einfach aufgelöst wurden, über Aktive in der Deutschen Friedensgesellschaft und den Freidenkerverbänden über kleine Publikationsnetzwerke bis zu kuriosen Kleingruppen mit hohem Sendungsbewusstsein. So gehörten Brenner, der Mitverfasser des Godeberger Programms der SPD, Willi Eichler (1896–1971) oder auch die Historikerin und Susanne Miller (1915–2008) dem Umfeld des Internationalen Sozialistischen Kampfkomitees (ISK) an. Diese Kleinstorganisation kam gegen Ende der Weimarer Republik auf knapp 300 Mitglieder und 600 bis 1000 Freunde, war auf eine charismatische Führungsfigur ausgerichtet, hatte einen Frauenanteil von einem Drittel und verlangte ihren Kader*innen finanzielle und persönliche Opfer ab: von Vegetarismus, freiwilligen Arbeitsdiensten und täglicher Mitarbeit in allen Organisationen der Arbeiter*innenbewegung bis hin zum Zölibat. Das ISK leistete besonders aufopfernden und engagierten Widerstand gegen den Nationalsozialismus.³¹

Ein weiterer spannender Vertreter dieses Weimarer Linkssozialismus war der letzte Anwalt Rosa Luxemburgs, Paul Levi (1883–1930). Levi hatte eine schillernde Karriere vorzuweisen: von der SPD zur USPD, dann bis zum KPD-Vorsitzenden, nach seinem Rücktritt und Ausschluss aus der KPD zur Rest-USPD und mit dieser dann zur SPD zurück. Levi war eine der wichtigsten intellektuellen Figuren eines unorthodoxen linken, demokratischen Marxismus in der Weimarer Republik.³²

³¹ Heiner Lindner: »Um etwas zu erreichen, muss man sich etwas vornehmen, von dem man glaubt, dass es unmöglich sei«. Der Internationale Sozialistische Kampf-Bund (ISK) und seine Publikationen; zugleich Einleitung zur Internetausgabe der Zeitschrift »Renaissance«, Juli bis Oktober 1941, sowie der Pressekorrespondenzen »Germany speaks« und »Europe speaks«, 1940, 1942 bis 1947, Bonn 2006; Sabine Lemke-Müller (Hg.): Ethik des Widerstands. Der Kampf des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) gegen den Nationalsozialismus. Quellen und Texte zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933–1945, 2., durchges. Aufl., Bonn 1997; Werner Link: Führungseliten im Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK), in: Otto Brenner Stiftung (Hg.): Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main/Köln 1976; Link, Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB).

³² Theodor Bergmann: Paul Levi – Tragik eines deutschen Revolutionärs zwischen den Parteien, in: Utopie kreativ (2006) H. 185, S. 247–256; Charles Bloch: Paul Levi – ein Symbol der Tragödie des Linkssozialismus in der Weimarer Republik; Uli Schöler: Paul Levi, in: Utopie kreativ (2004) H. 165/166, S. 737–751; Jörn Schütrumpf: Paul Levi unter den »Doppelzünglern«, in: Utopie kreativ (2008) H. 209, S. 222–233.

Auch der USPD-Politiker Theodor Liebknecht (1870–1948) und Rosa Luxemburgs Sekretärin Mathilde Jacob (1873–1943), eine vergessene Aktivistin der Arbeiter*innenbewegung, die sich zusammen mit Paul Levi als Verteidigerin des luxemburgschen Erbes sah und 1943 im Konzentrationslager Theresienstadt ermordet wurde,³³ gehörten zu diesem bunten Spektrum, weswegen es auch wenig fruchtbar ist, »mit Blick auf diese historischen Prozesse genauere definitorische Abgrenzungen zwischen linkssozialdemokratisch, linkssozialistisch oder rechtskommunistisch vorzunehmen.«³⁴

Bisherige Forschungsergebnisse

Überraschende Funde sind unter anderem hochaktuelle Debatten über Antifaschistische Wirtschaftspolitik und Bürgerrechte im Allgemeinen und das Asylrecht im Besonderen. Außerdem ließ sich bereits feststellen, dass in der sozialdemokratischen Linken der Weimarer Republik Antisemitismus als Problem wahrgenommen und wiederholt thematisiert wurde,³⁵ auch wenn das Thema in der bisherigen Literatur zu Linkssozialismus kaum beachtet wurde.

» Paul Levi hatte eine schillernde Karriere vorzuweisen: von der SPD zur USPD, dann bis zum KPD-Vorsitzenden, nach seinem Rücktritt und Ausschluss aus der KPD zur Rest-USPD und mit dieser dann zur SPD zurück.

³³ Ottokar Luban: Mathilde Jacob: Mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin. Mit dem Text von M. Jacobs einziger öffentlicher Rede, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1 (2002) H. 3.

³⁴ Schöler, Linkssozialismus, S. 46.

³⁵ So wird in der Monatsschrift »Jungsozialistische Blätter« immer wieder Antisemitismus thematisiert.

So wurde 1932 in der »Marxistischen Tribüne«, einer Zeitschrift der Sozialdemokratischen Linken, zum ersten Mal der Begriff Antifaschistische Wirtschaftspolitik verwendet. Nach Wissen der Verfasserin war dies bislang nicht bekannt, sondern gilt als neues, 2024 von Isabella M. Weber geprägtes Konzept. In dem Artikel zur Antifaschistischen Wirtschaftspolitik finden sich hochinteressante Äußerungen über die Tolerierungspolitik der SPD, die ihre zahme Haltung gegenüber der Regierung damit rechtfertigte, »die Tolerierung der Regierung verhindere den Faschismus, und so schwere Opfer die Regierung der Arbeiterschaft auch auferlege, man müsse sie halten, um den Faschismus nicht an die Macht zu lassen.«³⁶ Dabei sei jedoch offensichtlich, dass jede Verschärfung der Wirtschaftskrise die Faschisierung ankurbelte und die brüningsche Wirtschaftspolitik des »Abbau[s] der Löhne, als solcher die Wirtschaftskrise nicht beseitigt, sondern verschärft«.³⁷

In derselben Ausgabe wurde in ausgesprochen hellsehiger Klarheit vor der Gefahr des Nationalsozialismus gewarnt, der auf keinen Fall unterschätzt werden dürfe und zu einer weltweiten Gefahr werden könne: »[D]as siegreiche Gekrächz der faschistischen deutschen Krähe würde dann zum »Anzeichen der heraufziehenden europäischen, ja vielleicht der internationalen Katastrophe, als das Totengeläute für die Befreiungshoffnungen der Werktäglichen in allen Ländern.«³⁸

Ebenso überraschend – und an aktuelle Diskurse erinnernd – wurde vor einer Aushöhlung des Asylrechts als Angriff auf die Demokratie gewarnt, denn im »Schatten der Hitlerschen Horden«³⁹ verblasse vieles, was die Demokratie gefährde. Es käme aber einer »Preisgabe des demokratischen Kampfbodens gleich, wenn die Arbeiterschaft im Angesicht der Hakenkreuzgefahr«⁴⁰ andere Angriffe auf demokratische Errungenschaften aus den Augen verlöre: »Zu den Grundfesten der politischen Demokratie gehört die Gewährung eines uneingeschränkten Asyls an alle, die als politische »Verbrecher« den blutgetränkten Boden ihrer heimatlichen Diktaturen meiden müssen.«⁴¹

³⁶ A. G.: Antifaschistische Wirtschaftspolitik?, in: Marxistische Tribüne für Politik und Wirtschaft. Halbmonatsschrift II (1932) H. 1, S. 1–4, hier: S. 2.

³⁷ Ebd.

³⁸ Theodor Dan: Bedeutung und Aufgaben des Kampfes gegen den Faschismus, in: Marxistische Tribüne für Politik und Wirtschaft. Halbmonatsschrift II (1932) H. 1, S. 4–10, hier: S. 6.

³⁹ Zwischenrufe. Randbemerkungen. Asylrecht in Gefahr, in: Marxistische Tribüne für Politik und Wirtschaft. Halbmonatsschrift I (1931) H. 1, S. 30.

⁴⁰ ⁴¹ Ebd.

Weiterhin fand sich bisher eine eher aus dem Trotzkismus bekannte grundsätzliche strukturelle Bürokratie- und Funktionärskritik an Parteien. Hierzu veröffentlichte die Pädagogin Anna Siemsen eine grundsätzliche Schrift in den »Sozialistischen Zeitfragen«.⁴² Ebenso publizierte eine der ersten deutschen Psychoanalytikerinnen und Reichstagsabgeordnete der SPD, Magarete Stegmann, einen grundsätzlichen Aufsatz »zur Psychologie des Faschismus«.⁴³ Auch psychologische Faschismusanalysen finden sich also in dem linkssozialistischen Milieu der Zwischenkriegszeit und nicht nur bei Vertreter*innen der Kritischen Theorie, wie häufig angenommen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Auch wenn sich diese linkssozialistischen Bewegungen nie durchsetzen, weder den Faschismus abwenden, noch sonstige Ziele vollumfänglich durchsetzen konnten, so kamen doch viele spätere öffentliche Akteur*innen und Intellektuelle der BRD oder DDR aus diesem Milieu. Im linkssozialistischen Umfeld wurden engagierte Debatten und Diskurse etwa zu Frauenrechten, Asylpolitik, Antifaschistischer Wirtschaftspolitik oder den Gefahren des Antisemitismus geführt, die lange Zeit erst viel später vermutet wurden, und es gab eine starke Partizipation jüdischer, russländischer und weiblicher Mitglieder – um nur einige Aspekte zu benennen, die Linkssozialismus zu einem höchst interessanten Forschungsfeld einer transnationalen Demokratiegeschichte machen. ■

⁴² Anna Siemsen: Parteidisziplin und sozialistische Überzeugung, Berlin 1931.

⁴³ Margarete Stegmann: Zur Psychologie des Faschismus, in: Der Klassenkampf. Marxistische Blätter/Sozialistische Politik und Wirtschaft (1930).



Festival

FÜR FRIEDEN UND FREUNDSCHAFT IM FEINDESLAND?

Westdeutsche Teilnehmer*innen
bei den VI. Weltfestspielen der Jugend
und Studenten 1957 in Moskau

Nicole Götzemann



»14 Tage Aufenthalt in Moskau, gute Unterbringung, reichliche Verpflegung und freier Eintritt zu sämtlichen Veranstaltungen der VI. Weltfestspiele, Theateraufführungen und Kinos, Ausstellungen und Sportwettkämpfen« zu einem Sonderpreis von 145 Deutschen Mark schien mehr als eintausend jungen Bundesrepublikaner*innen im Jahr 1957 ein überzeugendes Angebot gewesen zu sein.¹

Neben dem vielseitigen Programm, den internationalen und -kulturellen Begegnungsmöglichkeiten bewarb diese im Frühling desselben Jahres in Westdeutschland kursierende Broschüre darüber hinaus den politischen Anspruch der Veranstaltung: »Die Mündigkeit dieser Jugend will miteinander reden, aufeinander hören, sich gegenseitig ihre Sorgen und Nöte darstellen[,] aber auch ihre Lieder und Künste, die Leistungen körperlicher wie geistiger Tätigkeit im Wettkampf miteinander austauschen und so der Aufrichtung wahrhaft freier Lebensformen in einer friedlichen Welt die Wege bahnen«.² Wo also verorteten sich die westdeutschen Festspielteil-

nehmer*innen in diesem Spektrum zwischen Unterhaltung und politischem Sendungsbewusstsein? Welche Beweggründe begleiteten die westdeutschen Teilnehmer*innen in die Hauptstadt der Sowjetunion?³

Briefe, Postkarten und Erfahrungsberichte der Teilnehmer*innen gewähren einen Einblick in die Motivation und anschließende Bewertung der Moskaureise. Die Teilnehmer*innenperspektiven, die in diesem Beitrag vorgestellt werden, verweisen auf eine differenzierte Wahrnehmung der Veranstaltung. Zusätzlich verdeutlichen die im Folgenden thematisierten organisatorischen Abläufe rund um die westdeutsche Delegation, die

¹ Faltbroschüre zu den VI. Weltfestspielen der Jugend und Studenten, 1957, in: Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), 556-6-0.

² Ebd.

³ Diese Fragen sind unter anderem Gegenstand des im Hintergrund dieses Beitrages stehenden Dissertationsprojekts der Verfasserin an der Universität Wien: »Für Frieden und Freundschaft im Feindesland? Westdeutsche, österreichische und schweizerische Teilnehmer*innen bei den VI. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1957 in Moskau«.



staatliche Reaktion auf die Festspielbeteiligung sowie die medial vertretenen und verbreiteten Meinungen zu der Veranstaltung die vielfältigen Aneignungen und Rezeptionen der Festspiele auch abseits der bipolaren Logik des Kalten Kriegs. Die seit 1947 im Abstand von zwei Jahren regelmäßig von sowjetkommunistisch beeinflussten Jugendverbänden, der World Federation of Democratic Youth (gegr. 1945) und der International Union of Students (gegr. 1946), organisierten Weltfestspiele fanden im Sommer 1957 zum ersten Mal in der Sowjetunion statt. Nach dem Tod Josef Stalins 1953 verfolgte die sowjetische Kulturdiplomatie liberalere Strategien und empfing vom 28. Juli bis zum 11. August 1957, nachdem private und touristische Reisen in die UdSSR für westliche Ausländer*innen 1955 erlaubt worden waren,⁴ 34 000 Gäste aus aller Welt unter dem Motto »Für Frieden und Freundschaft«.⁵ Circa 1280 Teilnehmer*innen aus Westdeutschland beteiligten sich an den Feierlichkeiten.⁶

Ausgewählt, organisiert und repräsentiert wurde die Gruppe von den westdeutschen Schirmherr*innen der Veranstaltung, allen voran der Schriftsteller und Pädagoge Leo Weismantel (1888–1964), die gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands und in der Friedensbewegung engagierten Hochschullehrenden Klara Marie Faßbinder und Franz Paul Schneider, der Verleger Ernst Rowohlt, der neutralistische Bundes- und Landtagsabgeordnete Hermann Etzel, der ebenfalls neutralistische Wiederbewaffnungsgegner und Olympiasieger Rudolf Ismayr sowie der Journalist und ehemalige West-FDJ-Funktionär Helmut Rödl. Nicht zuletzt aufgrund dieser personellen Verbindung zur 1957 bereits verbotenen FDJ und KPD gerieten die Organisator*innen der westdeutschen Festspieldelegation wie auch die Teilnehmer*innen in das Visier des im Kalten Krieg antikommunistisch getrimmten Staatsschutzes der Bundesrepublik Deutschland.⁷

⁴ Siehe Igor' B. Orlov: Ot festivalja k festivalju. Meždunarodnyj molo-dežnyj turizm v SSSR v 1957–1985 godach, Moskau 2024, S. 16.

⁵ Siehe Pia Koivunen: Performing Peace and Friendship. The World Youth Festival and Soviet Cultural Diplomacy, Berlin/Boston 2023, S. 21.

⁶ Siehe Ernst Rowohlt u. a.: Über die Teilnahme einer Reisegruppe aus der Bundesrepublik Deutschland an den VI. Weltfestspielen, 1957, in: Bundesarchiv (BArch), BY 1/3877, Bl. 2–6, hier: Bl. 3 (S. 2).

⁷ Siehe Sebastian Gehrig: Recht im Kalten Krieg. Das Bundesverfassungsgericht, die deutsche Teilung und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik, in: Historische Zeitschrift 303 (2016) H. 1, S. 64–97, hier: S. 81–90.

» Die [...] Weltfestspiele fanden im Sommer 1957 zum ersten Mal in der Sowjetunion statt. [...] Circa 1 280 Teilnehmer*innen aus Westdeutschland beteiligten sich an den Feierlichkeiten.

An die Jugend der Welt



Abbildungen und Ausschnitte aus: Zeitung des Internationalen Komitees zur Vorbereitung der VI. Weltfestspiele (1957) H. 14, H. 17, H. 32, H. 34
AAJB, SJD-BV 20/176

Die im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg einsetzende globale Konfrontation zwischen den sich hinter den USA und der UdSSR versammelnden Staaten ging in Westdeutschland, auch aufgrund der direkten Nachbarschaft zum Eisernen Vorhang, mit einem innen- und außenpolitisch sowie gesellschaftlich grassierenden Antikommunismus einher. Politik, Justiz und Medien brandmarkten kommunistische Gruppierungen und Meinungen als größte Gefahr für das demokratische Zusammenleben.⁸ Eine Teilnahme an den in der UdSSR abgehaltenen VI. Weltfestspielen wurde daher im Kontext des westdeutschen Antikommunismus im Kalten Krieg häufig als Hinweis auf eine mögliche kommunistische Gesinnung gewertet – ungeachtet der offiziellen Offenheit der Veranstaltung für unterschiedliche politische Positionen und ihrer Bewerbung mit universellen Schlagworten wie »Frieden und Freundschaft«.

Auf die Frage, was die jungen Reisenden gen Osten in Moskau erwarten würde, gab es für die bundesrepublikanischen Ministerialressorts, Polizei- und Justizbehörden eine eindeutige Antwort: »eine kommunistische Propagandaschau«.⁹ Auch wenn der Staat innerhalb der Delegation viele Kommunist*innen vermutete, die die Reise nach Moskau genutzt hätten, um sich zu vernetzen und zu organisieren,¹⁰ reisten im Sommer 1957 auch Jugendliche und junge Erwachsene zu den Festspielen, die weder einer kommunistischen noch einer sozialistischen Vereinigung angehörten. Für manche gründete die Entscheidung für die Bewerbung um einen der begrenzten Delegationsplätze auch auf Skepsis gegenüber der Veranstaltung und dem Gastgeberland: »Ich fuhr nach Moskau mit dem Vorurteil, dort eine Propaganda-veranstaltung größten Stiles mitzumachen[,] aber in der Hoffnung, trotzdem etwas hinter die Kulissen schauen zu können«.¹¹ Der Philosophiestudent Gerhard Bassler, der diese Zeilen im Dezember 1957 an Leo Weismantel richtete – dieser hatte die Teilnehmer*innen zuvor aufgerufen, ihm Erfahrungsberichte für ein geplantes Buch¹²

⁸ Siehe: Josef Foschepoth: Verfassungswidrig! Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg, 2. akt. Aufl., Göttingen 2021.

⁹ Rundschreiben der Kultusministerkonferenz an das Ministerium für Unterricht und Kultus Rheinland-Pfalz, 10.5.1957, in: Landeshauptarchiv Koblenz (LHAKO), Best. 910 Nr. 1344, 1500.

¹⁰ Siehe: Einstellungsverfügung des Generalbundesanwaltes Max Güde im Verfahren gegen die in der Bundesrepublik ansässigen Mitglieder des Internationalen Vorbereitenden Komitees für die VI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, 29.11.1958, in: BArch, B 106/16006, S. 45–47, 51–53.

¹¹ Brief Gerhard Bassler an Leo Weismantel, 13.12.1957, in: Akademie der Künste (AdK), Leo-Weismantel-Archiv, Weismantel K 71.

¹² Siehe: Leo Weismantel: Tagebuch einer skandalösen Reise, Jugendheim 1959.

zukommen zu lassen –, wusste im Rückblick die »Möglichkeit des freien Gedankenaustausches und die Toleranz in religiöser, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht [im Rahmen der Veranstaltung] zu schätzen«.¹³ Dennoch war Bassler sich des autoritären und repressiven Charakters der Regime jenseits des Eisernen Vorhangs bewusst und hätte sich von Weismantel in seinem öffentlichen Auftreten als Schirmherr der westdeutschen Teilnehmer*innen eine dezidiertere Ansprache und Anklage dieser Aspekte gewünscht.¹⁴ Bassler kontextualisierte die Festspielteilnahme wie auch die Reise nach Moskau als politische Angelegenheit mit dem Anspruch, sich unabhängig ein eigenes Bild der in der BRD als »kommunistische Propaganda« betitelten Veranstaltung zu machen.¹⁵

Eine ähnliche Haltung brachte auch der 1957 27-jährige Hamburger Student, spätere Schriftsteller und Redakteur des »Studentenkuriers« (später »konkret«) Peter Rühmkorf in einer Postkarte an seine Mutter zum Ausdruck: »Hier Riesenrummel. Viel Propaganda wieder, sicher, aber auch soviel echte Begeisterung. Müßte jeder Westdeutsche sehen! Ich stehe nach wie vor fest auf zwei Individualistenbeinen«.¹⁶ Rühmkorf habe sich, wie Bassler, nicht beeinflussen lassen wollen von bestehenden Meinungen und Positionen zu der Veranstaltung vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts; zugleich ließ er seine Mutter von der fröhlichen und ausgelassenen Stimmung in Moskau wissen und an welchen Veranstaltungen er teilzunehmen vorhatte.

¹³ Bassler an Weismantel, 13.12.1957, AdK, Weismantel K 71.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Postkarte Peter Rühmkorf an Elisabeth Rühmkorf, 29.7.1957, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach (DLA), A: Rühmkorf, Peter, HS.NZ86.0002, HS011283307.



Festival

Moskau, Stadt des VI. Festivals

Unter den vielen Briefen, unsere Redaktion täglich aus allen Teilen der Welt erhält, befinden sich immer wieder solche, deren Absender uns auffordern, doch einmal einen ausführlichen Beitrag über Moskau, die Stadt der VI. Weltfestspiele zu veröffentlichen. Andere Leser bitten um Auszüge über die Geschichte Moskaus, darüber, wie die junge Moskauer seine Freizeit verlebt, und stellen andere Fragen.

Wir haben uns deshalb an den sowjetischen Journalisten Boris Galitsch, einen alteingesessenen Moskauer, mit der Bitte gewandt, unseren Lesern von seiner Heimatstadt, ihrer Geschichte und ihrem Leben, zu erzählen. Boris Galitsch ist unserer Bitte nachgekommen, und auf den beiden folgenden Seiten veröffentlichten wir seinen Beitrag. Folgende Worte schickt er ihm voraus: „So wie auch Ihr liebe Land der Freundschaft und Frieden liebt, liebe auch ich meine Heimatstadt viel zu sehr, um mächtig, im Stile eines nur registrierenden Beobachters, über sie schreiben zu können. Ich möchte versuchen, euch wenigstens einen kleinen Teil meiner Liebe zu Moskau zu überbringen, möchte euch wenigstens ein Bild mit der Stadt bekannt machen, die euch für 15 frohe und inhaltsreiche Tage erwarten.“

Bald werdet ihr Gelegenheit haben, selbst durch die breiten Hauptstraßen und schmalen Nebengassen zu wandern, von denen ich euch erzählen möchte, euch mit den jungen und älteren Moskauern bekannt zu machen. Und es wird mich freuen, wenn ihr die Stadt und ihre Menschen lieb gewinnen werdet.“

Soweit Boris Galitsch. Doch nun lest selbst, was er euch von seiner Heimatstadt, deren Name heute bei Millionen Menschen mit dem Gedanken an die VI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Frieden und Freundschaft verbunden ist, erzählt.



Herzlich empfingen die Einwohner Moskaus die Festivaldelegierten. Auf unserem Bild sehen Sie, wie man nach einem russischen Brauch ein albanisches Mädchen in die Luft wirft.

„Für Frieden und Freundschaft“, (oben) Zeichnung des finnischen Malers A. Lindsberg



Der Rote Platz im Zentrum Moskaus von der Moskwa aus aufgenommen. Wohl keiner der Festivalteilnehmer wird versäumen, sich den hier gelegenen Kreml mit seinen historischen Denkmälern und die Basiliuskathedrale anzusehen.

Neben diesen mit politischen Bezugspunkten gespickten Zeugnissen aus und über Moskau finden sich weitere Berichte, deren Fokus auf den besuchten Programm-Punkten und Sehenswürdigkeiten liegt. Ein Teilnehmer habe »sämtliche Sehenswürdigkeiten Moskaus besichtigt. [...] Außer Nationalprogramm China, dt.-ägyptisches Freundschaftstreffen, Uhrenfabrik- und Kolchosenbesichtigung, Gottesdienst der russ.-orthodox. Kirche, Sagorsk-fahrt, Ehrenburgansprache, Kremlball, Wassersportfest, Film- und Zoobesuch, Hallenschwimmbad, Deutschlandtreffen im Armeetheater, Landwirtschaftsausstellung, Sokolnikikarneval« sei er »4x in der Oper, 3x im Ballett im Bolschoi, 2x im Zirkus und 1x im Tschaikowski-Konservatoriumskonzert«¹⁷ gewesen. Viele der jungen Teilnehmer*innen aus Westdeutschland ließen sich auch – oder vor allem – aufgrund der Freizeit- und Tourismusangebote auf die Reise in die Metropole Moskau ein. Der zitierte Teilnehmer beklagte sich sogar über die »uferlosen Diskussionen innerhalb der westdt. Delegation«.¹⁸

Für eine weitere Teilnehmerin hatten die VI. Weltfestspiele hingegen im Zeichen der politischen Auseinandersetzung um Frieden und Völkerverständigung zu stehen. Die Hannoveranerin Erika M. Baliky bewarb sich gemeinsam mit nicht näher beschriebenen politisch engagierten Freund*innen, denn »[h]ier ging es um unsere Idee, hier ging es um ‚Frieden und Freundschaft‘, und so hieß ja auch das Motto des Festivals. Ich weiß nicht, ob es anderen auch so ging. Als ich von Prof. Dr. Schneider die Zusage erhielt, habe ich vor Freude geweint«.¹⁹ Deutlich wird, dass die Auseinandersetzung mit den Festspielteilnehmer*innen zwar eine Perspektive auf den Kalten Krieg jenseits der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger*innen eröffnet, dennoch zeigt die geschilderte Reaktion auf die Teilnahmezusage die große und außergewöhnliche wie auch emotionale Bedeutung der Moskaureise für die Teilnehmer*innen auf.

¹⁷ Brief Helmut Manne an Leo Weismantel, 25.11.1957, AdK, Weismantel K 71.

¹⁸ Ebd.

Für die Erhaltung des Friedens

Unsere Pekinger Freunde schreiben uns, daß sie Gelegenheit hatten, sich mit dem Stellvertreter des Ministers für Kultur der Volksrepublik China, Herrn Tschou Yan, zu unterhalten. Im Laufe dieser Aussprache erklärte Herr Tschou Yan u. a. folgendes:

Diesmal finden die Weltfestspiele der Jugend und Studenten in der Sowjetunion statt, im Bollwerk des Friedens in der ganzen Welt. Das hat unbestreitbar eine wichtige Bedeutung in der Festigung und Entwicklung der Freundschaft der Weltjugend. Ich wünsche dem bevorstehenden Festival rechten Erfolg.

Die Organisationen unseres Landes, die die Vorbereitungen auf das Festival organisieren, befasst sich unter anderem mit der Auswahl von Künstlern für das künstlerische Programm des Jugendfestes. Darüber hinaus werden auch weitere Delegierte der Jugend unseres Landes für das Festival gewählt.

Ich möchte den bevorstehenden Weltfestspielen wünschen, daß es ihnen gelingt, Jugendliche aus allen Ländern, unabhängig von ihrer Rasse, ihren politischen Ansichten und Konfessionen noch ehriger für den gemeinsamen Kampf zur Erhaltung des Weltfriedens zu vereinen. Ich wünsche auch, daß alle Teilnehmer an diesem fröhlichen Treffen offenherzig miteinander sprechen, die schönsten Werke der Literatur und Kunst verschiedener Länder, ihre nationalen Eigenarten kennenlernen. Das wird ihnen helfen, noch besser und tiefer das Leben, die Geschichte und die Traditionen unseres Planeten zu verstehen und zur Entwicklung der Freundschaft zwischen den Jugendlichen aller Länder beizutragen.

¹⁹ Brief Erika M. Baliky an Leo Weismantel, 16.11.1957, ebd.

Leo Weismantel nutzte diese Zuschriften in Teilen als Inspiration für sein 1959 erschienenes »Tagebuch einer skandalösen Reise« über seine Rolle bei der Organisation der VI. Weltfestspiele und seine Erfahrungen in Moskau. Das Buch ist eine Mischung sowohl aus autobiografischen Erlebnisberichten über den Moskauaufenthalt und die vorangegangenen Monate, die er den Vorbereitungen widmete, als auch Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg, an das Bombardement seines damaligen Wohnortes Würzburg und an seine Inhaftierung durch die Gestapo aufgrund seines katholisch-publizistischen Wirkens.²⁰ Diese autobiografischen Retrospektiven setzte Weismantel, auch in Form von fiktiven Elementen wie Traumsequenzen,²¹ ein, um seine Beweggründe für die Beteiligung an der Organisation einer westdeutschen Festspieldelegation zu verdeutlichen: zum einen sah er in der Reise nach Russland einen Akt der Versöhnung und der Wiedergutmachung des von den Deutschen zu verantwortenden Zweiten Weltkriegs und den damit einhergegangenen Verbrechen und Grausamkeiten; zum anderen sprach er der Jugend bei diesem Vorhaben eine sehr wichtige Rolle zu. Diese habe sich nach Moskau »aus allen Völkern der Erde« aufgemacht, »das zu suchen, was die Alten verspielten: DEN FRIEDEN!«.²²

Es ist nicht nur eine Beschreibung dessen, was die Jugend bereits selbst für eine friedlichere Zukunft tue, sondern auch ein expliziter Auftrag Weismantels und seiner Generationen*innen an die jungen Bundesrepublikaner*innen, »die Völker aus dem Teufelskreis herauszuführen«,²³ welchen seine und ältere Generationen durch Kriege immer wieder befeuert hätten. Weismantels Wunsch an und für die Jugend steht dabei vor dem Hintergrund der in der Nachkriegszeit häufigen Darstellung der Jugend als Hoffnungsträgerin für eine stabile und friedliche Zukunft in Zeiten von Wiederaufbau und Neuanfang.²⁴ Eine Zuschreibung, welcher junge Akteur*innen in der Nachkriegszeit auch selbstinitiativ gerecht wurden,

beispielsweise durch aktives Engagement und Aktionen für die deutsche und europäische Wiedervereinigung.²⁵ Auch in dem bereits zitierten Brief der jungen Hannoveranerin Erika M. Baliky an Leo Weismantel scheint dieses Ziel durch: »Wir sind junge Menschen, die [...] nur eines wollen: Frieden mit allen Völkern, Frieden um jeden Preis. Dabei genügt uns nicht die Idee allein. Wir wollen etwas tun für unsere Idee, wir wollen Kontakte schaffen mit Völkern, die als unsere Feinde gelten. Warum als unsere Feinde? Nur weil sie zufällig im letzten Krieg unsere Gegner waren, nur weil sie andere Ansichten haben als wir, oder warum sonst? Wir sehen das nicht ein!«.²⁶

»Jugend als Hoffnungsträgerin für eine stabile und friedliche Zukunft in Zeiten von Wiederaufbau und Neuanfang.

Baliky sprach in diesem Brief stellvertretend für ihre Generation und untermauerte damit ihren Wunsch, mit der Reise nach Moskau etwas zum Frieden beizutragen. Dass dieses Ziel ausgerechnet durch die Teilnahme an einem in der Sowjetunion ausgetragenen Festival erreicht werden sollte, blieb, neben dem staatlich-politischen Standpunkt, auch unter den Altersgenoss*innen der Teilnehmer*innen nicht ohne Kritik. Ein dreiseitiger Artikel in einer Herbst-Ausgabe der Göttinger Studentenzeitschrift »Prisma« widmete sich der Debatte um die Beteiligung beziehungsweise Nicht-Beteiligung an den VI. Weltfestspielen innerhalb der westdeutschen Student*innenschaft. Der Autor Gerd J. Sieger thematisierte ebenfalls das Anliegen einiger Teilnehmer*innen, durch die Moskaureise einen Beitrag zur Annäherung und dem Frieden zwischen West und Ost zu leisten.²⁷ Ein heuchlerisches Anliegen, wie Sieger kommentierte: Die Teilnehmer*innen hätten in ihrem Streben nach Völkerver-

²⁰ Siehe z. B. Weismantel, Tagebuch, S. 58, S. 64–69, S. 70–94; vgl. auch Andreas Degen: Reisen im Kalten Krieg. Hans Henny Jahn, Wolfgang Koeppen und Leo Weismantel in Moskau (1956/57), in: Carsten Gansel (Hg.): Deutschland–Russland. Topographien einer literarischen Beziehungsgeschichte, Berlin 2020, S. 297–339, hier: S. 314–339.

²¹ Siehe z. B. Weismantel, Tagebuch, S. 131–134.

²² Ebd., S.299.

²³ Ebd., S. 179.

²⁴ Siehe: Christiane Wienand: Internationale Jugendbegegnungen. Überlegungen zur Rolle der Jugend für Versöhnung in Europa, in: Corine Defrance/Ulrich Pfeil (Hg.): Verständigung und Versöhnung nach dem ›Civilisationsbruch‹? Deutschland in Europa nach 1945, Brüssel 2016, S. 549–567.

²⁵ Siehe ebd., S. 553–558.

²⁶ Brief Baliky an Weismantel, 16.11.1957, AdK, Weismantel K 71.

²⁷ Siehe: Gerd J. Sieger: Fern von Moskau..., in: Prisma der Georgia Augusta 6/2 (1957), S. 2–4, hier: S. 4.



KAMPFFELD HUMANISIERUNG

Zeitgenössische Perspektiven auf das Reformprogramm »Humanisierung des Arbeitslebens«

Arne Schott

Im Jahr 1974 initiierten die Bundesministerien für Forschung und Technologie sowie für Arbeit das Programm »Humanisierung des Arbeitslebens« (HdA), um einen »aktiven Strukturwandel« im Sinne einer »Modernisierung der Volkswirtschaft«¹ zu forcieren und dabei drohende Konflikte zwischen den Akteuren der industriellen Beziehungen – also den Beschäftigten und ihren Interessenvertretern sowie Vertretern der Kapitalseite – zu minimieren. Auf Unternehmensebene bedeutete dies die Veränderung von Arbeitsbedingungen, Mitbestimmungsmöglichkeiten, Produktionsmodellen und den Wandel von Arbeitsorganisation und Technik.

Zu diesem Zweck sollten Politik, Unternehmen, Gewerkschaften, Betriebsräte und Wissenschaft zusammenarbeiten. Das Forschungs- und Aktionsprogramm HdA entsprang einer Phase der Reformeuphorie der sozialliberalen Koalition der 1970er Jahre und einer Zukunftsdebatte über Lebensqualität.² Zugleich war es zeitlich in der sogenannten Krisendekade in der Folge des Krisenjahrs 1973 (Ölpreisschock, Ende des Bretton-Woods-Abkommens) angesiedelt.³ Kurz darauf folgte zudem eine Stahlkrise, die in allen Industriebranchen Folgewirkungen entfaltete.

¹ Volker Hauff/Fritz W. Scharpf: Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik, Frankfurt am Main/Köln 1975.

² Stefan Müller: Das Forschungs- und Aktionsprogramm »Humanisierung des Arbeitslebens« (1974–1989), in: Nina Kleinöder/Stefan Müller/Karsten Uhl (Hg.): »Humanisierung der Arbeit«, Aufbrüche und Konflikte in der rationalisierten Arbeitswelt des 20. Jahrhunderts, Bielefeld 2019, S. 59–90, hier: S. 81.

³ Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag: Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) im Wandel: Problemfelder und Fragestellungen, in: Dies. (Hg.): »Nach dem Strukturbruch«? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 7–23, hier: S. 13.

Kontroverser und kontingenter Begriff der Humanisierung

Der Begriff der »Humanisierung« rückt recht zutreffend den Menschen in den Vordergrund der Wirtschaftsreformen. Denn der subjektive Faktor in der Produktion, d. h. die Arbeitsmotivation und Monotonievermeidung, aber auch die nachhaltigere Vernutzung der Arbeitskraft und die Substitution schwerer körperlicher Arbeit durch Maschinen sollten gefördert werden – unter vorrangiger Berücksichtigung wirtschaftlicher Effizienzerwägungen. Hier konnte das HdA-Programm an die Theorietradition der Human-Relations-Bewegung⁴ anknüpfen. Der Begriff selbst hatte allerdings keine eindeutige Denotation, sondern war offen für eine Vielzahl von anderen Interpretationen, die von der begrifflichen Nähe zum Humanismus leben.

Auf die definitorische Vieldeutigkeit des Humanisierungsbegriffs, der im Zentrum des Programms HdA steht, ist bereits häufig verwiesen worden. Er vereinte Vorstellungen von Technisierung und Rationalisierung, aber auch Verbesserung von Arbeitsbedingungen in den Bereichen Ergonomie, Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit, überdies Mitbestimmung und Beteiligung. Es ist davon auszugehen, dass so eine potenzielle Einbindungskraft für verschiedene Akteure erreicht werden konnte, die ein konkreteres gesellschaftspolitisches Schlagwort nicht hätte erzeugen können. Gerade die Deutungsoffenheit des Begriffs »Humanisierung« ermöglichte es allen Akteuren, ein eigenes Verständnis gemäß ihrer Ziele und Interessen zu entwickeln. Es ist zu schlussfolgern, dass ein definitorisch schärferes Schlagwort – z. B. »Ausbau des Arbeitsrechts und der Mitbestimmung« oder »Automation der Produktion« – auf Seiten der Industrievertreter und Gewerkschaften einseitigen Zu- bzw. Widerspruch hervorgerufen hätte.

Die Gewerkschaften – insbesondere die IG Metall – zeigten eine differenzierte Haltung gegenüber dem Anliegen der HdA. Grundsätzlich befürworteten sie es und agierten in diesem Bereich selbst als Pionier. Staatliche Initiativen zur Humanisierung begegneten sie hingegen zurückhaltend, insbesondere dann, wenn sich hinter dem Schlagwort »Humanisierung« Maßnahmen zur Rationalisierung verbargen. Gleichzeitig unterstützten die Gewerkschaften bestimmte staatliche Programme, wohl wissend um die sich daraus ergebenden Handlungsspielräume. In der Wahrnehmung der IG Metall stellten staatliche Initiativen dennoch bisweilen eine Konkurrenz zu gewerkschaftlichen Aktivitäten dar, da sie eigene Einflussmöglichkeiten und Gestaltungsansprüche gefährdet sah.⁵

Die Kontingenz dieses Schlagworts bot also in den 1970er Jahren Anlass dazu, Humanisierung kontrovers zu diskutieren und um die inhaltliche Deutungshoheit zu kämpfen, wie im vorliegenden Beitrag untersucht wird. Es soll darum gehen, verschiedene linksgerichtete bzw. gesellschaftskritische Blickwinkel auf das HdA-Programm zu präsentieren, um schließlich einen Vorschlag zu formulieren, wie dennoch ein theoretischer Zugriff auf die Widersprüchlichkeit des Begriffs Humanisierung gelingen kann, der sich an der tatsächlichen Bedeutung und den Auswirkungen des Reformprogramms für die Interessen der Beschäftigten orientiert. Im Humanisierungsbegriff kommen zwei Kernelemente zusammen: einerseits die beschriebene Offenheit des Begriffs und andererseits ein Bezug auf das Interesse der Werktätigen.

Interessierte Begriffsinterpretationen widerstreitender Akteure

Es zeigt sich, dass Akteure versuchten, den Begriff in ihrem Sinne zu definieren und so als Instrument in ihrem Interesse zu etablieren – was freilich konkurrierende Akteure zum Widerspruch herausfordern musste. Interesse wurde dabei je nach Linie und Bezug auf die Gruppe der Arbeiter*innen unterschiedlich ausgedeutet. Das machte dieses Konzept so konfliktträchtig.

Um ein Beispiel zu nennen: In der Werkszeitung von Opel Bochum, der »Opel Post«, bezog man sich auf den Begriff zwar zustimmend, wollte vom gesellschaftskritischen Gehalt aber nichts wissen. Dort hieß es: »Den Begriff ›Humanisierung‹ darf man nicht in der wörtlichen Bedeutung sehen, wie sie sich vielleicht aus dem Kontrast ›human – inhuman‹ ergibt. Humanisierung heißt soviel wie bilden, gesittet machen, menschenfreundlich gestalten. Die Humanisierung der Arbeit setzt also keineswegs unmenschliche Zustände voraus. Sie verfährt vielmehr nach dem Grundsatz: Nichts ist so gut, daß es nicht noch besser werden könnte.«⁶ Zum Ausdruck kommt hier das Bedürfnis, sich das Schlagwort anzueignen, ohne aber das eigene Unternehmen in die Kritik zu nehmen.

⁴ Nina Kleinöder: »Humanisierung der Arbeit«. Literaturbericht zum »Forschungsprogramm zur Humanisierung des Arbeitslebens«, in: Working Paper Forschungsförderung der Hans Böckler Stiftung (2016) H. 8, S. 5.

⁵ Moritz Müller: Die IG Metall im Diskurs um die Humanisierung des Arbeitslebens, in: Kleinöder u. a., »Humanisierung der Arbeit«, S. 255 – 275.

⁶ O. V.: Der Mensch in der industriellen Arbeitswelt, in: Opel Post. Werkzeitschrift für die Mitarbeiter der Adam Opel Aktiengesellschaft (1976) H. 8, S. 10.

In der zeitgenössischen linken Debatte konnte »Humanisierung« als Fortsetzung des marxschen Entfremdungsbegriff gelesen werden. In Marx' Frühwerk ist zu lesen: »Wir haben den Akt der Entfremdung der praktischen menschlichen Tätigkeit, die Arbeit, nach zwei Seiten hin betrachtet. 1. Das Verhältnis des Arbeiters zum Produkt der Arbeit als fremden und über ihn mächtigen Gegenstand. [...]. 2. Das Verhältnis der Arbeit zum Akt der Produktion innerhalb der Arbeit.«⁷

In den »rote[n]«⁸ 1970er Jahren formierten sich eine ganze Reihe von sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen. Viele von ihnen positionierten sich rundheraus ablehnend gegenüber der »Humanisierung der Arbeitswelt«, so wie etwa die italienischen Operaisten.⁹ Im Bochumer Opelwerk war zeitweise die Marxistische Gruppe – eine der größten sogenannten K-Gruppen des Jahrzehnts – aktiv. Sie reagierte auf den Versuch der Werksleitung, technische Neuerungen mit dem Humanisierungsbegriff zu verknüpfen, in ihrer Zeitschrift »Marxistische Arbeiter Zeitung« (MSZ) etwa folgendermaßen: »Und schon wieder kommt die Scheißhaus-Parole von der Humanisierung der Arbeit auf. ›Weniger Lärm und weniger Dreck‹ falle an, lässt die Werksleitung bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit verkünden. Ja meine Güte, soll man sich vorstellen, Opel könnte am Fließband-Lärm aufstellen, und daß es das nicht tut sei ein schöner Zug, oder was? Wo doch am neuen Arbeitsplatz schlicht weniger Lärm und weniger Dreck anfallen – als Abfallprodukt des gewinnträchtigen Montierens nämlich.«¹⁰ Schon die Überschrift verdeutlichte das zentrale Anliegen des Textes: »Die Arbeit wird einfacher, ›also< intensiver«. Damit wurde ein Argumentationsgang angekündigt, der bereits bei Karl Marx im Kapital zu finden ist. Marx zeigte dort, dass der Einsatz von Maschinen in kapitalistischen Produktionsverhältnissen zu einer Intensivierung der Arbeit führe, weil menschliche Arbeitskraft durch technische ersetzt

⁷ Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte [1844], in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Ergänzungsband 1. Teil, Berlin 1981, S. 515.

⁸ Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Frankfurt am Main 2002.

⁹ Hellmut G. Haasis: Fiat – Legende und Wirklichkeit. Humanisierung als technisches Instrument gegen die Arbeiterkämpfe, in: Karl-Markus Michel/Harald Wieser (Hg.): Arbeitsorganisation. Ende des Taylorismus, Kursbuch, Bd. 43, Berlin 1976, S. 102–117.

¹⁰ O. V.: Die Arbeit wird einfacher, ›also< intensiver, in: Marxistische Arbeiterzeitung, Reihe Opel (Bochum) (1984) H. 93, siehe: https://www.mao-pro-jeckt.de/BRD/NRW/ORG/Ruhrgebiet_MG_MA_Z_Opel/Bochum_Opel_MA_Z_19841220_093.shtml [letzter Zugriff: 12.2.2023].

Der Mensch in der industriellen Arbeitswelt

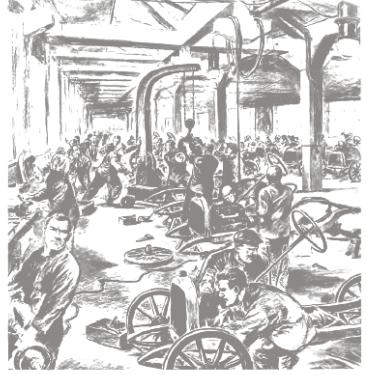
„Zur Diskussion über das Fließband“ hieß der Titel eines Aufsatzes in Heft 7/8 1975 der OPEL POST, in dem vor dem Hintergrund der geschichtlichen Entwicklung der Bandarbeit um die sogenannte „Humanisierung des Arbeitens“ ging, die die Arbeitsstrukturen in der Stude nach „arbeitsfreundlichen“ Produktionsmethoden versuchte. Versuchte Richtung bei Volkswagen, aber auch in der übrigen Automobilindustrie einschließlich OPEL standen im Mittelpunkt dieses Beitrages. Was damals gesagt wurde, wird in dem folgenden zweiteiligen Bericht noch einmal unterstrichen, darüber hinaus durch neue Erkenntnisse und Erfahrungen erweitert und vertieft; dazu bringt er Beispiele zukunftsweisender Strukturen, die bei uns bereits erprobt wurden.

Den Begriff „Humanisierung“ darf man nicht in der wörtlichen Bedeutung sehen, wie sie sich vielleicht aus dem Kontrast „human – inhuman“ ergibt. Human heißt moral wie bilden, gestalten machen, menschenfreundlich verhalten. Die Humanisierung der Arbeit setzt also keineswegs unmenschliche Zustände vor. Sie verfolgt die Frage, nach dem Grundsätzlichen, was gut und richtig noch besser werden könnte. Die Humanisierung der Arbeit ist ein Prozess, der sich schon seit Jahrzehnten teils evolutionär vollzieht, das heißt in schrittweisen Anpassungen an technologische Erkenntnisse und fachtechnische Weiterentwicklungen, teils in einschneidenden Veränderungen, zum Beispiel infolge der Automatisierung.

Arbeitswelt im Umbruch

Die Vergütung in Form von Lohn oder Gehalt ist heute für den arbeitenden Menschen nicht mehr die alleinige, oft nicht einmal die vorrangige Motivation zum Werk. Viele Menschen suchen nach Spuren für persönliche Entfaltung und die eigene Entscheidung erwartet. Eines der Hauptschwierigkeiten diesen Spielraum einschränkende Hindernisse wird dabei die Arbeitswelt sein. Es ist wichtig, richtig, dass die Arbeit am Fließband, wie sie heute in der Automobilindustrie und vergleichbaren Bereichen gelebt wird, keinen Raum für wenig Raum, für die individuelle Arbeitsweise lässt, die heißt, der einzelne kann den Gang der Arbeit selbst wenig beeinflussen. Einer sinnvollen am Fließband arbeitende wird daher von allen Seiten, insbesondere den Tarifpartnern, besondere Beachtung geschenkt. Weitere Notwendigkeiten, die Arbeitsbedingungen den Bedürfnissen des

Menschen von heute anzupassen, betreffen die Gestaltung des Arbeitsplatzes, des Arbeitsablaufs und der Arbeitsumgebung. Maßnahmen auf diesen Gebieten sind erforderlich, weil sich die körperliche und seelische Belastbarkeit, vor allem die innere Einstellung des arbeitenden Menschen, durch die Arbeitssituationen, die ihrer Vorfahren geändert haben und in neuer Zeit Arbeitseinfüsse und -belastungen aufgetreten sind, die früheren Generationen unbekannt waren.



Opel-Produktion kurz nach der Jahrhundertwende: Bereits Serienbau – etwa 10 Wagen pro Tag – aber noch weit entfernt von Fließbandarbeit. Der Automobilbau war körperlich schwerarbeitig, einen organisierten Materialfluss gab es damals nicht; die Teile wurden einzeln von Hand an das Produkt gebracht. Auch die selbsttragende Karosserie konnte man noch nicht, vielmehr wurde die Karosserie auf das Chassis und auf die Türen aufgeschraubt und Schraubverbindungen waren dabei vorherrschend, Löts- und Schweißnähte gab es kaum. (Zeichnung aus dem 1927 erschienenen Heinrich-Hausen-Buch, „OPEL – ein deutsches Tor zur Welt“.)

10

O. V.: Der Mensch in der industriellen Arbeitswelt, in: Opel Post. Werkzeitschrift für die Mitarbeiter der Adam Opel Aktiengesellschaft (1976) H. 8, S. 10.

werde.¹¹ Anhand einer konkreten Rationalisierungsmaßnahme im Betrieb erläuterte der*die Autor*in, wie betriebswirtschaftliche Kalkulationen sich nachteilig auf die Arbeitsbedingungen auswirken. Die Taktung des Bandes werde dabei lediglich durch die Geschwindigkeit der Maschinen bestimmt, was zur Folge habe, dass in derselben Zeit mehr Arbeitsschritte zu bewältigen seien. Laut des Textes spare die Opel AG auf diese Weise sowohl absolute als auch relative Lohnkosten. Die scheinbare Erleichterung durch die Verringerung des Lärmpegels wurde als bloßes Nebenprodukt des Unternehmensinteresses entlarvt – keineswegs als Maßnahme zum Wohl der Belegschaft. Der Text verfolgte somit eine klar agitatorische Linie: Verbesserungen würden nur insoweit eintreten, als sie mit dem Profitinteresse vereinbar seien. Für die Beschäftigten bedeutete die »Erleichterung« letztlich eine Verschärfung der Arbeitsbelastung. Der

¹¹ Intensifikation der Arbeit, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 431–440. Zum Verhältnis Rationalisierung und Humanisierung: Karsten Uhl: Humane Rationalisierung? Die Raumordnung der Fabrik im fordistischen Jahrhundert, Bielefeld 2014; Gina Fuhrich: Humanisierung oder Rationalisierung? Arbeiter als Akteure im Bundesprogramm »Humanisierung des Arbeitslebens« bei der VW AG, Stuttgart 2020.



O. V.: Die Arbeit wird einfacher, »also« intensiver, in: Marxistische Arbeiterzeitung, Reihe Opel (Bochum) (1984) H. 93

Quelle: https://www.mao-pro-jekt.de/BRD/NRW/ORG/Ruhrgebiet_MG_MAZ_Opel/Bochum_Opel_MAZ_19841220_093.shtml [letzter Zugriff: 12.2.2023].

Begriff der »Humanisierung« wurde so als beschönigen Ideologie entlarvt, die Zustimmung zu einer Rationalisierung sichern soll, die in Wahrheit auf Kosten der Arbeitenden gehe. Doch damit nicht genug: der Begriff wurde pointiert als »Scheißhausparole« diffamiert.

Durchaus konstruktiver wurde die Debatte um HdA in den Sozialwissenschaften geführt. Sie wurden durch das Programm direkt angesprochen und sollten in Form der sogenannten Begleitforschung an den Humanisierungsprojekten federführend beteiligt werden. Hier bildeten sich zwei Lager, die Axel Deeke in einem Beitrag von 1982 zusammenfasste und dabei die »analytisch-diagnostische, gegenüber Beratungs- und Interventionsanforderung kritisch distanzierte Forschungsperspektive« von »einer bewußt normativ arbeitnehmerorientierten, insbesondere handlungsorientierten Forschung« abgrenzte.¹²

¹² Axel Deeke: Industriesoziologie als Gestaltungswissenschaft? Anmerkungen zu einer methodologischen Diskussion, in: Werner Fricke/Gerd Peter/Willi Pöhler (Hg.): Beteiligen, Mitgestalten, Mitbestimmen. Arbeiternehmer verändern ihre Arbeitsbedingungen, Köln 1982, S. 142–159.

Ein erheblicher Teil dieser Diskussionen fand in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren statt, als das sogenannte Humanisierungsprogramm zum zentralen Streitpunkt im Bundestag wurde. Im Rahmen einer Großen Anfrage im Mai 1980 entbrannte eine Auseinandersetzung zwischen der CDU/CSU-Opposition und der sozialliberalen Regierungskoalition. Dabei stand insbesondere die intransparente Vergabe von Fördermitteln durch den Projektträger im Mittelpunkt der Kritik. Darüber hinaus gerieten auch die beteiligten Sozialwissenschaftler*innen ins Visier der Opposition. So äußerte der Dortmunder CDU-Abgeordnete Ludwig Gerstein: »Müssen denn gerade jene Sozialwissenschaftler und Institutionen bevorzugt Gelder bekommen, die offen die Humanisierung des Arbeitslebens in den Dienst einer völligen Veränderung unserer Gesellschaftsordnung stellen und die einseitig vor allem Beweise für ihre festgefügten Konflikttheorien fördern, während andererseits Arbeitswissenschaftler, die andere Auffassungen vertreten, um wenige tausend Mark für die Veröffentlichung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse bitteln müssen und dann noch vom BMFT über viele Monate hinweg an solchen Veröffentlichungen gehindert werden.«¹³ Dem stellte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Dieter Auch entschieden entgegen. Er verteidigte die Arbeit des Humanisierungsprogramms und stellte sich ausdrücklich hinter HdA, während er dessen Bedeutung für den Technologiefortschritt und den Erhalt der Arbeitskraft betonte.¹⁴

➤ Dabei stand insbesondere die intransparente Vergabe von Fördermitteln durch den Projektträger im Mittelpunkt der Kritik. Darüber hinaus gerieten auch die beteiligten Sozialwissenschaftler*innen ins Visier der Opposition.

¹³ Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 8/217. Stenographischer Bericht. 217. Sitzung, 14. Mai 1980, S. 17429.

¹⁴ Ebd., S. 3480–3482.

Dieser Angriff korrespondiert mit dem bereits 1976 auf dem 18. Deutschen Soziologentag 1976 in Bielefeld beklagten »problematischen Image« der Soziolog*innen »als verkappte Revolutionäre«,¹⁵ wie es der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), Karl Martin Bolte, zusammenfasste. Es wird deutlich, dass der sich durchaus gesellschaftskritisch verstehenden Disziplin der Industriesoziologie mit HdA eine Frage eröffnete – nämlich, ob sie dazu bereit sei, sich auf konstruktive Gestaltungsarbeit in kapitalistisch wirtschaftenden Betrieben einzulassen.

Einer der entschiedensten Vertreter der Gruppe, die diese Frage bejahten, war Werner Fricke.¹⁶ Seit dem Ende der 1960er Jahre war Fricke für die Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. 1971 gründete er dort die Abteilung für Arbeitskräfteforschung, deren Leitung er nahezu zwanzig Jahre innehatte. Er war außerdem der Kopf einer Forschungsgruppe, die eines der meistdiskutierten HdA-Projekte realisierte. Die zwischen 1975 und 1979 in der Peiner Maschinen- und Schraubenwerke AG durchgeführte Studie »Qualifikation und Beteiligung« verfolgte drei zentrale Zielsetzungen. Erstens sollten durch inhaltliche und organisatorische Veränderungen der Arbeit die Belastungen der Beschäftigten verringert werden. Zweitens war vorgesehen, die Arbeiterinnen und Arbeiter stärker in Entscheidungen einzubeziehen, die ihren Arbeitsalltag unmittelbar betrafen. Drittens sollte ein Ansatz der Aktionsforschung erprobt werden, der dem Projekt über seine konkreten Ergebnisse hinaus Modellcharakter verlieh. Hierbei suchte die Gruppe jedoch die Interessen der Belegschaft aktiv zu befördern und zu vertreten. Im gekürzten Forschungsbericht heißt es: »Die Interessen und Ansprüche der Arbeitenden können [...] nicht nur Gegenstand der Analyse sein, sondern die Forscher müssen auch zu ihnen Stellung beziehen, sich mit ihnen auseinandersetzen und sie aktiv unterstützen. [...] Damit setzen sie sich Konflikten und der Austragung von Interessengegensätzen aus, in denen sie als Wissenschaftler eine Position beziehen müssen.«¹⁷ Im weiteren Verlauf des Berichts wird klar, dass die Forscher*innengruppe sehr spezifische »Interessen« der Belegschaft als legitim ansahen, andere jedoch aus der Betrachtung fielen. Hieraus soll nun ein Schluss für die theoretische Erklärung des Kampfes um die (begriffliche) Deutungshoheit von HdA gezogen werden.

Schlussfolgerung

Die »Interessen« der Lohnabhängigen, auf die sich das Programm »Humanisierung des Arbeitslebens« mit dem Versprechen bezog, sie zu vertreten, tragen in sich selbst Widersprüche, die sie interpretationsoffen machen.

Am besten fasste dies die Forschergruppe Kudera u. a., die argumentierte, dass die Arbeits- und Lohnorientierungen von Beschäftigten durch einen »gebrochenen« Instrumentalismus geprägt seien, der aus der inneren, aber widersprüchlichen Logik der Lohnarbeit resultiere.¹⁸ Das Handeln der betrieblichen Akteure lässt sich daher nicht einfach als lineares Zweck-Mittel-Denken erklären, sondern unterliegt komplexen, kontingenzen Entscheidungsprozessen in profitorientierten Unternehmen. Vor diesem Hintergrund kann Rationalisierung durch Mechanisierung zugleich als Arbeitserleichterung, als Bedrohung des Arbeitsplatzes (durch Ersatz menschlicher Arbeit), als Absicherung des Arbeitsplatzes (durch die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens), als Vereinfachung der Tätigkeiten mit möglicher (De-)Qualifizierung und Auswirkungen auf das Lohnniveau sowie als Über- oder Unterforderung der Beschäftigten interpretiert werden.

Neulinke K-Gruppen, der Projekträger HdA, Industriesoziolog*innen und auch die Betriebsleitung von Opel Bochum würdigten zwar die Interessen der Arbeiter*innen, hatten jedoch durchaus unterschiedliche Auffassungen über die praktischen Resultate dieser Würdigung. So kam es, dass die einen Humanisierung ablehnten, die anderen in durchaus disparater Weise interpretierten. Diese Interpretation macht diese Widersprüche sichtbar und vermag zu erklären, weshalb es zu einem Kampf um die Deutung des Begriffes Humanisierung kam. ■

¹⁵ Karl Martin Bolte: Zur Situation soziologischer Forschung und Lehre in der Bundesrepublik Deutschland. Vortrag zur Eröffnung des 18. Deutschen Soziologentages, in: Ders. (Hg.): Materialien aus der soziologischen Forschung. Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld, München 1978, S. 1–20, hier: S. 17.

¹⁶ Michael Schumann: Innovative Arbeitspolitik – Wissenschaften in einer neuen Rolle. Vortrag auf der Tagung des BMBF – »Erfolgreiche Veränderungen in der Arbeitsgestaltung und Unternehmensorganisation – Strategien und Lösungen«, 19.–20.11.2001 in Bad Honnef, siehe: <https://sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/Publikationen/Schumann-VortragBadHonnef.PDF> [letzter Zugriff: 20.11.2025].

¹⁷ Else Fricke/Werner Fricke/Manfred Schönwälder/Barbara Stiegler: Qualifikation und Beteiligung. Das Peiner Modell zur Humanisierung der Arbeit, Frankfurt am Main 1981, S. 31.

¹⁸ Werner Kudera/Werner Mangold/Konrad Ruff/Rudi Schmidt: Gesellschaftliches und politisches Bewusstsein von Arbeitern. Eine empirische Untersuchung, Frankfurt am Main 1979, S. 118f.

KAUDERZANCA ALS FALLSTUDIE antirassistischen Engagements von ›MigrantInnen‹ in der Bundesrepublik Deutschland, 1980er bis 2000er Jahre

Andreas Charis



Eine neue Generation im Kommen

EINFÜHRUNG »Demokratie ja, Freiheit ja, aber bitte schön nur für artsverwandte [sic!] deutschen Blutes«¹, konstatierte der Redakteur der Berliner migrantischen Zeitschrift »Kauderzanca«, Halil Can, im Sommer 1993 kurz nach der Einschränkung des Grundrechts auf Asyl und dem rassistischen Brandanschlag von Solingen. Daraus sprachen Enttäuschung und das Gefühl, in seinen Sorgen von der deutschen Mehrheitsgesellschaft allein gelassen worden zu sein. Bereits 1991 hatten die Redakteur*innen betont, »[d]er Rassismus in dieser Gesellschaft sitzt tief und in allen Schichten und Bereichen«², was ihr ›Wissen über Rassismus‹ verdeutlicht.³ Beide Zitate sind nur zu verstehen vor dem Hintergrund der ›Konjunktur des Rassismus‹⁴, die in Westdeutschland bereits um 1980 als Reaktion auf vollzogene Einwanderungsprozesse eingesetzt hatte. Eingewanderte erlebten eine Zunahme des Alltagsrassismus bis hin zu körperlichen Angriffen, wobei die rassistische Gewalt nach der deutschen Einheit eskalierte.

¹ Halil Can: Wie man dem Haß den Weg asphaltiert, in: Kauderzanca (1993) H. 11, S. 2f., hier: S. 2.

² O. A.: Wie viele müssen noch STERBEN?, in: Kauderzanca (1991) H. 7, S. 4.

³ Gemeint ist ein Erfahrungswissen, über das die meisten Migrant*innen verfügen. Siehe: Mark Terkessidis: Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive, Bielefeld 2004, S. 10f.

⁴ Dieses Konzept geht zurück auf Alex Demirovic/Manuela Bojadžijev (Hg.): Konjunkturen des Rassismus, Münster 2002.

Vertreter*innen aus Politik und Medien machten ostdeutsche Rechtsextremisten oder ›überforderte Jugendliche‹ für die Gewalt verantwortlich. Durch diese Externalisierung ignorierten sie institutionellen sowie Alltagsrassismus. Die öffentliche Diskussion konzentrierte sich auf die Täter, während die Perspektiven von Eingewanderten kaum Beachtung fanden.⁵ Dabei schlossen sich Nachfahren von ›Gastarbeitern‹, aber auch andere Minderheiten wie Schwarze Deutsche seit den 1980er Jahren zu antirassistischen Gruppen in migrantisch geprägten Städten zusammen.⁶

Die meisten Aktivist*innen, um 1970 geboren, sind in der Bundesrepublik als Kinder von Arbeitsmigrant*innen aufgewachsen. Sie waren entweder bereits früh durch ihr familiäres Umfeld politisiert, oder die eskalierte rassistische Gewalt nach der deutschen Einheit und deren gesellschaftlicher Umgang politisierten sie. Die Akteur*innen erkannten verschiedene Formen von Rassismus, die unterschiedliche Gruppen betrafen – und reduzierten Rassismus nicht auf Gewalt, sondern hielten ihn für strukturell und wollten ihn herkunftsübergreifend bekämpfen. Überdies verbanden die Akteur*innen ihr Engagement mit politischen und sozialen Forderungen. Damals unüblich bezeichneten die Aktivist*innen

⁵ Siehe Maria Alexopoulou: Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Ditzingen 2020, S. 186–189.

⁶ Siehe İbrahim Cindark: Migration, Sprache und Rassismus. Der kommunikative Sozialstil der Mannheimer ›Unmündigen‹ als Fallstudie für die ›emanzipatorischen Migranten‹, Tübingen 2010, S. 80f.

sich selbst als ›MigrantInnen‹, wodurch sie sich vom abwertenden ›Ausländer‹-Begriff abgrenzten.⁷ Junge Menschen nicht-deutscher Herkunft versuchten sie als von Rassismus Betroffene zu mobilisieren.

Um 1996 begannen Aktivist*innen der Mannheimer Gruppe »Die Unmündigen« und des Vereins Saz-Rock aus Frankfurt ein migrantisches antirassistisches Netzwerk aufzubauen. Vertreter*innen etablierter Migrant*innenvereine und Deutsche ohne Migrationsgeschichte waren von der Teilnahme ausgeschlossen. Dies begründeten sie damit, dass erstere Exilpolitik betrieben hätten. Deutschen Jugendverbänden warfen sie vor, die Interessen von migrantischen Jugendlichen nicht zu beachten, und Vertreter*innen der deutschen Linken, sie paternalistisch zu behandeln. Auch grenzten die Aktivist*innen sich von bestehenden antirassistischen Organisationen ab, da diese zwar einerseits migrantische Selbstorganisation propagieren, andererseits aber durch Menschen ohne Rassismuserfahrungen geleitet würden.⁸ Zwischen 1997 und 1999 trafen sich Vertreter*innen migrantischer Gruppen sowie Einzelpersonen aus Westdeutschland zu drei Seminaren in gewerkschaftlichen Tagungszentren. Das erste Seminar fand im Mai 1997 im nordhessischen Naumburg statt, weswegen die Protagonist*innen ihrem Netzwerk später den Namen Naumburger Kreis gaben. Obwohl die Teilnehmer*innen die Etablierung eines bundesweiten Netzwerks anstrebten, ging daraus keine dauerhafte Vernetzung hervor.

Soll in einem größeren Projekt die Frage beantwortet werden, wie und warum sich der Naumburger Kreis formierte, muss die Genese seiner Gruppen rekonstruiert werden.⁹ Dieser Aufsatz widmet sich exemplarisch der Gruppe Kauderzanca. Nachdem die Genese und die

Narrative der Gruppe verhandelt wurden, wird nach den Strategien ihrer Mitglieder gefragt, Türkeistämmige der ›zweiten Generation‹ zu mobilisieren. Zuvor werden kurz der Forschungsstand und die Quellen diskutiert, um daraus das methodische Vorgehen abzuleiten.

Forschungsstand

Mit dem antirassistischen Engagement von ›MigrantInnen‹ haben sich Protestgeschichte und soziologische Bewegungsforschung bislang nicht eingehend beschäftigt. Das liegt zum einen daran, dass sich die bundesrepublikanische Gesellschaft lange als postrassistisch verstand.¹⁰ Zum anderen gab es die Annahme, Migrant*innen seien nicht an ›einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel‹¹¹ im Einwanderungsland interessiert. Studien aus Nachbardisziplinen zu einzelnen Bewegungsorganisationen weisen aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive drei zentrale Schwächen auf: Erstens präsentieren die Autor*innen Protest als statisch. So bieten sie weder eine überzeugende Periodisierung der Protestpraxis noch Erklärungen für Entwicklungen, die etwa sozialen oder gruppeninternen Wandel berücksichtigen.¹² Zweitens folgen die Autor*innen der Darstellung der Akteur*innen. Die Forschenden stützen sich hauptsächlich auf veröffentlichtes Material der Gruppen und übernehmen mitunter unkritisch deren Deutungsmuster.¹³ Damit zusammenhängend zeichnen sie die Gruppen drittens als einheitliche Akteure,¹⁴ wodurch gruppeninterne Aushandlungsprozesse und der Beitrag einzelner unsichtbar bleiben. Um Machtdynamiken und Aushandlungen zu eruieren, braucht es einen akteurszentrierten Ansatz. Damit Historisierung gelingt, werden außerdem Quellen aus verschiedenen Perspektiven kontrastiert, um ein möglichst ausgewogenes Bild zu erhalten.

⁷ Siehe Maria Alexopoulou: ›Ausländer – A Racialized Concept? ›Race‹ as an Analytical Concept in Contemporary German Immigration History, in: Mahmoud Arghavan u. a. (Hg.): Who Can Speak and Who Is Heard/Hurt? Facing Problems of Race, Racism, and Ethnic Diversity in the Humanities in Germany, Bielefeld 2019, S. 45–67.

⁸ H.E./S.A.: Protokoll vom Vorbereitungstreffen für das bundesweite Migrantinnentreffen am 9.11.1996, in: Privatarchiv von B.Y., lose Blattsammlung; o. A.: JUGENDKONFERENZ, o. J. [vermutlich 1996], in: Privatarchiv von B.Y., lose Blattsammlung; lebensgeschichtliches Interview des Verfassers mit M. C. vom 26. Juli 2024 in Mannheim.

⁹ Dies ist das Anliegen des seit 2022 am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin laufenden Promotionsprojekts des Verfassers, das den Titel »antirassistisches Engagement von ›Migrant*innen‹ in der Bundesrepublik Deutschland, 1980er bis 2000er Jahre« trägt. Das Forschungsinteresse besteht darin, zu beantworten, weshalb die angestrebte dauerhafte Vernetzung der Akteur*innen des Naumburger Kreises nicht zustande kam.

¹⁰ Vgl. Maria Alexopoulou: Rassistisches Wissen in der Transformation der Bundesrepublik Deutschland in eine Einwanderungsgesellschaft 1940–1990, Göttingen 2024, S. 19–23.

¹¹ Dieter Rucht/Wilhelm Heitmeyer: Mobilisierung von und für Migranten, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main 2008, S. 573–592, hier: S. 575.

¹² Siehe z.B. Çağrı Kahveci: Migrantische Selbstorganisierung als Empowerment gegen Rassismus. Analyse politischer Praxis ausgewählter antirassistischer Gruppen türkeistämmiger Migrant_innen in Berlin seit den 1980er Jahren, unveröffentlichte Dissertation der Freien Universität Berlin, 2014.

¹³ Siehe Erdal Kaynar/Kimiko Suda: Aspekte migrantischer Selbstorganisation in Deutschland, in: Ljubomir Bratić (Hg.): Landschaften der Tat. Vermessung, Transformation und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa, St. Pölten 2002, S. 167–185, hier: S. 173f.

¹⁴ Siehe Titus Engelschall/Tobias Pieper: Wem gehört die Straße? Strukturen migrantischen Widerstands in den 1990er Jahren, in: Interface (Hg.): WiderstandsBewegungen. Antirassismus zwischen Alltag & Aktion, Berlin/Hamburg 2005, S. 200–210, hier: S. 208f.



Titelblatt der Zeitschrift Kauderzanca. Zeitschrift für interkultur, jugend und politik (1995) H. 12

Quelle: <https://www.boell.de/de/2021/10/28/die-enkelinnengeneration-ich-will-zazaki-lernen> [letzter Zugriff: 20.11.2025]

Quellen und Quellenkritik

Da die dafür benötigten internen Quellen nur vereinzelt in staatlichen und ›Bewegungsarchiven‹ überliefert sind, war die Kontaktaufnahme zu damaligen Aktivist*innen nötig. Sukzessive baute ich ein Vertrauensverhältnis zu ihnen auf, was unbedingte Voraussetzung dafür war, mir Zugang zu ihren privaten Sammlungen zu gewähren, darunter die eines ehemaligen Kauderzanca-Mitglieds. Diese nicht ›repräsentative‹ Sammlung enthält Materialien zur Vernetzung, z. B. Briefe. Aufzeichnungen von gruppeninternen Diskussionen fehlen. Deshalb wurden auch veröffentlichte Quellen der Aktivist*innen hinzugezogen, wie die Zeitschrift »Kauderzanca«, womit sich zumindest ihre Außendarstellung untersuchen lässt. Ergänzt werden diese Quellen durch von mir geführte lebensgeschichtliche Interviews mit damaligen Aktivist*innen, die Einblicke in ihre Subjektivität¹⁵ ermöglichen. Teilweise konnten auch Presseerzeugnisse und Materialien staatlicher Provenienz einbezogen werden. Diese Perspektiven mit der aktivistischen zu kontrastieren, ermöglicht eine multiperspektivische Erzählung, was an Kauderzanca expliziert wird.

¹⁵ Dorothee Wierling: Oral History, in: Michael Maurer (Hg.): Aufriß der historischen Wissenschaften, Bd. 7, Neue Themen und Methoden der Geschichtswissenschaft, Stuttgart 2003, S. 81–152, hier: S. 97.

Fallstudie Kauderzanca

Sechs türkeistämmige Schüler aus Berlin-Schöneberg gründeten 1987 das Zeitschriftenprojekt Kauderzanca. Der Name setzte sich zusammen aus Kauderwelsch und dem türkischen Äquivalent Tarzanca, worin sich ihr hybrides Selbstverständnis als weder ausschließlich ›deutsch‹ noch ›türkisch‹ ausdrückte.¹⁶ Zur zweiten Ausgabe wuchs die Redaktion auf 14 Mitglieder an, davon vier weiblich.¹⁷ Bei den Redakteur*innen handelte es sich um Kinder von Arbeitsmigrant*innen aus der Türkei und wenige Deutsche ohne Migrationsgeschichte, die 1988 zwischen 14 und 21 Jahren alt waren.¹⁸ Sie verstanden sich als antisexistisch und lehnten teils als Nachfahren von Minderheiten aus der Türkei den türkischen Nationalismus ab.¹⁹ Ende der 1980er Jahre wurden die meisten von Schüler*innen zu Studierenden. Wie die Redakteur*innen in der ersten Ausgabe betonten, hätten junge Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte wenig Kontakte im Alltag. Dabei hätten sie dieselben Probleme, etwa Arbeitslosigkeit.²⁰ Die Zeitschriftenmacher*innen wollten dazu beitragen, dass sich Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte besser kennenlernen und so zu einem harmonischen Miteinander fänden. Sie teilten damit, wie für migrantische Initiativen dieser Zeit üblich, Annahmen von Vertreter*innen des Konzepts der ›multikulturellen Gesellschaft‹ der 1980er Jahre.²¹

¹⁵ Dorothee Wierling: Oral History, in: Michael Maurer (Hg.): Aufriß der historischen Wissenschaften, Bd. 7, Neue Themen und Methoden der Geschichtswissenschaft, Stuttgart 2003, S. 81–152, hier: S. 97.

¹⁶ Siehe o. A.: 1 Jahr Kauderzanca, in: Kauderzanca (1988) H. 2, S. 4–8, hier: S. 5.

¹⁷ Siehe o. A.: Impressum, in: Ebd., S. 2.

¹⁸ Siehe o. A.: Wir über uns, in: Kauderzanca (1987/1988) H. 1, S. 2.

¹⁹ Siehe Ayse: Sind es Menschenrechte oder Männerechte? Yelda, eine Feministin aus der Türkei, ist im Juni 93 einer Einladung von Amnesty International gefolgt, um in Berlin, Hamburg und Köln über Menschenrechtsverletzungen an Frauen in der Türkei zu referieren, in: Kauderzanca (1993) H. 11, S. 10f.; Halil Can: Die Politisierung einer »unsichtbaren Minderheit«. Die kulturelle und politische Emanzipation der ethnisch-religiösen Minderheit der Aleviten in der Türkei, unveröffentlichte Magisterarbeit der Freien Universität Berlin, 1994, S. 82; Ders.: »Ich spreche x-linguisch«. Aus dem Leben eines »gewöhnlichen« Wanderers und Grenzgängers mehrerer Sprachen und Kulturen, in: María do Mar Castro Varela u. a. (Hg.): Suchbewegungen. Interkulturelle Beratung und Therapie, Tübingen 1998, S. 247–252, hier: S. 249.

²⁰ Siehe o. A., Wir über uns.

²¹ Siehe Gisela Welz: Wie verwaltet man die kulturelle Vielfalt einer Weltstadt? Das Frankfurter Amt für multikulturelle Angelegenheiten, in: Ina-Maria Greverus u. a. (Hg.): Frankfurt am Main. Ein kulturanthropologischer Stadtführer, Frankfurt am Main 1998, S. 33–47, hier: S. 39; Die Brücke: Editorial. Eine komplizierte Aufgabe, in: Die Brücke (1982) H. 10, S. 2f., hier: S. 3.

Ab der zweiten Ausgabe von 1988 mischten sich die Redaktionsmitglieder explizit in die öffentliche Diskussion zu Migration ein. Wie damals viele Migrant*innen forderten sie Bürger*innenrechte für Eingewanderte. Die Redakteur*innen glaubten, wenn das kommunale ›Ausländerwahlrecht‹ eingeführt würde, wandelten sich die Einstellungen in der Mehrheitsbevölkerung gegenüber Migrant*innen langfristig zum Positiven.²²

Der rassistisch motivierte Mord an Ufuk Şahin vom Mai 1989 in West-Berlin führte dazu, dass sich die Redakteur*innen fortan in ihrer Zeitschrift vertieft mit Rassismus auseinandersetzten. Charakteristisch war, dass sie zu den Betroffenen gingen, um eine »Gegenöffentlichkeit«²³ herzustellen. Damit grenzten sie sich unter anderem von der etablierten Berliner Presse ab, die nur die Perspektive der Täter im Blick habe.²⁴ Als Gegenentwurf ließen sie Migrant*innen, wie Şahins Mutter, selbst zu Wort kommen.²⁵ Daraus lässt sich schließen, dass die Redakteur*innen versuchten, ›Wissen über Rassismus‹ sichtbar zu machen und somit Rassismus als gesellschaftliche Struktur zu kennzeichnen. Ihren Lesenden gegenüber wollten sich die Redaktionsmitglieder gleichzeitig als empathisch und verständnisvoll zeigen.

Parallel versuchten die Kauderanca-Macher*innen, türkeistämmigen Altersgenoss*innen zu vermitteln, dass sie Eingewanderte seien. Sie beabsichtigten dafür, gesellschaftlich verbreitete Wissensbestände zu Migration umzudeuten. Im Kontrast zur repressiven Migrationspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung der 1980er Jahre strebten die Zeitschriftenmacher*innen an, Migration zu normalisieren. Sie argumentierten, Türkeistämmige seien längst eingewandert und das Gebiet des heutigen Deutschlands schon immer von Einwanderung geprägt gewesen.²⁶ Damit wollten sie herausstellen, dass Türkeistämmige sich berechtigerweise in der Bundesrepublik aufhielten und nicht ›zurückkehren‹ würden. Diese narrative Strategie sollte der Mobilisierung der ›zweiten Generation‹ den Weg bereiten. Es fällt auf, dass die

²² Siehe Frank Bilgi: Die Auseinandersetzung von selbstorganisierten türkischen Emigrantinnen und Emigranten mit aktuellen rassistischen Erscheinungsformen in Berlin, unveröffentlichte Diplomarbeit der Freien Universität Berlin, 1992, S. 81.

²³ Ebd., S. 86.

²⁴ Siehe Eure Kauderanca-Redaktion: Wir über uns, in: Kauderanca (1989) H. 4, S. 2.

²⁵ Siehe o. A. [Mutter von Ufuk Şahin]: »Öffnet eure Augen und eure Herzen.« Rede der Mutter Ufufs auf der Trauerkundgebung vom 19. Mai, in: Kauderanca (1989) H. 4, S. 7.

²⁶ Siehe DostSein: Deutschland kein Einwanderungsland? Oder die Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland, in: Kauderanca (1989) H. 4, S. 39–42, hier: S. 40.

Redakteur*innen Türkeistämmige vor Augen hatten, wenn sie über Eingewanderte respektive von Rassismus Betroffene schrieben. Plausibel ist, dass dies die Mobilisierung von Rassismus Betroffenen anderer Herkunft erschwerte.

Als die rassistische Gewalt eskalierte, versuchten die Kauderanca-Mitglieder, die soziale Bewegung der ›zweiten Generation‹ praktisch zu verwirklichen. Sie kooperierten ab 1990 mit Gruppen junger Türkeistämmiger in Berlin. So beteiligten sie sich etwa 1992 an der Gründung des Bundes der antifaschistischen Jugend.²⁷ Langfristig standen politische Differenzen, etwa die Frage, ob Gewalt ein legitimes Mittel sei, einer effektiven Zusammenarbeit der Gruppen im Weg.²⁸

Deutlich mehr migrantische Jugendliche ließen sich durch die Ausrichtung von Partys mobilisieren, die die Kauderanca-Macher*innen anlässlich der Veröffentlichung ihrer Ausgaben organisierten. Für diese Partys nutzten sie mit dem Café »öntökölltöröll« ein selbstverwaltetes Café in einem Jugendzentrum der Naturfreundejugend, was an eine Praxis der Jugendzentrumsbewegung der 1970er Jahre erinnert.²⁹ Anfang der 1990er Jahre mobilisierten auch andere migrantische Gruppen mit Partys, womit sie auf die bei Migrant*innen verbreitete Erfahrung reagierten, dass Türsteher ihnen aus rassistischen Motiven den Einlass in Diskotheken verweigerten. Im Café »öntökölltöröll« konnten migrantische Jugendliche hingegen feiern, junge Menschen kennenlernen und Spaß haben. Die Kauderanca-Mitglieder wollten diese mit den Partys ansprechen, für ihr Zeitschriftenprojekt interessieren und zur Mitarbeit motivieren.³⁰ Den Zeitschriftenmacher*innen gelang es allerdings nicht, die meisten Gäste so zu erreichen, dass sie langfristig an der Redaktion partizipierten.

Die Redaktion schrumpfte unter anderem wegen interner Differenzen bis 1995 auf nur noch zwei Mitglieder. Daneben war das Projekt konstant von Finanzierungsschwierigkeiten betroffen. Der Berliner Senat förderte Kauderanca nicht, da er nur eingetragene Vereine finan-

²⁷ Siehe Cetin: Und sie wehren sich doch... Jugendliche der 2ten Generation gründen Bund der Antifaschistischen Jugend, in: Kauderanca (1992/1993) H. 10, S. 22.

²⁸ Siehe o. A.: »Wir wollen leben!«. Inisiyatif ist eine Zeitschrift, die von der ADA-Jugendgruppe herausgegeben wird. Hauptsächlich beschäftigt sie sich mit antifaschistischen Themen, in: Kauderanca (1995) H. 12, S. 9.

²⁹ Vgl. Kahveci, Migrantische Selbstorganisierung, S. 174.

³⁰ Siehe lebensgeschichtliches Interview des Verfassers mit D. S. vom 25. März 2024 in Berlin-Kreuzberg.

ziell unterstützte.³¹ Um eine Auflösung zu verhindern, gründeten die verbliebenen Mitglieder Ende 1995 den Verein *jus soli* (dt.: Bodenrecht).³² Die Gründer*innen gingen davon aus, die Perspektiven von Migrant*innen würden gesellschaftlich kaum beachtet. Ziel war daher, deren Wissen zunächst zu sammeln und danach zu dessen gesellschaftlicher Verankerung beizutragen. Über Kulturveranstaltungen sollten Jugendliche mobilisiert werden. Die *jus-soli*-Aktivist*innen strebten außerdem an, qualifizierte Journalist*innen mit Migrationsgeschichte auszubilden. Dafür wollten sie eine eigene Medienagentur aufbauen.³³ Wie weitere migrantische Vertreter*innen hielten die *jus-soli*-Mitglieder Menschen mit Migrationsgeschichte für unterrepräsentiert in den deutschen Massenmedien.³⁴ Den Medien warfen sie vor, für den Wahlerfolg rechter Parteien und die Popularisierung von Rassismus verantwortlich zu sein. Sie glaubten, wenn Migrant*innen hingegen medial repräsentiert würden, würde Rassismus in der Bevölkerung abgebaut.³⁵ Die Existenz von Rassismus erklärten sie primär mit Desinformation und mangelnder Aufklärung. Letztlich misslang die Etablierung der Medienagentur, vor allem, da Ressourcen fehlten.

Um 1995 hatten sie sich angesichts der personellen Fluktuation, der aus ihrer Sicht geringen Mobilisierung und der Finanzierungsschwierigkeiten einerseits als schwach wahrgenommen. Andererseits hatten Kauderanca-Mitglieder andere Aktivist*innen mit Migrationsgeschichte auch außerhalb Berlins kennengelernt.³⁶ Letztere sprachen teilweise davon, eine migrantische Antirassismus-Bewegung initiieren zu wollen,³⁷ was die Mitglieder der Kauderanca veranlasste, sich an einer überregionalen Vernetzung zu beteiligen. Sie nahmen daher 1997 am ersten Treffen des Naumburger Kreises sowie an den Treffen in den Folgejahren teil.

Auch wenn die Zeitschrift im Herbst 1998 zum letzten Mal erschien, bedeutete dies nicht das Ende des Aktivismus ihrer Mitglieder. Halil Can entwickelte etwa aus der Erfahrung der ausgebliebenen migrantischen antirassistischen Bewegung und seines Engagements im Netzwerk Kanak Attak Anfang der 2000er Jahre ein neues Konzept in der rassismuskritischen Bildungsarbeit. Er führte »Antirassismustrainings« für Betroffene von Rassismus durch, woraus später der »People of Color- und »Empowerment«-Ansatz hervorgingen.³⁸

Fazit

Die Kauderanca-Mitglieder erreichten migrantische Jugendliche vor allem mit solchen Angeboten, die diese nicht als rein »politisch« lasen, sondern auch Spaß und Selbstverwirklichung versprachen. Die Beschäftigung mit diesem Aktivismus verdeutlicht darüber hinaus, dass Menschen mit Migrationsgeschichte der »Konjunktur des Rassismus« aktiv entgegneten, auch wenn die von einigen Protagonist*innen angestrebte breite soziale Bewegung nicht entstand. Dadurch können falsche Narrative aus Historiografie und Bewegungsforschung korrigiert werden – einschließlich teleologischer Deutungen, die diesen Aktivismus einzig als »Scheitern« begreifen. Die Auseinandersetzung mit denjenigen, die sich als »MigrantInnen« organisierten, fördert alternative Wissensordnungen zutage. Diese fordern (teilweise bis heute) wirkmächtige Narrative heraus und können zu deren Ausdifferenzierung beitragen. Migrant*innen werden auf diese Weise als Subjekte ernst genommen. ■

³¹ Siehe o. A.: »Der Senat fördert ausländische Vereine«. Über Lippenkenntnisse und Lobbyismus, in: Kauderanca (1990) H. 6, S. 5; Jochen Blaschke: Förderung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen in Immigrantenmilieus. Erfahrungen aus der Berliner Praxis, in: Ders. (Hg.): Wer integriert die zugewanderte Bevölkerung? Selbsthilfe, die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und Einrichtungen des Wohlfahrstaates, Berlin 1999, S. 5–21, hier: S. 11.

³² Siehe Auszug aus dem Vereinsregister Berlin-Charlottenburg VR16586NZ.

³³ Siehe D. E.: Beschlusstext der Mitgliederversammlung vom 25. Mai 1996, vom 26. Mai 1996, in: Privatarchiv von B. Y., Ordner »Literatur Rassismus etc.«; o. A.: *jus soli*. Manufaktur für interkulturelle und politisch-emanzipatorische Medien- und Kulturarbeit, in: Kauderanca (1998) H. 16, S. 28; lebensgeschichtliches Interview des Verfassers mit D. S. vom 25. März 2024 in Berlin-Kreuzberg.

³⁴ Siehe o. A.: Das Auseinanderklaffen zweier Welten. Multikulturelle Gesellschaft und monokulturelle Medienwirklichkeit in der BRD, in: Kauderanca (1992) H. 9, S. 5–9, hier: S. 7–9; Halil Can: Fremdsprachige Medien noch am Anfang. Türkischsprachige Medienmacher suchen ihren Platz in der monokulturellen deutschen Radio- und Fernsehlandschaft, in: taz – die tageszeitung (Berlin) vom 8. Mai 1992, S. 28.

³⁵ Siehe o. A., Auseinanderklaffen zweier Welten, S. 6f.

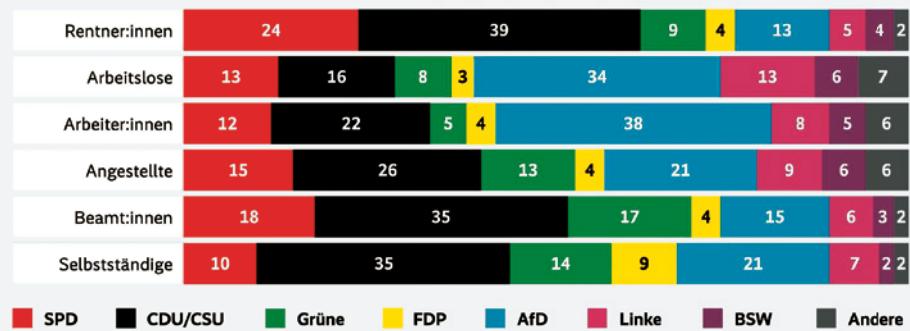
³⁶ Siehe o. A. [Mitglieder der Unmündigen]: O. T. [Brief von Unmündigen-Mitgliedern an befreundete Gruppen], 10. Oktober 1996, in: Privatarchiv von D. S., lose Blätter; o. A. [Mitglieder vom Council of Europe Minority Youth Committees (CEMYC)]: O. T. [Brief von CEMYC-Mitgliedern an befreundete Gruppen], 2. Dezember 1996, in: Privatarchiv von D. S., Abschnitt o. T.

³⁷ Siehe o. A.: O. T. [Protokoll der Sitzung der Unmündigen vom 4. April 1995], 4. April 1995, in: Privatarchiv von B. Y., rotes Notizbuch der Unmündigen; o. A. [Mitglieder von CEMYC]: Programm, o. J. [vermutlich 1996], in: Privatarchiv von B. Y., weißer Ordner »Seminare«.

³⁸ Siehe S.K./H.C./N.Y.: Antirassismustraining. Strategien gegen Rassismus aus der Minderheitenperspektive für MultiplikatorInnen nicht-deutscher Herkunft in der interkulturellen Arbeit, o. J. [2001], in: Privatarchiv von B. Y., lose Blätter; Nuran Yiğit/Halil Can: Das Überwinden der Ohn-Macht. Politische Bildungs- und Empowerment-Arbeit gegen Rassismus in People of Color-Räumen – das Beispiel der Projektinitiative HAKRA, in: Gabi Elverich/Annita Kalpaka/Karin Reindlmeier (Hg.): Spurensicherung. Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft, Frankfurt am Main/London 2006, S. 167–193.

Vergleich Beruf/Tätigkeit Zweitstimmen

Angaben in Prozent



Infratext dimap Exit Poll, abgedruckt in: Catrina Schläger/Jan Niklas Engels/Nicole Loew: Analyse der Bundestagswahl 2025. Eine harte Niederlage mit einer doppelten Herausforderung für die Sozialdemokratie, Februar 2025, S. 9, <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21862-20250226.pdf> [letzter Zugriff: 20.11.2025]

KULTURKAMPF, KLASSE, PREKARITÄT

Wie das Verschwinden der lebensweltlich verankerten Arbeiter*innenbewegung die Neue Rechte stärkt

Jana Malms

38 Prozent. Mit diesem Ergebnis sicherte sich die AfD bei der Bundestagswahl 2025 in der Berufsgruppe der Arbeiter*innen den ersten Platz. Zum Vergleich: Unter Arbeitslosen holte die Partei laut Infratest Dimap rund 34% der Stimmen, in der Gruppe der Angestellten und Selbstständigen entfielen 21% auf die AfD, währenddessen knapp 15% der Beamt*innen und 13% der Rentner*innen ihr Kreuz bei der rechten Partei machten.¹ Dieses Ergebnis ist für mich als Sozialistin mit einer sehr schmerzhaften Erkenntnis verbunden: Von der klassischen, linken Arbeiter*innenbewegung scheint nicht mehr viel übriggeblieben. Die Parteien, die in ihrer Traditionslinie stehen, also SPD und Linkspartei, kommen mit 20% der Gesamtstimmen bei den Arbeiter*innen nicht einmal auf ein annäherndes Ergebnis.

Die Ergebnisse der Nachwahlbefragung legen aber auch folgende These nahe: Das Verschwinden der Arbeiter*innenbewegung und die hohen Wahlergebnisse der AfD sind unmittelbar miteinander verbundene Phänomene. Mit Sicherheit ist tiefergehende Forschung notwendig, um diesem Zusammenhang in seiner Komplexität gerecht zu werden. Was jedoch feststeht, ist, dass die Arbeiter*innenbewegung immer mehr als nur ein Geflecht an Parteien und Organisationen war, welches sich auf die Fahnen schrieb, den ausbeuteten Massen eine politische Stimme zu verleihen. Sie war – neben dem Betrieb – der institutionelle Mittelpunkt einer spezifischen Klassenkultur, die es Arbeiter*innen ermöglichte, einen positiven Bezug zur eigenen sozialen Identität aufzubauen.

Genau jener Mechanismus der positiven Identitätsbildung soll in diesem Text in den Fokus gerückt werden. Mit dem Verschwinden einer Arbeiter*innenbewegung, die dieser Bezeichnung gerecht wird, verschwand nämlich auch die institutionelle Grundlage dieser spezifischen Klassenkultur. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit blieb jedoch bestehen. Das Ergebnis: Immer noch von Ausbeutung betroffene Arbeiter*innen verfügen nicht mehr über den positiven Identitätsanker, den die

¹ Siehe Catrina Schläger/Jan Niklas Engels/Nicole Loew: Analyse der Bundestagswahl 2025. Eine harte Niederlage mit einer doppelten Herausforderung für die Sozialdemokratie, Februar 2025, S. 9, in: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21862-20250226.pdf> [letzter Zugriff: 20.11.2025].

»Dort, wo es schwerfällt, sich positiv auf die eigene Stellung in der Klassengesellschaft zu beziehen, gewinnen Abgrenzungsmechanismen an Bedeutung.

Bewegung ihnen einst bot. In der Folge entstand ein Vakuum, welches heute gefüllt wird von einer Form der negativen Identitätsbildung. Dort, wo es schwerfällt, sich positiv auf die eigene Stellung in der Klassengesellschaft zu beziehen, gewinnen Abgrenzungsmechanismen an Bedeutung. Sie stellen das negative Surrogat der verlorengegangenen Klassenidentität dar. Blickt man wiederum genauer auf die Narrative der Neuen Rechten, beispielsweise auf den Kulturmampf, fällt auf, dass sie eine derartige Abgrenzungsbewegung nachzeichnen. Hierin liegt meiner Auffassung nach einer der Gründe, warum die Ideologie von Parteien wie der AfD unter Arbeiter*innen so erfolgreich verfängt.

Dieser These sind die folgenden Seiten gewidmet. Als empirische Grundlage und Ausgangspunkt meiner Überlegungen dient mir ein narratives Interview, das ich in 2024 mit einer Genossin aus dem Förderkreis »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« geführt habe, deren Namen und Wohnort ich sowohl aus methodischer Sorgfalt als auch aus Datenschutzgründen unerwähnt lasse. Ihr gilt großer Dank für die zahlreichen klugen und für die anleitende These zentralen Hinweise, die Aufschlüsse geben zur kulturellen Verankerung der Arbeiter*innenbewegung im Alltagsleben der Klasse seit den 1950er Jahren bis heute. Daraus lässt sich auch schlussfolgern, wie sehr sich die dahinterliegenden institutionellen Mechanismen seitdem verändert haben – und warum diese Entwicklung Arbeiter*innen in der heutigen Klassengesellschaft geradezu dazu prädestiniert, den Ideologien der Neuen Rechten gegenüber aufgeschlossen zu sein.

Eine heuristische Definition des »Arbeiter*innen«-Begriffs

Wer genau ist gemeint, wenn von »Arbeiter*innen« die Rede ist? Diese Frage lädt zweifelsohne zum Philosophieren ein. Ohne an dieser Stelle eine allzu ausschweifende Marx-Exegese zu bemühen, genügt für den Moment eine heuristische Definition des Begriffs. Die bereits zitierte Nachwahlbefragung hilft uns hierbei leider wenig: Durch sie wurde lediglich erfasst, wer von den Befragten sich selbst als Arbeiter*in identifiziert. Über die sozio-ökonomischen Merkmale dieser Gruppe erfahren wir nichts. Hilfreicher ist hier eine vom Jenaer Sozialforscher Klaus Dörre verfasste, 2020 unter dem Titel »In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte« erschienene Studie.² Darin bindet Dörre Erkenntnisse aus über drei Jahrzehnte hinweg geführten qualitativen Interviews mit rechtsoffenen Arbeiter*innen zusammen. Die hierbei beforschte Gruppe deckt sich sozialstrukturrell weitgehend mit dem Milieu, über das auch meine Interviewpartnerin berichtete.

Dörre geht es »vor allem um Industrie- und Produktionsarbeiter«.³ Unter Berücksichtigung des heuristischen Charakters dieser Definition möchte ich die folgende Argumentation aus empirischen Gründen auf diese Gruppe fokussieren. Der Vollständigkeit halber ist zu erwähnen, dass die von ihm beforschten Arbeiter*innen als besondere »Klassenfraktion oder Schicht innerhalb einer umfassenderen Lohnabhängigenklasse«⁴ betrachtet werden – eine Definition, die darauf abzielt, die ausbeutungszentrierte, marxsche Analyse sozialer Ungleichheit mit dem, vornehmlich aus der weberschen Denktradition stammenden, machtzentrierten Erklärungsansatz zu verbinden.

Klassenkultur und positiver Selbstbezug: die Arbeiter*innenbewegung in der frühen Bundesrepublik

»Wir lebten, wie gesagt, hier in Neuena Allesen [...], so eher so ein Arbeiterstrukturgebiet, mit noch metallverarbeitender Produktion, was alles nicht mehr da ist. Schiffsschrauben, sehr eng verbunden mit dem Neuenaer Fischmarkt hier unten [...]. Mein Vater war in den zwanziger und dreißiger Jahren im Arbeitersport aktiv [...] und ist nach dem Krieg auch gleich in die SPD ein-

² Klaus Dörre: In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte, Münster 2020.

³ Ebd., S. 29.

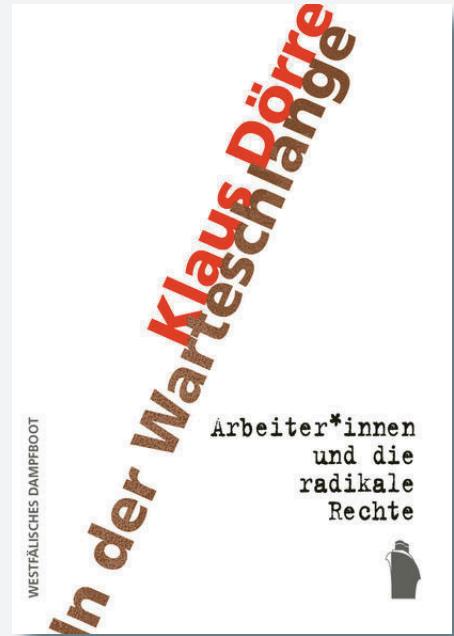
⁴ Ebd.

getreten und in die Gewerkschaft gegangen. Wie man das so macht als Sozialdemokrat. Und wir lebten auch in einer Baugenossenschaft [...] ich will mal sagen, in einem Milieu, wo wir alle uns gut kannten und auch sehr gerne was miteinander gemacht haben. Entweder konnte man sich aus der Partei, also meine Eltern, die Erwachsenen, nich? Oder aus der Familie [...]. Und die Konsumgenossenschaft. Also da war man Mitglied«.⁵

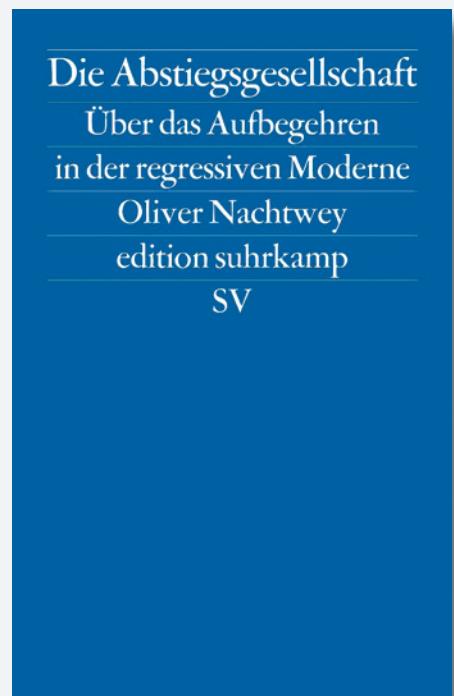
Dieser Ausschnitt aus dem unmittelbaren Anfang der Erzählung meiner Interviewpartnerin ist für meine Fragestellung äußerst aufschlussreich. Obwohl der ursprüngliche Fokus des Interviews auf der Verbandssozialisation bei der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken liegen sollte, spielt diese erst einige Minuten später eine Rolle. Der Prolog der Erzählung führt uns vorher ein in die proletarische Lebenswirklichkeit der 1950er Jahre. Der sich hieraus ergebende Blick durch das Schlüsselloch einer Arbeiter*innenkindheit in den 1950ern spannt sich an einem bestimmten institutionellen Arrangement auf: Das (aus Gründen des Datenschutzes als Neuena-Allensen bezeichnete) »Arbeiterstrukturgebiet« wird zunächst anhand der ansässigen Industriesparten, wie der Metallverarbeitung oder der Fabrikation von Schiffs-schrauben, beschrieben. Von vornehmerein macht die Probandin somit deutlich, dass sie aus einem Milieu stammt, in dem Industriearbeit von Bedeutung ist. Im Anschluss hieran erwähnt sie mit dem Arbeitersport, der Wohn- genossenschaft und der SPD bestimmte Institutionen der sozialdemokratischen Arbeiter*innenbewegung.

Ihre Erzählung gliedert sich also anfangs anhand von zwei Institutionen-Clustern: Zuerst kommt die Welt der Industriearbeit, die den Arbeiter*innen-Status begründet. Anschließend folgt die Arbeiter*innenbewegung. Es ist davon auszugehen, dass der sequenzielle Ablauf dieser Einleitung nicht zufällig ist. Zwar würde es paradox erscheinen, zu behaupten, jemand sei aus sozialdemokratischer Überzeugung heraus zur Arbeiter*in geworden – vor dem Hintergrund verschiedener soziologischer Erklärungsansätze erscheint es aber zumindest sinnvoll, sich die Frage zu stellen, inwiefern die politische Überzeugung auf die soziale Identität als Arbeiter*in zurückgewirkt haben mag.

Beispielhaft hierfür sind die Überlegungen des französischen Ungleichheitstheoretikers Pierre Bourdieu. Dieser widersprach der klassischen marxistischen Vorstellung der objektiven Existenz von Klassen. Stattdessen beschrieb



Klaus Dörre: In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte, Münster 2020



Oliver Nachtwey: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016

⁵ Narratives Interview der Verfasserin vom 19. Juni 2024.

Bourdieu soziale Ungleichheit über das Modell des *sozialen Raums*, einer Art gesellschaftlichem Koordinatensystem, welches sich rund um zwei Achsen organisiert.⁶

Ungleichheit wird in seiner Theorie von der *Gesamtmenge an Kapital* bestimmt. Der Kapitalbegriff ist hierbei allerdings umfassender als bei Marx: Dessen Kapitaldefinition fließt zwar über den Begriff des ökonomischen Kapitals in die Theorie mit ein, Bourdieu ergänzt zusätzlich jedoch noch zwei weitere Komponenten: das *soziale Kapital*, also die Menge an Beziehungen, die einer Person zur Verfügung stehen, und das *kulturelle Kapital*, also Bildung, Kultur und formale Abschlüsse. Diese Kapitalsorte ist in die zweite Achse des Koordinatensystems eingeschrieben, welche beschreibt, ob das kulturelle oder das ökonomische Kapital überwiegt.

Innerhalb des von diesen Achsen aufgespannten sozialen Raums verfügt jedes Individuum, abhängig von der Verortung auf ihnen, über eine soziale Position. Mit dieser Denkfigur versucht der französische Theoretiker ein für die Soziologie zentrales Paradoxon aufzulösen: Die Frage danach, wie sich die Makro-Ebene sozialer Strukturen mit der Mikro-Ebene individuellen Handelns theoretisch verbinden lässt. Die Stärke dieses Erklärungsansatzes liegt darin, dass er in einem sozialstrukturellen Rahmen individuelle Positionen modellierbar macht, ohne auf Aggregationen zurückgreifen zu müssen, die sich nur dann bilden lassen, wenn bestimmte Unterschiede zwischen Individuen ausgeblendet werden.

Hiermit leugnet Bourdieu ausdrücklich nicht, dass soziale Klassen gesellschaftlich handlungswirksam werden können. Entscheidend ist jedoch, dass diese in einem praktischen Kontext hergestellt werden, etwa durch Gewerkschaften oder soziale Bewegungen. Keineswegs handelt es sich hierbei jedoch um eine objektiv bestehende Klasse an sich, die zu einer Klasse für sich mobilisiert wird. Klassen sind viel mehr Entitäten, die »gewissermaßen virtuell existieren, unterschwellig, nicht als gegebene, sondern als *herzustellende*«.⁷

Die naheliegende Schlussfolgerung, dass eine solche praktische Herstellung von sozialen Klassen durch Institutionen auch zurückwirkt auf die Selbstwahrnehmung als Arbeiter*in lädt geradezu dazu ein, die sequenzielle Struktur der Aussagen meiner Interviewpartnerin auf

den Kopf zu stellen und sich zu fragen, welchen Einfluss die Verbundenheit zu den Institutionen der Sozialdemokratie auf den Bezug zum anderen Institutionencluster, der Welt der Industriearbeit, hatte. Hier kommt ein zweiter Abschnitt aus der Erzählung meiner Interviewpartnerin ins Spiel: Kurz nachdem sie die SJD – Die Falken erstmalig erwähnt, berichtet sie davon, dass es eine völlig neue Erfahrung gewesen sei, Erwachsene mit dem Vornamen ansprechen zu dürfen. Im Anschluss ordnet sie ein, dass es sich beim historischen Kontext immer noch um die »Adenauer-Republik« mit ihren »starren Gepflogenheiten«⁸ gehandelt habe. Hierauf folgte eine sehr aufschlussreiche Nebenbemerkung: diese starren Gepflogenheiten hätten »zumindest für die normalen Menschen«⁹ gegolten. »Das Großbürgertum« hingegen »hat ja weiterhin gemacht, was es wollte«.¹⁰ Mehr noch: sie ergänzte, dass die von ihr erwähnten normalen Leute zum Teil sogar »drangsaliert«¹¹ worden seien. Die politischen Verhältnisse wurden auf diese Weise nicht nur als ein ungleicher, sondern auch als ein aversiver und handlungseinschränkender Raum für Arbeiter*innen beschrieben.

Die Institutionen der Arbeiter*innenbewegung stellten wiederum das Instrument dar, um sich gegen diese aversive Gesellschaftsordnung zur Wehr zu setzen und den eigenen sozialen Status positiv zu besetzen – sie war das Vehikel positiver Identitätsbildung und des Klassenstolzes in einer Gesellschaft, die ansonsten für Arbeiter*innen nicht viel zu bieten hatte. Der dahinterliegende Mechanismus geriet jedoch infolge ökonomischer und kultureller Entwicklungen unter die Räder.

Individualisierung und Klassenkonflikt

Die deutschsprachige Mainstream-Soziologie hat um den Begriff der Klasse Jahrzehntelang einen großen Bogen gemacht. Der vielbeachtete Individualisierungs-Theoretiker Ulrich Beck postulierte sogar einen »Kapitalismus ohne Klassen«.¹² Er leugnete hierbei nicht, dass es nach wie vor ökonomische Ungleichheiten gebe – diese herrschten allerdings in individualisierter Form vor und der Klassenbegriff habe deshalb seine analytische Kraft verloren. Er führte dies vor allem auf das Verschwinden einer klassentypischen Lebensweise zurück. Auch wenn wir noch auf die Argumente gegen Becks These des klassen-

⁸ Narratives Interview der Verfasserin vom 19. Juni 2024.

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd.

¹² Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Berlin 2016 (1986), S. 117.

⁶ Siehe: Pierre Bourdieu: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt 1998, S. 19.

⁷ Pierre Bourdieu: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt am Main 1998, S. 26.

losen Kapitalismus zu sprechen kommen werden, gilt es diesem Aspekt ein wenig Aufmerksamkeit zu schenken – schließlich konstatierten auch Autor*innen, die dem Klassenbegriff noch nicht abgeschworen haben, wie etwa der Wirtschaftswissenschaftler Oliver Nachtwey, eine »materielle, lebensweltliche und auch mentale Entproletarisierung«.¹³

Das Interview lässt sich in diesem Zusammenhang als Kontrastfolie nutzen, um einige zentrale Transformationsprozesse zu verdeutlichen: Wie bereits festgestellt, liegt der erste Ankerpunkt der Erzählung meiner Interviewpartnerin in der Welt der Industriearbeit. Im Gegensatz zu den ausgehenden 1950er Jahren, die noch vom klassischen Fordismus geprägt waren, herrscht in heutigen Industriebetrieben häufig Fragmentierung vor. Es ist keine Seltenheit mehr, dass die Kolleg*in, die am selben Fließband dieselbe Tätigkeit verrichtet, hierfür deutlich weniger Geld bekommt und bei einem anderen Arbeitgeber beschäftigt ist.

Und auch der zweite Fixpunkt der Erzählung, die Institutionen der Sozialdemokratie, haben einen fundamentalen Wandel vollzogen. Blicken wir auf die konkreten Organisationen, die die Interviewpartnerin erwähnt: Hierbei handelt es sich nur sehr selten um Zusammenschlüsse, die einem genuin politischen Zweck dienen – sie berichtet, dass man Mitglied in der Wohnungs- und in der Konsumgenossenschaft war, oder vom Engagement ihres Vaters im Arbeitersport. Und selbst wenn sie die SPD erwähnt, geht es ihr eigentlich darum, uns mitzuteilen, dass die Eltern über die Partei im Viertel private Kontakte knüpfen konnten.

»Der entscheidende Bezugspunkt zur Bewegung war ein lebensweltlicher.

Hieraus lässt sich ableiten: Der entscheidende Bezugspunkt zur Bewegung war ein lebensweltlicher. Arbeiter*innen verbrachten einen wesentlichen Teil ihrer Freizeit in sozialdemokratischen Institutionen. Heutzutage sind die Falken eines der wenigen Überbleibsel aus der Riege dieser lebensweltlich verankerten Vorfeldorganisationen der Arbeiter*innenbewegung. Vermutlich wird aber bereits in den 1980ern ein großer Teil der Arbeiter*innenklasse den Samstagabend eher mit »Wetten dass...?« verbracht haben als mit dem sozialdemokratischen Gesangsverein.

¹³ Oliver Nachtwey: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehen in der regressiven Moderne, Berlin 2016, S. 29.

Die beiden institutionellen Anker der Erzählung haben sich also entscheidend verändert. Beck greift somit, wenn er auf die Auflösung der spezifischen Klassenkultur hinweist, einen gesellschaftlichen Wandlungsprozess auf, der sich nicht leugnen lässt – die Lebenswelt heutiger Arbeiter*innen ist eine grundlegend andere als in der Kindheit der Interviewpartnerin, sowohl im Betrieb als auch in der Freizeit. Der kollektive Erfahrungsraum Arbeiter*innenklasse ist durch ökonomische und kulturelle Entwicklungen zerrieben worden.

Warum dann also weiterhin von Arbeiter*innenklasse sprechen? Hierfür spricht meiner Meinung nach vor allem ein Grund: Beim Klassenbegriff handelt es sich um einen analytischen Terminus, der die strukturelle Benachteiligung bestimmter, sozioökonomisch abgrenzbarer Bevölkerungsgruppen sichtbar macht.

Beispielhaft dafür, dass strukturelle ökonomische Benachteiligungen durch die Anwendung eines Klassenbegriffs sichtbar werden, ist der Umstand, dass die ökonomische Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung nach wie vor anhand von volkswirtschaftlichen Kennziffern verdeutlicht werden kann: Die Lohnquote (Anteil des Volkseinkommens, der an Arbeitnehmer*innen geht) lag 2017 bis 2022 stabil bei 69,8 bis 71,2 %. Folglich entfielen rund 29 bis 30 % auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen – eine gängige Näherung für Profit bzw. Mehrwert. Daraus folgt: Ausbeutung, gedacht im klassisch marxistischen Sinne, ist nach wie vor vorhanden. Zudem gilt, was die Ökonomen Markus M. Grabka und Carsten Schröder in einer Studie konstatieren: Der Niedriglohnsektor, also der Bereich des Arbeitsmarktes, in dem Lohnabhängige weniger als zwei Drittel des Medianlohns verdienen, hat »zwischen 1995 bis 2008 stark zugenommen«.¹⁴

¹⁴ Siehe: Gerhard Bäcker/Ernst Kistler: Funktionelle Einkommensverteilung. Wie lässt sich die Einkommensverteilung messen?, 30.9.2024, in: <https://www.bpb.de/themen/soziale-lage/verteilung-von-armut-reichtum/237398/funktionelle-einkommensverteilung/> [letzter Zugriff: 20.11.2025]; Markus M. Grabka/Carsten Schröder: Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer als bislang angenommen, in: DIW Wochenbericht (2019) H. 14.

»Heutige Arbeiter*innen wurden durch das Verschwinden der Arbeiter*innenbewegung auch der Sprache beraubt, die ihre Benachteiligung formulierbar macht.

Im Jahr 2022 fielen wiederum knapp 19 % der Arbeitnehmer*innen in diese Kategorie. Dieses anhaltend hohe Niveau liefert starke Indizien dafür, dass sich der ökonomische Klassengegensatz nicht nur fortsetzt, sondern in Teilen verschärft hat.

Auch wenn der Klassenbegriff, wie Bourdieus Einwände zeigen, niemals die gesellschaftliche Realität vollständig objektiv abbilden kann, macht er doch die ökonomische Subalternität breiter Gesellschaftsschichten sichtbar. Genau hier liegt die Tragik der von Beck beschriebenen Individualisierungsprozesse: Der kulturelle Erfahrungsräum der Arbeiter*innenklasse wurde zerrieben, der Klassenbegriff verschwand zunehmend aus dem gesellschaftlichen Diskurs – und mit ihm auch das, im Interview noch spürbare, Alltagsbewusstsein vieler Arbeiter*innen für die strukturellen Mechanismen, die ihre eigene soziale Lage prägen. Übrig bleibt eine fragmentierte Menge subalterner Positionen – eine durch soziale Praxis geformte Klasse, der jedoch das kollektive Moment fehlt. Man könnte daher sagen: Heutige Arbeiter*innen wurden durch das Verschwinden der Arbeiter*innenbewegung auch der Sprache beraubt, die ihre Benachteiligung formulierbar macht – einer Sprache, die es früher ermöglichte, trotz struktureller Unterordnung einen positiven Bezug zur eigenen Arbeiter*innenidentität zu entwickeln.

Wie das Verschwinden der Arbeiter*innenbewegung den Rechtsruck begünstigt

Der Aspekt des positiven Selbstbezugs ist vor allem deshalb von zentraler Bedeutung, weil sich anhand von Dörres Datenkorpus eine Tendenz sehr deutlich abzeichnet: Die von ihm interviewten Arbeiter*innen fühlen sich sehr häufig weder wertgeschätzt noch wahrgenommen – »Arbeiter zu sein zählt gesellschaftlich wenig«.¹⁵ Diese Erkenntnis ist als eine unmittelbare Folge des Niedergangs der Arbeiter*innenbewegung zu betrachten. Nicht umsonst stellte der Bourdieu-Schüler Didier Eribon in seinem autobiografisch beeinflussten Werk »Rückkehr nach Reims« die Frage, auf wen sich die classes populaires heute stützen können, »um politisch und kulturell zu existieren, um Stolz und Selbstachtung zu empfinden, weil sie sich legitim, da von einer Machtinstanz legitimiert, fühlen?«.¹⁶

In einer Gesellschaft, in der Arbeiter*innen das Gefühl der kollektiven Achtung abhandengekommen ist und in der der positive Bezug zum eigenen sozialen Dasein an gesellschaftlicher Legitimität eingebüßt hat, gewinnen Abgrenzungsmechanismen an Bedeutung. Natürlich: streng genommen funktionierte auch die Arbeiter*innen-Identität zu Hochzeiten der Bewegung nie ohne Abgrenzung zu anderen Klassen. Da die Vokabel der Klasse aber gemeinsam mit der Arbeiter*innenbewegung aus dem gesellschaftlichen Diskurs verschwand, müssen nun neue Kategorien für die Beschreibung des eigenen sozialen Status gefunden werden.

Bezeichnenderweise wird hierbei auf Kategorien zurückgegriffen, die im Gegensatz zum Klassenbegriff die strukturelle ökonomische Benachteiligung sogar noch verschleieren. Dies zeigt sich abermals sehr deutlich an den empirischen Einblicken Klaus Dörres: Auf die Frage danach, wo sie sich innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie sehen, antworteten viele der interviewten Arbeiter*innen mit der Zuordnung zu einer vermeintlichen Mitte, selbst wenn ihr Verdienst deutlich unter dem Durchschnitt lag.¹⁷

Eine solche prekäre Mittel-Position lässt sich logischerweise nur aufrechterhalten, wenn man sich nach oben und nach unten abgrenzt. Hierbei wird, weil ökonomisch bedingte Ungleichheit immer schwerer zu formulieren

¹⁵ Dörre, Warteschlange, S. 25.

¹⁶ Didier Eribon: Rückkehr nach Reims, Berlin 2016, S. 39.

¹⁷ Siehe: Dörre, Warteschlange, S. 132.

ist, auf Gruppen zurückgegriffen, die diese Positionen nur vermeintlich einnehmen. Diese Tendenz spiegelt sich innerhalb der Narrative der AfD wider: Die Abgrenzung nach oben richtet sich gegen eine angebliche »woke Elite« oder gegen die, bezeichnenderweise hauptsächlich von akademischen Schichten getragene Umweltbewegung. Die Abgrenzung hin zu einem vermeintlichen Unten findet wiederum gegenüber Asylbewerber*innen oder anderen migrantischen Gruppen statt. Diese Abgrenzungsbewegung kulminierte 2021 im AfD-Wahlslogan »Deutschland. Aber normal«.¹⁸

Fazit

Zusammengefasst lässt sich sagen: Dass die eigentlich sehr fragile Erzählung eines scheinbaren Normalstatus in einer immer prekärer werdenden Gesellschaft verfangen kann, hat viel damit zu tun, dass das einstige Identitätsangebot der Arbeiter*innenbewegung unter die Räder gekommen ist. Es ging eben immer um mehr als um politische Repräsentation oder um die Erreichung eines utopischen Fernziels – die Arbeiter*innenbewegung bedeutete auch das aktive, performative Bilden einer Klassenidentität in einer Gesellschaft, die den Großteil ihrer Mitglieder ökonomisch benachteiligt.

Durch ihr Verschwinden entstand ein Vakuum, das von genau solchen neurechten Narrativen, wie der Erzählung der vermeintlichen Normalität, gefüllt werden konnte. Auch wenn mit Sicherheit an der Fragestellung des Rechtsrucks unter Arbeiter*innen noch deutlich mehr geforscht werden muss, lässt sich hieraus eine zentrale politische Erkenntnis ableiten: Ohne wieder in die Lebensrealität von Arbeiter*innen vorzudringen, steht die politische Linke auf verlorenem Boden. Hierbei dürfen wir uns keine Klasse herbeiiimaginieren, die es so nicht gibt – wir werden auf Phänomene wie Rassismus, Antisemitismus oder Queer-Feindlichkeit stoßen. Am Ende des Tages muss es aber darum gehen, im gesellschaftlichen Diskurs zu verdeutlichen, dass wir das bessere Angebot haben. Oder wie es Eribon so treffend für das Frankreich der 1960er Jahre formulierte: »Für Arbeiter und arme Leute bestand das Linkssein vor allem ganz pragmatisch darin, das abzulehnen, worunter man im Alltag litt.«¹⁹ ■

» Am Ende des Tages muss es aber darum gehen, im gesellschaftlichen Diskurs zu verdeutlichen, dass wir das bessere Angebot haben.

¹⁸ Alternative für Deutschland: Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, 11. April 2021, in: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf [letzter Zugriff: 20.11.2025].

¹⁹ Eribon, Rückkehr, S. 38.



Cover von: Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde (Hg.):
Die rote Kinderrepublik:
 Ein Buch von Arbeiterkindern
 für Arbeiterkinder.
 Aus Briefen, Tagebuchblättern
 und Hordenaufzeichnungen
 zusammengestellt und ergänzt
 von Andreas Gayk, Berlin 1928
 AAJB, MC 809

DER SCHREI NACH VITAMINEN Gesundheit im »Schlagbild« der »rote[n] Kinderrepublik« [1928]

Laurette Rasch

Kindern Orte zu schaffen, an denen sie trotz schwerster Lebensbedingungen und unabhängig von ihrem Elternhaus Erfahrungen mit Gemeinschaft und den Möglichkeiten guten Lebens sammeln können, war Ziel der Arbeit der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde (RAG). Kurt Kerlöw-Löwenstein (1885–1939) ging es als Vorsitzendem der RAG gar um die »Expropriation der Eltern am Kind«, um im Sinne der jungen Menschen in Erziehungsgemeinschaften »das öffentliche Anrecht und die öffentliche Pflicht zur Erziehung« umzusetzen.

Neben Kindergärten und Schulen wurde »allgemein gesetzliche Jugendpflege« durch die RAG auch durch Freizeit- und Ferienangebote für Kinder aus Arbeiter*innenfamilien erbracht.¹ Die Gesundheit von Kindern und Familien war durch Wohn-, Ernährungs-, Bildungs-, Arbeits- und weitere allgemeine Lebensbedingungen hohen Belastungen ausgesetzt. Die allgemeine wirtschaftliche Situation und damit auch die Lage der sich etablierenden Sozialversicherungen erforderte eine Priorisierung vor-

¹ Kurt Kerlöw-Löwenstein: Das Kind als Träger der kommenden Gesellschaft, Wien 1924.

beugend zu erbringender Leistungen und eine Stärkung der Selbsthilfekräfte. »Der Schrei nach Vitaminen« in der Publikation »Die rote Kinderrepublik« [1928]² zum ersten großen Zeltlager der Kinderfreunde 1927, zusammengestellt von Andreas Gayk und herausgegeben von der RAG, lässt sich vor diesem Hintergrund als ein imponierendes »Schlagbild«³ für gesundheits- und sozialpolitische Diskurse zu Beginn des 20. Jahrhunderts begreifen.

Auch heute werden die soziale Determinanten von Gesundheit und die Bedeutung der Weichenstellungen für gesundes Aufwachsen durch rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit schon in frühen Lebensjahren diskutiert.⁴ Mit der Ottawa Charter zur Gesundheitsförderung der World Health Organisation (WHO) sind es die Rahmenbedingungen und lokalen Verhältnisse, in denen Menschen aufwachsen, arbeiten, wohnen und alt werden, in denen Gesundheit entsteht. Der Auftrag auch der Kinder- und Jugendhilfe, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen, ist inzwischen ausdrücklich im Paragraf 1 des SGB VIII aufgeführt. Dies wird durch den Paragrafen 20 im SGB V – das sogenannte Präventionsgesetz – gestützt.⁵ Aus einer Public-Health-Perspektive, d.h. mit Blick auf die Ebene der gesamten Bevölkerung, ist dabei neben der rechtebasierten auch die volkswirtschaftliche Dimension des Aufwachsens in bestmöglicher Gesundheit von Bedeutung.⁶

² Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde (Hg.): *Die rote Kinderrepublik: Ein Buch von Arbeiterkindern für Arbeiterkinder. Aus Briefen, Tagebuchblättern und Hordenauflzeichnungen zusammengestellt und ergänzt von Andreas Gayk*, Berlin 1928.

³ Der Begriff des »Schlagbilds« lässt sich zurückführen auf den Bildhistoriker Aby Warburg (1866–1929), der sich insbesondere mit Presse- und Bildkampagnen des Ersten Weltkriegs befasste und damit das »Arbeitsfeld einer politischen Ikonografie bestellte«, hierzu: Michael Diers: *Schlagbilder. Zur politischen Ikonografie der Gegenwart*, Frankfurt am Main 1997.

⁴ Siehe hierzu z. B. Julika Loss/Verena Lindacher: *Gesundheitsförderung: Idee, Konzepte und Vorgehensweisen*, in: Matthias Richter/Klaus Hurrelmann (Hg.): *Soziologie von Gesundheit und Krankheit*, Wiesbaden 2023, S. 503–518; Laurette Rasch: *Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitssystem*, in: *Public Health Forum* (2025) H. 33, S. 178–180.

⁵ Siehe auch <https://www.agj.de/projekte/themenbotschafterin-gesundes-aufwachsen/news.html> [letzter Zugriff: 20.11.2025].

⁶ Andreas Gerber-Grote/Wendy Ungar: *Kindergesundheit und Kinder- und Jugend-Public Health: Ein Spiel über den Sandkasten hinaus*, in: Julia Dratva/Agnes von Wyl/David Lätsch/Marc Höglinger (Hg.): *Public Health im Kindes- und Jugendalter: Schlüsselkonzepte, Methoden und Umsetzungsstrategien*, Bern 2025, S. 153–159.

»Bedingungen, die Aufwachsen in Gesundheit ermöglichen.

Kindergesundheit – oder vielmehr: Bedingungen, die Aufwachsen in Gesundheit ermöglichen – zur Zeit der Entwicklung und Implementierung der ersten deutschen Sozialgesetze und weiterer sozialer Gesetze steht im Fokus dieses Textes. Dem Ansatz der feministischen Politikwissenschaftlerin Carol Bacchi⁷ folgend ist die hier beschriebene Betrachtung von Gayks »Schlagbildern« aus der Identifikation historischer Bezüge des nationalen Gesundheitsziels »Gesund Aufwachsen«⁸ entstanden. Bacchi schlägt diesen Weg vor, um zu untersuchen, welche Problematisierungen einer Zielsetzung oder Policy zugrunde liegen. Gayks Publikation als »Schlagbild« für Gesundheitsdiskurse zu lesen, ist dabei weniger der vertieften Befassung mit historischen Organisationen, Persönlichkeiten oder, wie bei Maria Daldrup und Irmela Diedrichs, der Frage nach Erziehungsanspruch und -praxis der RAG⁹ geschuldet. Vielmehr imponiert der »Schrei nach Vitaminen« aus einer Public-Health-Perspektive des 21. Jahrhunderts als eine vieltönige Anrufung des immer gleichen Themas: bestmögliche Gesundheit so vieler Menschen wie möglich bei ungleichen Voraussetzungen.

⁷ Carol Lee Bacchi: *Women, Policy and Politics: The Construction of Policy Problems*, Los Angeles u. a. 1999.

⁸ Miriam G. Gerlich/Friedrich Wilhelm Schwartz/Ulla Walter: *Gesundheitsziele*, in: Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIOG) (bis Ende 2024: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung [BZgA]) (Hg.): *Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden* (2023), siehe: <https://doi.org/10.17623/BZGA:Q4-i062-3.0> [letzter Zugriff: 20.11.2025].

⁹ Maria Daldrup/Irmela Diedrichs: *Selbstverwaltung und Sozialismus: Erziehungsanspruch und Erziehungspraxis der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde im Mikrokosmos Kinderrepublik*, in: Christina Engelmann/Tobias Haberkorn/Ingrid Miethe (Hg.): *Proletarische Pädagogik. Verhältnisbestimmungen, historische Experimente und Kontroversen sozialistischer Bildungskonzepte*, Bad Heilbrunn 2025, S. 139–165.

Um Gayks »Schlagbilder« als Abbilder oder Verstärker von gesundheitsbezogenen Diskursen lesbar zu machen, werden zunächst einzelne Stränge der Diskussion um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen aus Arbeiter*innenfamilien zu Beginn des 20. Jahrhunderts beleuchtet.

Kinder- und familienbezogene sozialpolitische Entwicklungen

Als besonderer Teil der Armenfürsorge standen Kinder schon immer im Fokus philanthropischer Bemühungen. Auch Angebote zur Stärkung der erzieherischen Kompetenzen von Eltern sind spätestens seit der Aufklärung etablierte Praxis. Die mit dem Ende des 19. Jahrhunderts »wiederentdeckte Leitwissenschaft Sozialhygiene«¹⁰ und damit auch die Lebenslage der Kinder aus »Arbeiterkleinfamilien« wurde zu einem Handlungsfeld für vielfältige sozialreformerische Bemühungen.¹¹ Bei diesen unterschiedlichen, auf Kinder und Kindergesundheit bezogenen Entwicklungen ist festzustellen, dass mit der allgemeinen Zunahme der (Lohn-)Arbeit von bürgerlichen Frauen im Bereich der Arbeit mit und für Familien immer auch eine direkte Auseinandersetzung zwischen den Arbeiterinnen und den Frauen in leitenden Positionen und eine Wiederholung der Auseinandersetzung beispielsweise um Alltagspraktiken im alltäglichen Umgang mit Kindern einherging.¹² Die Rolle von Kindern, Jugendlichen und Frauen aus Arbeiter*innenfamilien werden bei der Be- trachtung der Geschichte der Sozialgesetzgebung bisher

dennoch kaum diskutiert. Vielmehr bestimmt eine in der Mitte des 19. Jahrhunderts geprägte bürgerliche Perspektive auf Arbeiter*innenfamilien den Diskurs: »Der traditionelle gewerbliche Arbeitslohn, der Gesellenlohn, ist ›Einzellohn‹, kein Familienlohn. Wer bei den nur wenig höheren Manufaktur- oder Fabriklohnens ›leichtsinnig‹ heiratet, einen Hausstand gründet, ist prinzipiell selbst schuld, kann weder Gesellschaft noch Staat dafür verantwortlich machen, gefährdet vor allem das Bürger- tum durch Vermehrung der potentiellen Armenlast.«¹³

Frauen und Mütter als wertschöpfend wie reproduktiv Tätige, als Gewerkschafter*innen und Sozialpolitiker*innen fehlen in (dieser Form) der Geschichtsschreibung weitgehend. Allerdings bedeuteten sowohl die Sozialgesetze als auch die Entwicklung des Reichsjugendwohlfahrtsge- setz (RJWG)¹⁴ und weitere soziale Neuerungen, wie das Frauenwahlrecht oder die Gleichstellung von Kindern Alleinerziehender in der Verfassung der Weimarer Republik, große Veränderungen und Verbesserungen der Lebensrealität von Kindern, Frauen und Familien. Die Entwicklung der Wohlfahrtsverbände und auch die Formulierung des RJWG und weiterer Sozialgesetze der Weimarer Republik war stark mit der Bemühung um eine rechtliche Herauslösung der Jugendpflege im Sinne einer offensiven Sozialpädagogik aus der Armenhilfe und andererseits einer Logik der Systematisierung und Rationalisierung bei gleichzeitiger Optimierung der staatlichen Bemühungen verbunden.¹⁵ Insbesondere nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurden bisher aus philanthropischen Motiven finanzierte Projekte zunehmend durch Leistungen auf Grundlage der Sozialge- setzgebungen ergänzt bzw. ersetzt.¹⁶ Gesundheit bildete hier sowohl eine messbare Herausforderung als auch einen legitimatorischen Hebel.

¹⁰ Christoph Sachße/Florian Tennstedt: Geschichte der Armenfürsorge, Bd. 1: Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg, Stuttgart 1988, hier: S. 18–21. Die These der »Wiederentdeckung« kann hier nicht ausgeführt werden. Verwiesen sei – neben Alfred Grotjahn (1869–1931), SPD-Politiker, u. a. Direktor des Berliner Heilstätten- amtes und erster Lehrstuhlinhaber für »Sozialhygiene und Geburten- regelung, sowie Bekämpfung von Alkoholismus und Geschlechts- krankheiten« an der Humboldt Universität Berlin 1920 – exemplarisch auf Johann Peter Frank (1745–1821), Max von Pettenkofer (1818–1901), Rudolf Virchow (1821–1902) oder Florence Nightingale (1820–1910), die die Bedeutung des Sozialen und der allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Gesundheit untersucht haben.

¹¹ Meinolf Nitsch: Private Wohltätigkeitsvereine im Kaiserreich. Die praktische Umsetzung der bürgerlichen Sozialreform in Berlin, Berlin/New York 1999; Uwe Uhlendorff: Zur Entstehung des Jugendamtes und des öffentlichen Jugendhilfeauftrags, in: Hilmar Hoffmann/Eva Matthes (Hg.): 100 Jahre Reichsjugendwohlfahrtsge- setz. Meilensteine für die Rechte und Pflichten von Kindern und Jugendlichen?, Göttingen 2024, S. 41–58.

¹² Siehe Nitsch, Wohltätigkeitsvereine, S. 20–25; C. Wolfgang Müller: Soziale Arbeit und Sozialdemokratie in der 1. Deutschen Republik, in: Ilse Reichel-Koß/Ursula Beul (Hg.): Ella Kay und das Jugendamt neuer Prägung, Weinheim/München 1991, S. 55–74; Christoph Sachße: Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871–1929, 2. Aufl., Weinheim u. a. 2003.

¹³ Florian Tennstedt: Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, Göttingen 1981. Als Ideengeber für Maßnahmen der Bevölkerungskontrolle über sexuelle Enthaltsamkeit gilt Thomas Robert Malthus: An Essay on the Principle of Population, London 1798.

¹⁴ Siehe: Hilmar Hoffmann/Eva Matthes (Hg.): 100 Jahre Reichs- jugendwohlfahrtsgesetz und Reichsjugendgerichtsgesetz, Göttingen 2024. Zum Zusammenhang mit der Entwicklung der Sozialgesetz- gebung siehe: Christian Schrapper: Hans Muthesius (1885–1977). Ein deutscher Fürsorgejurist und Sozialpolitiker zwischen Kaiser- reich und Bundesrepublik, Münster 1993.

¹⁵ Schrapper, Hans Muthesius, S. 60–66.

¹⁶ Carola Kuhlmann: Die rechtlichen Veränderungen des RJWG im Bereich der Fürsorge- und Heimerziehung 1922–2021, in: Hoff- mann/Matthes, 100 Jahre Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, S. 130–151.

Gesundheit als Herausforderung und Hebel

Die allgemeine Gesundheit der Zielgruppe der Kinder wurde mit Zunahme der städtischen Bevölkerung bei stagnierenden Lebensbedingungen in vielfältiger Weise zum Handlungsfeld von Mediziner*innen und anderen Tätigkeitsbereichen, wie der Gesundheits- und Krankenpflege, der Geburtshilfe und auch der familienbezogenen sozialen Arbeit (oder den Tätigkeiten, die heute als solche bezeichnet werden).¹⁷ Neben dem Auf- und Ausbau der Krankenversicherungen von Arbeiter*innen und der berufsständischen Organisation von Ärzt*innen und Apotheker*innen betraf dies unter dem Stichwort Sozialhygiene beispielsweise auch die Stadtentwicklung, Maßnahmen zur Stabilisierung der Lebenserwartung von Neugeborenen und – wie hier am Beispiel der Kinderrepubliken aufgezeigt – die Arbeit mit Kindern und Familien. Ein Aspekt ist die mit ökonomischen Argumenten begründete Bedeutung der Gesundheitsförderung für die Krankenversicherungen, so bereits 1899 der sozialistische Gesundheitslobbyist Raphael Friedeberg: »Immer deutlicher wird die Notwendigkeit, vorbeugend zu wirken. Hier müssen die Krankenkassen erzieherisch auf ihre Mitglieder wirken.«¹⁸ Durch Vorbeugung, technische, pharmakologische und (sozial-)medizinische Entwicklungen sowie arbeitsrechtliche Absicherung nahm zwar die Lebenserwartung seit Mitte des 19. Jahrhunderts stetig zu,¹⁹ allerdings waren Quarantäne, Meldepflicht und soziale Kontrolle, etwa durch den Ausbau verpflichtender gesundheitsbezogener Beratung, sowie die Anwendung gesundheitsökonomischer Logiken auch verflochten mit der Etablierung menschenfeindlicher und in weiteren Schritten mörderischen Praktiken der Eugenik in den 1930ern.²⁰

¹⁷ Siehe: Müller, Soziale Arbeit, S. 55–75; Benjamin Kuntz: 70. Todestag von Gustav Tugendreich (1876–1948): Erinnerung an einen Wegbereiter der modernen Sozialpädiatrie. Kinderärztliche Praxis (2018) H. 89, S. 206–208.

¹⁸ Florian Tennstedt: Ärzte, Arbeiterbewegung und die Selbstverwaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Historischer Rückblick aus aktuellem Anlaß). Jahrbuch für kritische Medizin, Berlin 1977, S. 13–27, hier: S. 21.

¹⁹ DESTATIS: Entwicklung der Lebenserwartung in Deutschland seit 1871/1881, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/sterbetafel.html> [letzter Zugriff: 20.11.2025]; Brigitte Ruckstuhl/Elisabeth Ryter: Kinder und Jugendliche im Blick der öffentlichen Gesundheit – ein historischer Rückblick, in: Julia Dratva/Agnès von Wyl/David Lätsch/Marc Höglinger (Hg.): Public Health im Kindes- und Jugendalter: Schlüsselkonzepte, Methoden und Umsetzungsstrategien, Bern 2025, S. 57–67.

²⁰ Hier zur Verdeutlichung des Gedankengangs der Verweis auf Irene Poczka: Die Regierung der Gesundheit. Fragmente einer Genealogie liberaler Gouvernementalität, Bielefeld 2017.

Regulation der Kinderarbeit

Frühe monotone Arbeit unter allgemein ungünstigen Arbeits- und Lebensbedingungen habe das »Kanonenfutter nicht fett genug« gemacht bzw. die Reserve an wehrdiensttauglichen jungen Menschen für das Militär gefährdet.²¹ Diese Erwägungen führten 1839 zum Erlass des »Regulativs über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken« in Preußen. In diesem Regulativ wurden neben vom Lebensalter abhängigen Arbeitszeiten²² auch Pausen und Vorschriften zur schulischen Bildung bestimmt. Die »Gewerbeordnung des Deutschen Reiches« im Jahr 1878 und das »Gesetz, betreffend Kinderarbeit in Gewerblichen Betrieben« im Jahr 1903 stärkten diese Vorschriften. Die Lebensbedingungen blieben allerdings hart. Die Pädagogin und Verfechterin der Einheitsschule Käte Duncker (1871–1953)²³ beschrieb in »Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung«²⁴ aus dem Jahr 1906 bezugnehmend auf zeitgenössische Berichtslegungen²⁵ die Lage der werktätigen Kinder und Jugendlichen in drastischen Bildern: »Der gesundheitliche Zustand wird fast durchweg als trostlos geschildert. ›Bleiche Gesichter, matte und entzündete Augen, aufgeschwollene Leiber, aufgedunsene Backen, geschwollene Lippen und Nasenflügel, Drüsenschwellungen am Halse, böse Hautausschläge und asthmatische Zustände unterscheiden diese unglücklichen Geschöpfe, die frühe dem Familienleben entfremdet wurden und ihre Jugendzeit in Kummer und Elend verbrachten.«²⁶ Zugleich betonte Duncker das mit der Lohnarbeit einhergehende »Aufwachsen in sittlichem Verderben« als mitverantwortlich für den schlechten gesundheitlichen Zustand. Die »einzig Erholung sei Branntwein, Tabak, Unzucht, Spiel und Rauferei« und damit angelegt seien frühzeitig entstehende Kosten, die zukünftig in Ausgaben für »Zuchthäuser, Galgen und

²¹ Nikolas Dörr: 165 Jahre Einschränkung der Kinderarbeit in Preußen: Ein Beitrag zum Beginn der Sozialgesetzgebung in Deutschland. MenschenRechtsMagazin. Informationen, Meinungen, Analysen 9 (2004) H. 3, S. 141–151.

²² U. a. wurde bestimmt, dass vor zurückgelegtem neunten Lebensjahr kein Kind regelmäßig in einer Fabrik, Berg-, Hütten- oder Hochwerken arbeiten dürfe. Auch alle weiteren Punkte lassen erkennen, wie unerbittlich die Arbeitsbedingungen waren.

²³ Käte Duncker war langjähriges aktives Mitglied der SPD und Mitbegründerin der KPD. Sie trat insbesondere für Frauen- und Kinderrechte sowie Schulpolitik und lebenslanges Lernen ein.

²⁴ Käte Duncker: Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung, 2. überarb. Aufl., 1910.

²⁵ Duncker zitiert unterschiedliche Sozialberichte, z. B. zur 1898 einberufenen »Enquête über den Umfang der Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder« 1900.

²⁶ Duncker, Kinderarbeit, S. 9f.

Räder« wieder zu Buche schlagen würden.²⁷ In Ausführungen über weitere Erhebungen aus dem letzten Quartal des 19. Jahrhunderts vertiefte Duncker neben den physiologischen Auswirkungen der schädigenden Arbeitsbedingungen die psychologischen Folgen. So zitierte sie einen Jungen, der, »wenn ich eben den Hausschlüssel nicht kriege«,²⁸ bereit sei aus dem Elternhaus auszuziehen, und berichtete von den Verlockungen, die durch Näscherien, Zigaretten, »Automatenrestaurants«, Schmöker und Geschichten sowie sexualisierte Erzählungen der Kollegen und Vorarbeiter entstehen.²⁹ Verantwortungsübernahme für Kinder wird bei Duncker als Argument für die Bedeutung der Durchsetzung des Kinderschutzes in der Erwerbsarbeit angeführt: »Die Kinder haben uns um ihr Leben nicht gebeten, wir haben sie in die Welt gesetzt, ohne sie zu fragen«.³⁰ Als weiteres Argument gegen Kinderarbeit führte Duncker an, dass durch Kinder als »Konkurrenten ihrer Eltern«³¹ die Löhne negativ beeinflusst würden. In gewerkschaftlicher Tradition³² gelte es, die Eltern »anzufeuern zu politischem Kampfe gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie zwingt, an den eigenen Kindern zu Verbrechern zu werden«,³³ und ein ausreichend gutes Gehalt für den Mann als Alleinverdiener zu fordern, das den Unterhalt der gesamten Familie sichere. Duncker adressierte dabei weniger die Arbeitgeberseite, als dass sie an die Eltern und staatlichen Institutionen appellierte: »Indem das Kinderschutzgesetz den Eltern das Gewissen schärft, dokumentiert es, dass die Kinder nicht den Eltern, sondern der Gesellschaft gehören, dass die Gesellschaft nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, über das körperliche, geistige und sittliche Wohl derer zu wachen, von denen ihre Zukunft abhängt.«³⁴ Im Vergleich zu anderen zeitgenössischen Ansätzen sind ihre Betrachtungen weder deterministisch noch eugenisch ausgerichtet. Stattdessen zeigte sie zerschleißende Arbeitsbedingungen bei anhaltender Armut auf und wies auf in Berichten dokumentierte Missstände und vorhandene, wenn auch nicht vollständig umgesetzte rechtliche Regelungen hin.

²⁷ Ebd., S. 10.

²⁸ Ebd., S. 26.

²⁹ Ebd., S. 26f.

³⁰ Ebd., S. 49.

³¹ Ebd., S. 62.

³² Siehe zur Haltung der Gewerkschaften zu Frauen(erwerbs)arbeit auch »Gewerkschaftsmänner als Hüter der Tradition«, in: Gisela Notz: Kritik des Familismus. Theorie und Realität eines ideologischen Gemäldes, Stuttgart 2015.

³³ Duncker, Kinderarbeit, S. 65.

³⁴ Ebd., S. 49f.

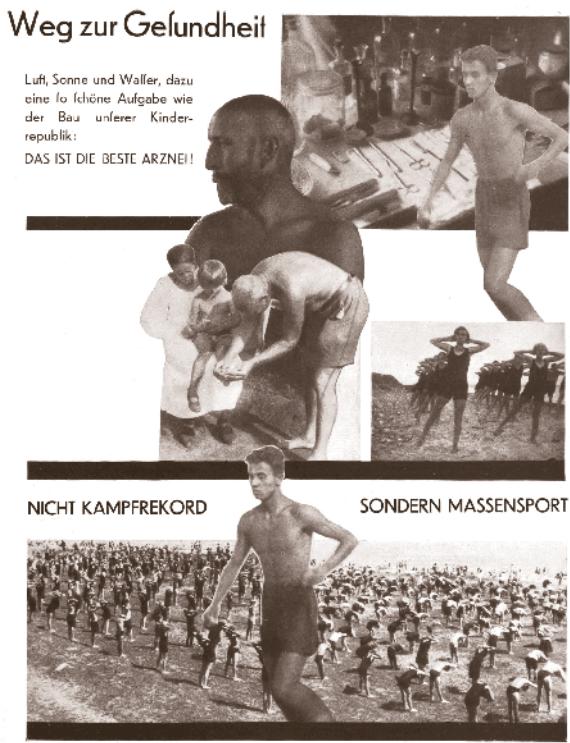


Nahrungsergänzende Wirkstoffe und Kindergesundheit

Neben sozialpolitischen Entwicklungen führte der Aufbau einer staatlich geförderten Forschungs- und Wissenschaftslandschaft in Zusammenhang mit und nach dem Ersten Weltkrieg zu umfangreicher Forschung beispielsweise auch zur Vermeidung der Rachitis. Rachitis (auch als »Englische Krankheit« bezeichnet) wurde zunächst entlang ungünstiger Ernährungs- und Wohnverhältnisse³⁵ und als besonders häufig bei Kindern aus Arbeiter*innenfamilien beschrieben. In der Beschreibung der Ätiologie war, so Heiko Stoff, im Sinne einer wohlfahrtsstaatlichen Intervention schon »das holistische Repertoire der Reformbewegungen der Jahrhundertwende erfasst: richtige, gesunde Ernährung, Körper- und Nacktkultur, Licht und Luft«.³⁶ Als antirachitische Therapieformen wurden zunächst sowohl Anreicherung des Vitamin-D-Gehalts von Lebensmitteln wie Milch und Butter durch UV-Bestrahlung als auch eine lebensreformerische Lebensweise empfohlen, später wurde Rachitis-Prophylaxe mit synthetisiertem Vitamin D zum Standard in der Geburtshilfe.

³⁵ Heiko Stoff: »Dann schon lieber Lebertran« – Staatliche Rachitisprophylaxe und das wohl entwickelte Kind, in: Nicholas Eschenbruch/Viola Balz/Ulrike Klöppel (Hg.): Arzneimittel des 20. Jahrhunderts. 13 historische Skizzen von Lebertran bis Contergan, Bielefeld 2009, S. 53 – 76, hier: S. 56.

³⁶ Ebd., S. 57.



Schlagbild Bewegung, in: Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde (Hg.): Die rote Kinderrepublik: Ein Buch von Arbeiterkindern für Arbeiterkinder. Aus Briefen, Tagebuchblättern und Hordenaufzeichnungen zusammengestellt und ergänzt von Andreas Gayk, Berlin 1928, S. 39. AAJB, MC 809

»**Die Arbeit der RAG zielte mit ihren Angeboten und fürsorgerischen Bestrebungen im Sinne sozialkompensatorischer Leistungen auf Kinder aus Arbeiterfamilien.**

Insgesamt zeigt die Erforschung von und Diskussion zu »Wirkstoffen« seit Anfang des 20. Jahrhunderts die Bedeutung der Pharmakologie und der Lebensmittelindustrie in Bemühungen um Optimierung menschlicher Funktionen und die Förderung von Resilienz der Bevölkerung auf.³⁷ Diese Entwicklungen korrespondierten mit wachsenden Märkten, aber auch zunehmenden Herausforderungen bei der Versorgung der Bevölkerung in Ballungszentren mit Lebensmittel.³⁸

»Aus eigenem Wollen und eigenem Können«: Gesundheit in der Roten Kinderrepublik

In den Darstellungen in »Die rote Kinderrepublik« von 1928 lassen sich vielfältige Parallelen, Abgrenzungen und Bezüge zu den bisher geschilderten Themensträngen identifizieren. Die Arbeit der RAG zielte mit ihren Angeboten und fürsorgerischen Bestrebungen im Sinne sozialkompensatorischer Leistungen auf Kinder aus Arbeiterfamilien. Schon vor der offiziellen Gründung der RAG gab es auch in Deutschland lokale Kinderfreundegruppen in Anlehnung an die bereits in Österreich bestehende Kinderfreundebewegung. Beispielsweise in Hamburg gründete sich 1912 »durch gemeinsame Initiative der Elternvereinigung der genossenschaftlichen Hauspflege in Barmbeck, der Arbeiterturner und -schwimmer und der Arbeiterjugend der Ausschuß zur Förderung der Ferienspiele«, dessen Aufgabe darin bestand, »gemeinsam mit den Eltern die schädlichen Einflüsse der Großstadt auf die Kinder aus[zu]merzen, damit eine gesunde Jugend an Körper und Geist heranwächst«. Der Ausschuss umfasste bereits im Gründungsjahr 658 Eltern mit 1276 Kindern. 1923 entstand schließlich die RAG als »Zusammenfassung aller auf dem Gebiet der Kindererziehung wirkenden Arbeiterorganisationen, die ihre Erziehungstätigkeit nach allgemeinen sozialistischen und wissenschaftlich-pädagogischen Grundsätzen ausübten«.³⁹

³⁷ Heiko Stoff: Vital Regulators of Efficiency. The German Concept of »Wirkstoffe«, 1900–1950, in: Alexander von Schwerin/Heiko Stoff/Bettina Wahrig (Hg.), *Biologics. A History of Agents Made From Living Organisms in the 20th Century*, London 2013, S. 89–104.

³⁸ Hier am Beispiel Kuhmilch: Barbara Orland: Turbo-Cows: Producing a Competitive Animal in the Nineteenth and Early Twentieth Century. In: Susan Schrepfer/ Philip Scranton (Hg.) *Industrializing Organisms. Introducing Evolutionary History*, New York/London 2003; Hinter der Entwicklung von »Turbo-Cows« verbirgt sich u. a. die Entwicklung und Verbreitung von Milchpulver als Säuglings- und Kindernahrung.

³⁹ Heinrich Eppe: Die »Kinderfreunde«-Bewegung, in: Ders./Ulrich Hermann (Hg.): *Sozialistische Jugend im 20. Jahrhundert. Studien zur Entwicklung und politischen Praxis der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland*, Wiesbaden 2006, S. 160–188.

Der programmatiche Ansatz der RAG, sich »aus eigenem Wollen und eigenem Können« und »mit den Arbeiterkindern zusammen« zu engagieren, war aus dem Wissen um die ungünstigen Verhältnisse, unter denen Kinder aufwuchsen, gespeist. Kinder (und Jugendliche) hungerten, froren, waren der Gefahr von Infektionskrankheiten wie Tuberkulose ausgesetzt und mussten – sowohl, um zur Schule, als auch zur Arbeit zu gehen – häufig frühzeitig fern ihrer Familien leben. Kindern sollten daher Entfaltungsmöglichkeiten geboten werden, um eine Vorstellung besserer Lebensbedingungen oder »Idealismus im Alltag« zu entwickeln.⁴⁰

Löwensteins »Das Kind als Träger der werdenden Gesellschaft«⁴¹ aus dem Jahr 1924 verdeutlicht seine Haltung zum Thema Gesundheit: »Die medizinische Wissenschaft weiß uns vieles über zweckmäßige Ernährung, Kleidung und körperliches Verhalten des Kindes zu erzählen, doch der Arzt weiß kein Rezept, durch das man gute Nahrung und Kleidung erwerben kann. Die Arbeitslosigkeit ist ein schlimmerer Feind der Kinder geworden, als es Unwissenheit und Unvernunft der Eltern je gewesen sind. Wir haben dicke Bücher und eine Unmenge von Broschüren über die seelische Entwicklung des Kindes, und es steht sehr viel Lesenswertes und Wertvolles in diesen Büchern. Doch welches Buch verschafft dem Proletarierkind die seelische Ruhe und Sorglosigkeit, die es zu seinem Gedeihen auf Grund wissenschaftlicher Überzeugung dringend nötig hat? Wenn jemand lungenkrank geworden ist, so muss er gewiss in Einzelbehandlung genommen werden, doch wenn die Tuberkulose wütet, so wissen wir alle, dass die Behandlung des Einzelnen nicht das Wesentliche ist, sondern dass es unendlich viel wertvoller ist, die Tuberkuloseherde fortzuschaffen, für gesunde Wohnungen und erträgliche Lebens- und Arbeitsbedingungen zu sorgen. Wir erkennen dann, wie unbedeutsam der einzelne Fall und wie ausschlaggebend die öffentliche Gesundheitspflege geworden ist.«⁴²

⁴⁰ Kerlöw-Löwenstein, Kind, S. 19; siehe auch Kunstmuseum Kreuzberg/Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln: Kurt Löwenstein. Weimarer Republik, Berlin (West)/Hamburg 1977; Thomas Gill: Bildung für die Zukunft – Kurt Löwenstein als Kommunalpolitiker, in: Bernd Overwien/Gaby Elverich/Ryan Plocher (Hg.): Eine Schule für alle? Chancen und Herausforderungen. Festschrift zum 75-jährigen Jubiläum der Fritz-Karsen-Schule, Berlin 2024, S. 127–138.

⁴¹ Löwensteins im Wiener Verlag der Kinderfreunde »Jungbrunnen« erschienenes Buch »Das Kind als Träger der werdenden Gesellschaft« richtete sich in erster Linie an Mitglieder der Kinderfreunde. Die programmatiche Schrift verzichtet weitgehend auf Verweise zu geistiger Urheberschaft (S. 7f.). So werden weder der »Bund Entschiedener Schulreformer«, Fritz Karsen »Die Schule der werdenden Gesellschaft« (1921), noch Autor*innen gesundheitsbezogener oder anderer sozial-politischer Themen erwähnt.

⁴² Kerlöw-Löwenstein, Kind, S. 16.

Für Löwenstein ist die Schule maßgeblich als ein wesentlicher Entfaltungsraum für Kinder zu gestalten.⁴³ Neben dem Fokus auf Schulpolitik zur konsequenten Umsetzung wohnortnaher Einheitsschulen, Möglichkeiten des lebenslangen Lernens und regelmäßigen verbandsweiten Publikationen zur Verbreitung von Wissen und der Etablierung von gemeinsamen Standards entwickelten die Kinderfreunde auch Freizeitangebote verschiedener Größenordnung. Das bekannteste Format sind die Zeltlager, die Kinderrepubliken, deren erste Durchführung auf das Jahr 1927 auf Gut Seekamp bei Kiel datiert wird. Mit über 2 000 Kindern wurde hier auf der ökonomischen Grundlage von Mitgliedsbeiträgen und Spenden über mehrere Wochen »sozialistische Erziehung« erprobt. Den Kindern und Jugendlichen sollten die Möglichkeiten der Selbstverwaltung und staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten durch modellhaftes Erleben mit diesem »Aushängeschild der Vermittlung pädagogischer Theorie und Praxis der RAG«⁴⁴ nahegebracht werden. »Ganz zentral dabei: die Zeltlager-Parolen ›Freundschaft‹, ›Ordnung‹, ›Solidarität‹ und ›Selbstverwaltung‹ sowie der Zeltlageraufbau vom einzelnen Falken über die Zeltgemeinschaft und das Dorf bis hin zur Republik.«⁴⁵

»Doch welches Buch verschafft dem Proletarierkind die seelische Ruhe und Sorglosigkeit, die es zu seinem Gedeihen auf Grund wissenschaftlicher Überzeugung dringend nötig hat?

⁴³ Zugleich beschreibt Löwenstein, ein Arzt könne Eltern mit ausreichenden finanziellen Ressourcen attestieren, dass ihr Kind »noch schwächlich ist, an Blutarmut und Nervosität leidet und aus gesundheitlichen Gründen am öffentlichen Unterricht nicht teilnehmen kann!« Siehe: Ebd., S. 18.

⁴⁴ Daldrup/Diedrichs, Selbstverwaltung, S. 163.

⁴⁵ Ebd.

DER SCHREI NACH VITAMINEN

Der Lagerarzt kam zum Präsidenten und fragte: „Die Kinder müssen mehr Gemüse haben!“, „Wie?“, fragte Gönolla Löwenstein, „Ist das Eltern nicht gut?“, „O ja, gut ist es schon, aber es können mehr Vitamine darin sein!“

Wo nehmen wir also die Vitamine her? Ganz einfach, werden die Mädel fragen: ihr müsst mehr Gemüse kaufen! Ungekochtes Gemüse ist sehr vitaminreich und gesund. Das stimmt schon, aber das hätten wir auch alleine gewußt. Was für uns das Schlimmste war: Wir hatten kein Geld. Für ein Pfund Tomaten wollten die Großhändler 50 Pf. haben, für Bananen verlangten sie 10 Pf. das Stück, Kohl sollte 15 bis 30 Pf. das Pfund kosten, mit einem Wort: DIES Gemüse war uns zu teuer. Für das Verpflegungsgeld, das die Kinder bezahlt hatten, konnten wir es nicht kaufen. Vitamine aber müssen sein, die Gesundheit der Kinder erforderte es. Doch woher nehmen und nicht stehlen?

Der Lagerpräsident belprach die Sache mit dem Lagerobmann. „Vitamine? fragte der, „Vitamine? Ist das was zum Eltern?“ Dann schlug er sich vor den Kopf und sagte: „Aber das ist doch ganz einfach!“

Hunderte von Gartenpächtern gibt es in Kiel, und wenn die will, daß wir in Not sind, dann helfen sie uns schon. Das ist bei uns selbstverständlich!“ Und er ging hin und rief einen Aufruf an die Siedler und Gartenpächter. „Unfere Kinder sollen aus gesundheitlichen Gründen viel Gemüse essen“, schrieb er, „aber wir können es nicht herausholen. Die Preise, die die Händler von uns verlangen, sind zu hoch. Wollt Ihr uns nicht helfen?“

Am nächsten Tage stand der Aufruf in der Zeitung. Und der Vorstand der Gartenpächter hatte die Sammelstelle dazugedrieben, wo keine Mitglieder das Gemüse ablehnen konnten. Von den Sammelstellen sollte es im Auto nach Seekamp gefahren werden.

Würde viel zusammenkommen? Einige Idioten viel sagten die Köpfe und meinten: wenn es später wäre, dann ja, aber jetzt ist es noch zu früh. Jetzt haben die Gartenpächter selber nichts. Wenn Ihr ein Auto befehlt, das genügt. Also wurde zunächst ein Auto befehlt.

Abends, als die Bewohner der Kinderrepublik längst in lüstem Schummer lagen, hörte man plötzlich einige Autos hupen. Wer hat sich denn so verpäßt, daß die Hauptwache, bringt der Kurius etwa noch Lebensmittel? Ehe sie sich noch recht befiehl, hielten ZWEI GROSSE LIEFERAUTOS MIT ANHÄNGERN vor unserem Lager. Und was brachten sie? GEMLSE! Erbelen, Bohnen, Würzeln, Kartoffeln, und was weiß ich noch alles. Und ganze Berge Rhabarber! So begeistert haben wir noch selten unsere Autos entladen.

Am nächsten Morgen lag das Gemüse wohlgeordnet in unlerer großer Scheune. Und die Kinderrepublik machte eine Prozession durch die Scheune, mit Mülk und Gefang und was dazu gehört, um sich die Gemüseberge anzusehen. Und als gefragt wurde, wer jetzt freiwillig Erbelen und Bohnen pahlen wollte, da war nicht einer unter uns, der sich geweigert hätte. Alle Dörfer und Gemeindeschenken haben tüchtig geholfen.

Später stand es in der Zeitungserzählung, was die Gartenpächter uns alles geschickt hatten: 15 Zentner Bohnen waren es, 15 Zentner Erbelen, 5 Zentner Würzeln, 18 Zentner Frühkartoffeln, dazu große Mengen Suppenkraut, Stachelbeeren und Johannisbeeren, und mindestens 10 Kubikmeter Rhabarber. Einige Kieler Genossen, so wurde erzählt, hatten ihr letztes Gemüse aus dem Garten geholt. Und ein altes Mütterchen, das selber keinen Garten hatte und doch so gerne helfen wollte, hatte sich im Laden für teures Geld Gemüse gekauft und es dann glücklich zur Sammelstelle gebracht. Ihr könnet euch denken, wie froh wir auf unsere Genossen waren. Wir haben uns in der Zeitung für Ihre Hilfsbereitschaft bedankt. Uns selber aber hat die Gemüseammlung gelehrt, daß auch der Arme dem Armen helfen kann.

VIELE WENIGE MACHEN EIN VIEL!

40

Schlagbild »Schrei nach Vitaminen« (oben)

Schlagbild »Unsere Gemüse-Prozession« (rechts)

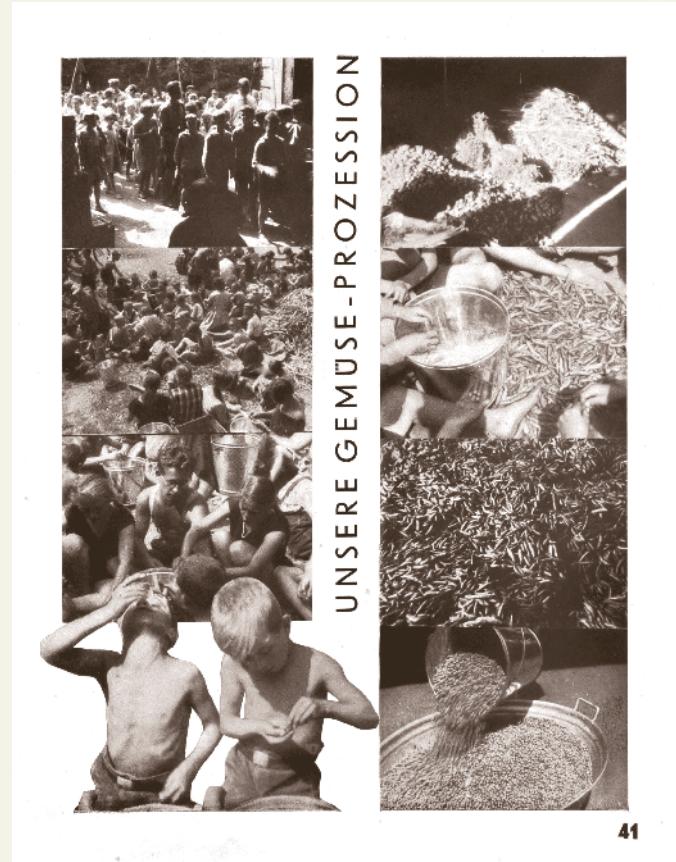
in: Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde (Hg.): Die rote Kinderrepublik: Ein Buch von Arbeiterkindern für Arbeiterkinder. Aus Briefen, Tagebuchblättern und Hordenaufzeichnungen zusammengestellt und ergänzt von Andreas Gayk, Berlin 1928, S. 40 AAJB, MC 809

In der Publikation »Die rote Kinderrepublik« der RAG von 1928 wurden verschiedene Aspekte der Kinderrepublik Seekamp in Texten und Bildern dargestellt. Diese Zusammenstellung des schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden der RAG, Andreas Gayk (1893–1954),⁴⁶ ist als Dokumentation des Erlebten, als Information und Handreichung für Durchführende an anderen Orten, als Werbung und als politische Stellungnahme zu einer Vielzahl von Diskursen in Form von »Schlagbildern« zu interpretieren.⁴⁷ Vor dem Hintergrund der späteren Tätigkeit Gayks als »Arztbesucher« oder Pharmareferent ist diese Publikation besonders bemerkenswert.⁴⁸

⁴⁶ Andreas Gayk war neben seiner politischen Tätigkeit für die SPD und die Kinderfreunde während der NS-Zeit als Ärztebesucher für die Chemischen Werke Albert tätig. Siehe der Internist Ludwig Weisbecker: Ärztebesucher im Dritten Reich, in: Jürgen Jensen/Karl Rickers (Hg.): Andreas Gayk und seine Zeit. 1893 – 1954. Erinnerungen an den Kieler Oberbürgermeister, Neumünster 1974, S. 75f.

⁴⁷ Hierzu auch Irmela Diedrichs in der bisher unveröffentlichten und daher hier nicht weiter rezipierten Arbeit: Die Kinderfreundebewegung und die Kinderrepublik Seekamp in der medialen Selbstdarstellung, Masterarbeit, Jena 2019.

⁴⁸ Siehe: Weisbecker, Ärztebesucher.



UNSERE GEMÜSE-PROZESSE

41

Im Rahmen der Berichterstattung über diese ersten Erfahrungen der RAG mit großen Ferienfreizeiten wurde auch »Gesundheit« thematisiert. Unter der Überschrift »Der Schrei nach Vitaminen«⁴⁹ wurde hier alltagssprachlich beschrieben, wie nach einer Intervention des »Lagerarztes« – »der Lagerarzt kam zum Präsidenten und sagte: ›Die Kinder müssen mehr Gemüse haben!‹« – die Ernährungssituation der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen verbessert wurde. Zwar sei die Lösung »[g]anz einfach[,] werden die Mädel sagen: Ihr müsst mehr Gemüse kaufen! Ungekochtes Gemüse ist sehr vitaminreich und deshalb sehr gesund«, die finanzielle Situation allerdings bei knapper Kasse und hohen Lebensmittelkosten beschwerlich. »Für das Verpflegungsgeld, das die Kinder bezahlt hatten, konnten wir es nicht kaufen. Vitamine aber mussten sein, die Gesundheit der Kinder erforderte es. Doch woher nehmen und nicht stehlen?« Statt hungrern oder stehlen zu müssen, sorgten in der Erzählung nach einem Aufruf in der Zeitung solidarische Kleingärtner*innen für eine umfangreiche Versorgung mit lokal gewachsenem und

⁴⁹ RAG, Die rote Kinderrepublik, S. 40.

über eine zentrale Sammelstelle zusammengeführtem »GEMÜSE! Erbsen, Bohnen, Wurzeln, Kartoffeln und was weiß ich noch alles. Und ganze Berge Rhabarber.« Der Bericht führte neben der Bedeutung selbst des kleinsten (zugekauften) Beitrags einer alten Dame die Begeisterung der Kinder bei der Versorgung und Zubereitung der Lebensmittel aus. Auch das durch unsachgemäßen Verzehr von Rhabarber entstandene Magen- grummeln und die in Kauf zu nehmenden Beschwerlichkeiten bei der Zubereitung der großen Mengen an frischen Lebensmitteln wurden aufgeführt. Illustriert wurde der Beitrag mit acht Fotografien über »Unsere Gemüse-Prozession«.⁵⁰

Neben dieser Thematisierung von Vitaminen in Form gesunder und – aus dem Kleingarten eingebracht – nicht zu teurer Lebensmittel wurde Gesundheit explizit im Zusammenhang mit den alltäglichen Bedingungen erwähnt. Als »die beste Medizin« dienten Luft, Sonne und Wasser, die täglichen Aufgaben und gemeinsame, nicht wettkampforientierte, sportliche Betätigung. Sogar der Rhabarber-Dünnschiss eines Jungen ist eine Meldung wert und weist zugleich auf die – für ein Zeltlager dieser Größenordnung besonders wichtige – Unterscheidung zwischen Magendarminfekt und Magenverstimmung hin.

Zu »Schlagbildern« werden diese Darstellungen durch die geschickte Kombination von Bild und Text und die anekdotische Aufbereitung von Kernthemen der Kinderfreunde. »Der Schrei nach Vitaminen« nahm sowohl die ärztliche Empfehlung, das Wissen der Kinder, als auch ökonomische Zwänge auf und schlug zugleich eine Form der Selbst- und Nächstenhilfe vor. Die Abbildung vieler Kinder und von noch viel mehr Gemüse als »Gemüse- Prozession« mit den zugleich konzentrierten, wie genießenden zwei Kindern im Vordergrund versprach vitaminreiche Sättigung.

Fragen und der Versuch eines Fazits

»Der Schrei nach Vitaminen« und die Antwort der Organisator*innen der Kinderrepublik, der lokalen Bevölkerung und der Kinder und Jugendlichen darauf ist auch heute aktuell. Gesundheit und die Zuständigkeiten für gesundes Aufwachsen breiter zu denken als eine medizinische Intervention hilft dabei, die individuellen und kollektiven Handlungsspielräume zu erkennen und zu nutzen. Zugleich sind soziale und kommerzielle Determinanten von Gesundheit selten so kurzfristig zu

beeinflussen, wie beispielsweise durch die von solidarischen Kleingärtner*innen ermöglichte Gemüseprozession der Kinderrepublik. Die Darstellungen zur ersten Kinderrepublik zeigen, was im Rahmen dieser Freizeitangebote möglich schien. Anders als beispielsweise in den Ausführungen von Käte Duncker zu Kinderarbeit und Verlockungen für Heranwachsende entstanden eindrückliche Bilder vom »Idealismus im Alltag«. Die Bedeutung des solidarischen Zusammenwirkens vieler nach ihren Möglichkeiten – oder dass auch der Arme dem Armen helfen kann – lässt sich als »Schlagbild« (oder visionäre Beschreibung) dessen lesen, was auch heute als Ausgestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten möglich ist. »Der Schrei nach Vitaminen« könnte zugleich auch schlicht ein Wegbereiter für die Verbreitung von Nahrungssupplementen gewesen sein. Immerhin sind nicht alle Tage Ferien und nicht überall Kleingärtner*innen gewillt ihre Ernte zu teilen.

Offen bleibt der damalige Diskussionsstand innerhalb der RAG und ganz konkret im Rahmen der Publikation »Die rote Kinderrepublik«: Gab es eine gemeinsame konzeptionelle Ausarbeitung oder redaktionelle Mitarbeit weiterer Personen an dieser Publikation? Welche Diskussionen wurden zu Gesundheit(serziehung) geführt? Die Betrachtung der gesundheitlichen Themen des frühen 20. Jahrhunderts und der (Dis-)Kontinuitäten kann dazu beitragen, heute Bedingungen zu gestalten, die ein Aufwachsen in Gesundheit für alle Kinder ermöglichen. ■

⁵⁰ Ebd. S. 41.



Heinz Weiss

Im Schatten der Werkstätten.

Das Martyrium der Lehrlinge in Wien vor dem Ersten Weltkrieg

echomedia Buchverlag
Wien 2025

64 Seiten

Preis: 19,80 €

ISBN 978-3-903989-89-4

Zwei Bücher in einem: Otto Felix Kanitz und Walter Langhammer

Maria Daldrup

1932 erschien »Die Geschichte des Franzl Lechner« im Verlag der Sozialistischen Arbeiterjugend Österreichs in Wien, geschrieben von Otto Felix Kanitz (1894–1940). Der Schriftsteller, Pädagoge und Politiker Kanitz, der 1940 im Konzentrationslager Buchenwald ermordet wurde, erzählt auf 23 Seiten von einem jungen Mann, der im frühen 20. Jahrhundert unter miserablen Bedingungen den Beruf des Installateurs erlernte. Es ist Heinz Weiss zu verdanken, dass diese Geschichte, von der die wenigen verbliebenen Original-exemplare in Institutionen wie der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig oder der Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv in Kopenhagen gesichert sind, nunmehr wieder einem breiteren Publikum zugänglich gemacht wird.¹

Die fiktive Geschichte von Franzl Lechner liest sich – trotz der Distanz zur beschriebenen Zeit – durch seinen eingängigen und leicht verständlichen Stil lebendig und unmittelbar. In 13 Kapiteln tauchen wir ein in ein junges Leben im vergangenen Wien. Hoffnungsfröh der Start (Kapitel 1): »Hurra! Heute war der letzte Schultag! [...] Wenn er einmal kein Schuljunge mehr war, dann war er auf dem besten Wege, ein erwachsener Mensch zu werden; einer, der tun und lassen kann, was er will, der mit seinem Gelde ins Kino gehen kann, so oft er mag, und Zigaretten rauchen darf, so viel er wünscht. Kurz einer, der nicht nur

¹ Diese Auszüge sind auch abgedruckt in: Heinz Weiss: Otto Felix Kanitz. Vom jüdischen Klosterschüler zum Top-Roten der Zwischenkriegszeit, Wien 2018.



Cover der Originalbroschüre von Otto Felix Kanitz:
Die Geschichte des Franzl Lechner, Wien 1932.

brav und folgsam zu sein hat und nicht immer wieder fragen muß, ob er etwas tun dürfe oder nicht.« (S. 11) Was Franzl Lechner werden will? Erfinder! Aber studieren kommt für den Jüngsten von drei Geschwistern aus einem Arbeiterhaushalt nicht infrage, dafür reicht das Geld seiner verwitweten Mutter nicht (Kapitel 2). Doch auch die ersehnte Elektrotechnikerlehre bleibt ihm verwehrt – die bekommt nämlich »ein Junge, dessen Vater Geld hatte«, obwohl der auch hätte Technik studieren können, so berichtet der Autor von den Ungerechtigkeiten (Kapitel 3). Bei Installateur Mehlich beginnt Franzl Lechner schließlich seine Lehre, ist allerdings hauptsächlich mit Hilfsarbeiten beschäftigt: »Zusammenkehren, Staubabwischen, Fenster und Türen reinigen und Spucknäpfe ausleeren«, außerdem »Hausknecht- und Laufburschendienste« – und das alles mehr als schlecht entlohnt. (Kapitel 4) Die Sonntage verbringt Franzl Lechner mit Kino oder Kartenspiel: »Viel Schönes brachte ihm so der Sonntag nicht. Aber er freute sich doch schon wieder am Montag auf ihn, weil er sich an diesem Tage doch wenigstens als freier Mensch fühlen konnte.« (Kapitel 5) Im Gespräch mit anderen Lehrlingen wird immer deutlicher, dass die psychischen und physischen Auswirkungen des »Martyrium[s] eines Lehrbuben« kein Einzelfall sind. (Kapitel 6) Als der Bruder von Franzl seine Schlosserlehre nach drei Jahren abschließt in der Hoffnung auf eine Festanstellung, folgt vielmehr die Entlassung. (Kapitel 7) Statt Wut sucht Franzl Lechner nun eine Lösung. (Kapitel 8) Damit gelangen wir in ein Haus in der Hauptstraße 126, einem Raum mit etwa dreißig jungen Menschen, zu einer Rede über »Lehrlingsmißhandlung« und »Entlassung nach Freiwerbung« und eben auch über »Lehrlingsrecht und Lehrlingsschutz« – und: in ein rotes Wien, in dem es um viel mehr geht als bloße Gesetze: »Seht ihr, daß es reiche Leute gibt, die wenig oder gar nichts arbeiten und dabei herrlich und in Freuden leben, und auf der andern Seite arme, die sich abrackern müssen und dabei doch weniger zu essen haben als die andern. Das kann nicht durch

Gesetze abgeändert werden, sondern nur durch eine ganz neue Gesellschaft. Um diese neue Welt kämpfen nun alle Sozialisten.« (Kapitel 9). Für diesen gemeinsamen Kampf braucht es, so der Referent (und zugleich Mitarbeiter der Arbeiterkammer), »neue Streiter und Streiterinnen«. (Kapitel 10) Franzl Lechner wird einer von ihnen. Er verbringt nicht nur einen »Sonntag der Freiheit und Freude« bei einer Wanderung zu einer gemeinsamen »Nie-wieder-Krieg«-Feier mitten im Wald (Kapitel 11) und hört von der Solidarität der »Proletarier aller Länder« (Kapitel 12), schließlich findet er den »Weg zur Sozialistischen Arbeiterjugend« (Kapitel 13).

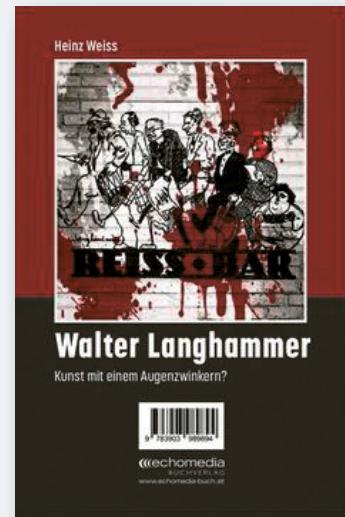
Die politische und pädagogische Zielrichtung der Geschichte von Franzl Lechner wird in und zwischen allen Zeilen sichtbar: ob in der Kritik an der Chancenungleichheit junger Menschen, den Ausbeutungsverhältnissen im Betrieb oder auch an »Schundfilme[n]« (S. 18) im Kino einerseits oder in der Forderung nach Organisierung in der Arbeiter*innenjugend, den vermittelten pazifistischen, internationalistischen und antikapitalistischen Werten oder den gemeinschaftlichen Aktivitäten in der Natur andererseits. Franzl Lechner ist der Prototyp eines Jungen aus der Arbeiterklasse, dessen idealtypischer Weg von der Ausbeutung zur Befreiung beschrieben wird. Und so heißt es auch im letzten Kapitel: »Aus dem geknechteten und geschundenen Lehrling wurde ein aufrechter Kämpfer für Freiheit und Recht. [...] Bisher schien ihm alles in seinem Leben traurig und sinnlos zu sein. Er fühlte sich in der Welt, die ihn nicht studieren ließ, in der Welt, die ihn unter-

Franzl Lechner ist der Prototyp eines Jungen aus der Arbeiterklasse, dessen idealtypischer Weg von der Ausbeutung zur Befreiung beschrieben wird.

drückte, in der Welt, die nichts für ihn hatte als Kino und Kartenspiel, so hilflos und verlassen, so überflüssig und einsam. Nun aber ward es mit einem Male besser.« Der Weg sei zwar noch hart, das Ziel aber in Sicht: »Und rechts und links von ihm wanderten gleichgesinnte Kameraden und Kameradinnen, die bereit waren, alle Hindernisse, die sich in dieser Wanderung in den Weg stellen wollten, durch gemeinsame Kraft zu beseitigen. Ja, Franzls Leben war schön und inhaltsreich geworden. Schön und inhaltsreich von dem Augenblick an, da er zu seinen gleichgesinnten Freunden gefunden hatte, da er Mitkämpfer in der sozialistischen Jugendbewegung geworden war.« So pathetisch schließt der Bericht über Franzl Lechner, so deutlich wird hier, dass der vermeintlich persönliche Bericht vielmehr Werbung für einen Beitritt in die organisierte Arbeiter*innenjugend ist. Diesen Eindruck unterstreichen auch die Nachsätze: »Diese Geschichte hat sich nirgendwo genau so abgespielt, wie sie hier erzählt wurde. Aber in tausend Fällen doch so ähnlich. Und wenn du Genosse oder du Genossin diese Geschichte gelesen hast, dann weißt du auch schon, was du zu tun hast, um dein hartes, trauriges Lehrlings- und Jungarbeiterleben in das Dasein eines mutigen, lebensfrohen und begeisterten Kämpfers zu verwandeln. Auch du sollst den einzigen Weg, der zur Gerechtigkeit und Freiheit, zum Wissen und zur Freude führt, gehen. Auch du sollst das tun, was der Franzl Lechner getan hat. Auf dich warten schon viele Tausende, die in der Organisation vereinigt sind. Sie grüßen dich herzlich und rufen dir zu: ›Komm zu uns, kämpfe mit uns, um eine bessere Gegenwart, um eine sonnige, glückerfüllte Zukunft!‹.« (Kapitel 13)

Als »autobiografische[n] Text« (S. 4) oder gar Aufarbeitung von Kanitz' Jugend lässt sich die Geschichte über Franzl Lechner zwar nicht lesen. Trotz einiger Parallelen, wie einer (abgebrochenen) Ausbildung zum Installateur oder der frühen Organisierung im Verein Jugendlicher Arbeiter, entstammte Kanitz weder einer Arbeiterfamilie, noch wurde ihm das Studium (er studierte Philosophie und Pädagogik) verwehrt.² Die schematisierte, dramaturgisch einfach gestaltete und geschriebene Aufstiegs- und Befreiungsgeschichte von Franzl Lechner durch die Arbeiter*innenjugend passt sich allerdings in Kanitz' Engagement ein: bei den österreichischen Kinderfreunden, als Herausgeber der Zeitschrift »Sozialistische Erziehung«, als Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend von 1930 bis 1933 oder auch als Werbeleiter der Sozialistischen Partei, die er 1932 bis 1934 im Bundesrat vertrat. Obgleich fiktional, so ist es doch eine Variante, wie junge Menschen damals für die Arbeiter*innenjugend begeistert worden sein könnten und zugleich aus historischer Perspektive eine anschauliche Quelle für die Repräsentation arbeiterjugendlicher Lebenswelten.

² Vgl. die Parallelen, die Heinz Weiss zwischen Lechner und Kanitz zieht, siehe: ebd., S. 14–40.



Zwei Bücher in einem:
Otto Felix Kanitz
und Walter Langhammer

Noch anschaulicher aber sind die Illustrationen von Franzl Lechners Geschichte vom Maler und Karikaturisten Walter Langhammer (1905–1977), den Weiss in einem zweiten Teil vorstellt. Dafür muss der*die Leser*in allerdings das Buch umdrehen und erhält: »Walter Langhammer. Kunst mit einem Augenzwinkern?«.

Langhammer illustrierte Periodika wie »Der jugendliche Arbeiter« oder »Kinderland«. Seit den frühen 1930ern engagierte er sich als Sozialist (und Freimaurer) zunehmend politisch. 1938 floh er mit seiner Frau Käthe, Tochter des jüdischen Sozialdemokraten Otto Urbach, in das indische Exil – und dort sollte Langhammer nicht nur Art Director der »Times of India« werden, sondern zu einem der Väter der »Bombay Progressives«, einer Gruppe moderner Künstler der 1940er Jahre. 1957 kehrten die Langhammers nach Europa zurück und wählten London als ihre neue Heimat. 1977 verstarb Walter Langhammer.

Weiss nähert sich auf 29 Seiten dem Künstler Langhammer über zeitgenössische Briefe und Pressemitteilungen zu Preisverleihungen, Veranstaltungen oder Ausstellungen v. a. im Wiener Künstlerhaus sowie über einige Hinweise aus journalistischen und wissenschaftlichen Texten.³ Dabei verbleibt die biographische Verortung leider in Teilen zu collagenartig, macht aber umso neugieriger auf die Person Langhammer.

Und so enthält das »Wendebuch« nicht nur zwei Bücher in einem, sondern auch zwei Entdeckungen: zum einen die fast 100jährige Lehrlingsgeschichte von Otto Felix Kanitz und zum anderen den im deutschsprachigen Raum fast vergessenen Künstler Walter Langhammer. ■

³ Hierzu etwa: Annedore Wilmes: Walter Langhammer und die Strahlkraft Indiens, 24.10.2016, <https://www.lbi.org/de/news/walter-langhammer-india/> [letzter Zugriff: 20.11.2025]; außerdem: Margit Franz: Graz-Wien-Bombay-London: Walter Langhammer, Künstler und Kunstmöderer, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 40, Graz 2010, S. 253–276.

Walter Langhammer (1905–1977)



Illustrationen von Franz Lechners
Geschichte vom Maler und
Karikaturisten Walter Langhammer



Käthe Langhammer (1. Reihe, 3. v. l.) und
Walter Langhammer (2. Reihe, 1. v. l.)
bei der Raza-Ausstellungseröffnung
in Indien (1948)



Alle Abbildungen auf dieser Seite
entstammen dem rezensierten Band



»Für Demokratie und sozialistischen Aufbau, gegen Faschismus und Kriegsgefahr«. Arbeiterjugendtag in Frankfurt am Main (1931)

Maria Daldrup · Wolfgang Uellenberg-van Dawen

»Für Demokratie und sozialistischen Aufbau, gegen Faschismus und Kriegsgefahr« – unter dieser kämpferischen Parole hatte der Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) 1931 zum 6. Arbeiterjugendtag nach Frankfurt am Main gerufen. Mit elf Sonderzügen, auf dem Rad oder auch zu Fuß waren 20 000 Jungen und Mädchen aus dem gesamten Deutschen Reich dem Aufruf gefolgt und in die Mainmetropole gereist. Erich Ollenhauer, damaliger Vorsitzender der SAJ, hatte schon im Vorfeld in der Festausgabe der Monatsschrift »Arbeiterjugend« auf den 6. Arbeiterjugendtag eingestimmt.



Cover der Arbeiter-Jugend. Monatsschrift der Sozialistischen Arbeiterjugend (1931) H. 7 AAJB, ZA 849

Der neue Mensch auf neuer Erde

Prolog zum 6. deutschen Arbeiterjugendtag in Frankfurt¹

Die rote Jugend trägt die Fahnen einer neuen Zeit.
Zum Völkerfrieden wimpeln die Standarten.
Ein Schlachtfeld noch: die Erde wird ein Garten,
In dem das Glück für jedes Volk gedeiht.
Die Jugend ruft, sie kann es nicht erwarten,
Sie ist zum Umbau dieser Erde stets bereit.
Tragt in den Kampf die flammenden Standarten,
Die Feuerfahnen einer neuen Zeit.

Aus Not und Jammer fliegt empor der Geist,
Der uns im Alltag soll befeuern,
Den alten Bund der Völker zu erneuern,
Der Ueberfluß und Freiheit heißt.
Den Haßpropheten gilt zu steuern:
Der Sozialismus uns zusammenschweißt.
Wir glühen in den heiligen Feuern,
Aus Not und Jammer fliegt empor der Geist.

Wir sind nicht Wandrer in das unbekannte Nichts.
Wir steh'n im Raum und wissen um die Räume.
Wir wurzeln in dem Erdgrund wie die Bäume
Und hören die Gewitter des Gerichts.
Um unsre Herzen rauschen große Träume:
Wir lauschen dem Triumphgesang des Lichts.
Wir sind nicht Wandrer in das unbekannte Nichts,
Nein, wir verwirklichen den Traum der Träume.

Wir heben unsere Herzen in die Welt empor
Und rufen dich, du zaudernder Gefährte!
Wir glauben an die neue Erde:
Zu uns herbei, wer sich nicht selbst verlor.
Die Zeit ist schwer: es schwindet die Beschwerde!
Wir steh'n bereit und stoßen vor.
Ja, unser Lichtsignal heißt: Werde!
Der neue Mensch auf neuer Erde!

Max Barthel

¹ Abgedruckt in: Festschrift zum 6. Arbeiterjugendtag in Frankfurt am Main, in: Arbeiterjugend. Monatsschrift der Sozialistischen Arbeiterjugend (1931) H. 8, S. 171, AAJB, ZA 849.

Nun erst recht Sozialismus!²

Unser Frankfurter Reichsjugendtag wird eine der denkwürdigsten Tagungen der sozialistischen Jugendbewegung werden. Als wir ihn beschlossen, lastete bereits der Druck einer schweren Wirtschaftskrise auf uns. Mehr als eine halbe Million junge Menschen lagen arbeitslos auf der Straße, und in unseren Gruppen zählten wir oft mehr erwerbslose Mitglieder als Jugendliche, die in Arbeit stehen. Wir beschlossen den Jugendtag trotzdem. In dieser Notzeit wollten wir uns an einem Tag und an einem Ort zusammenfinden im Bewußtsein unserer Einheit und Verbundenheit, wir wollten die Stärke unserer Idee und ihre tiefe Verwurzelung in der arbeitenden Jugend sichtbar machen.

Gewiß – so sagten wir –, wir werden nicht mit den Teilnehmerziffern rechnen können wie in früheren Jahren, aber wenn auch nur zehntausend aufmarschieren, dann wird das eine machtvolle Kundgebung für unsere Sache sein. Wir rechneten mit der Treue und dem Opfermut unserer Jugend, und wir haben uns nicht getäuscht. Jetzt, drei Wochen vor dem Jugendtag, sind statt der erwarteten zehntausend schon fünfzehntausend gemeldet, und in Frankfurt werden es wieder, wie in Dortmund und Hamburg, zwanzigtausend sein, die unter unseren Fahnen marschieren als die junge Garde des Proletariats. Mehr als ein Drittel unserer Verbandsmitgliedschaft wird trotz Not und Bedrückung zur Stelle sein und endgültig die Legende zerstören, der Sozialismus, die Sozialdemokratie, sei eine Bewegung ohne Jugend. Wo ist die Bewegung in Deutschland und in der Welt, die es vermag, unter so schwierigen äußeren Umständen mehr als ein Drittel ihrer Anhänger zu einer Reichstagung zusammenzuführen? Das vermag nur der Sozialismus. Er hat die lebendige Kraft, die die Menschen in Notzeiten nur noch fester verbindet und noch enger zusammenschließt.

Dieses stolze Bewußtsein, das bei den Vorbereitungen für Frankfurt eine neue Bestätigung erfuhr, hat uns gestärkt in dem Willen, trotz der katastrophalen Zuspritzung der Lage in Deutschland an der Durchführung des Jugendtages festzuhalten. In der Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, weiß noch niemand in Deutschland, was uns die nächsten Wochen bringen werden:

ob wir das Schlimmste bereits überstanden haben oder ob die Verhandlungen in Paris oder London schließlich doch noch scheitern und damit neues, noch größeres Elend über das deutsche Volk und vor allem über die deutsche Arbeiterschaft bringen werden. Wir sehen in unserem Reichsjugendtag mehr als ein fröhliches Fest, wir sehen in ihm den Ausdruck eines unerschütterlichen Lebenswillens der arbeitenden Jugend und unseres Glaubens an eine hellere und glücklichere Zukunft der arbeitenden Menschen durch den Sozialismus.

Noch niemals war es deutlicher als in diesen Tagen, daß unsere Frankfurter Lösung: »Für Demokratie und sozialistischen Aufbau, gegen Faschismus und Kriegsgefahr«, daß Demokratie, Frieden und Sozialismus allein den Weg in die Zukunft weisen können. Das kapitalistische System durchlebt eine schwere Krise. Große Unternehmungen und Banken sind zusammengebrochen, Millionenwerte sind vernichtet, und nur die Hilfe des Staates hat bisher verhindert, daß diesem Zusammenbruch einzelner Unternehmungen die Katastrophe folgte. Der Kapitalismus kann in guten Zeiten Riesengewinne in den Händen einzelner häufen, aber er kann sich in Notzeiten nicht einmal selbst helfen, geschwiege denn den Millionen Besitzlosen das tägliche Brot sichern. Es muß eine neue wirtschaftliche Ordnung kommen, und die Wirtschaftsordnung der Zukunft kann nur eine Ordnung sein, die das Interesse der Allgemeinheit, das Wohlergehen der Massen rücksichtslos in die vorderste Linie stellt, die nicht um des Profits, sondern um der Menschen willen Güter erzeugt und gerecht verteilt. Eine solche Ordnung ist nur möglich durch den Sozialismus. Unsere Forderung nach dem sozialistischen Aufbau ist darum keine Zukunftsforderung, sie ist Forderung der Stunde, die die junge Generation der Arbeiterklasse, wir alle, die wir in Frankfurt marschieren werden, in der nächsten Zeit als dringendste Gegenwartaufgabe in Angriff nehmen müssen.

Voraussetzung aber für diesen Aufbau ist die Demokratie. Für ihre Erhaltung kämpft die sozialistische Arbeiterschaft seit den verhängnisvollen Septemberwahlen mit dem Einsatz aller Kräfte und unter großen Opfern. Die Nationalsozialisten stehen jetzt vor den Augen aller als das, was sie immer waren, als die Schutzgarde des Kapitals, und eine politische Herrschaft dieser Bewegung wäre das Ende jedes politischen und sozialen Fortschritts,

² Editorial der Festschrift zum 6. Arbeiterjugendtag in Frankfurt am Main (1931), in: Arbeiterjugend. Monatsschrift der Sozialistischen Arbeiterjugend (1931) H. 8, S. 170f., AAJB, ZA 849.

wäre der Einsatz der gesamten staatlichen Macht ohne Einschränkung für die Interessen des erschütterte Kapitalismus. Wenn wir in Frankfurt für die Demokratie demonstrieren, dann ist das nicht der Ausfluß eines konservativen Geistes, der das Bestehende als das Vollkommene feiert, sondern dann tun wir das in der in diesen Schicksalswochen gefestigten Überzeugung, daß der Sozialismus nur gestaltet werden kann in der Demokratie. Ohne Demokratie gibt es keinen Sozialismus. Indem wir für die Demokratie kämpfen, dienen wir unserer Zukunftsaufgabe, dem sozialistischen Aufbau.

Ohne Demokratie gibt es aber auch keinen Frieden. Demokratie und Frieden sind genau so Geschwister wie Sozialismus und Demokratie. Was sich frühere Generationen in mühseligen theoretischen Auseinandersetzungen erarbeiten mußten, ist uns tägliches Erlebnis: die internationale Verflechtung des modernen Wirtschaftslebens. Kein Volk, am wenigsten das deutsche mit seinen überragenden industriellen Interessen, kann leben, wenn es nicht mit seinen Nachbarn Frieden hält. Niemals waren Kriegslärm und Revanchegelei verbrecherischer als in diesen Wochen, da wir uns nur mit der Hilfe des Auslandes aus der Verstrickung unserer Not lösen können, und niemals war es notwendiger, sich zum Frieden als der elementaren Voraussetzung für einen Wiederaufstieg der Völker der Welt zu bekennen. Wir jungen Sozialisten wollen auch hier vorangehen. Wir sprechen in Frankfurt zur Jugend der ganzen Welt, vor allem aber zur Jugend Westeuropas, und rufen sie auf, mit uns zu bauen an einem neuen Europa und an einem neuen Bund der Völker, der getragen wird von den Idealen der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und eines dauernden Friedens.

So ist unser Jugendtag in Frankfurt keine Flucht vor den Sorgen des Alltags, sondern ein mutiges Bekenntnis zu den neuen schweren Aufgaben, die diese Krisenwochen uns deutlicher denn je vor Augen geführt haben. Notzeiten wie die gegenwärtige können uns hemmen, sie können Wankelmütige verwirren und irre werden lassen, der Kern der arbeitenden Jugend, die sozialistische Jugend, wird sich nur noch fester zusammenschließen in dem Willen, nun erst recht dem Sozialismus, der Demokratie und dem Weltfrieden zu dienen.

Wir lassen uns nicht treiben vom Schicksal, wir wollen es zu meistern versuchen, denn wir wollen leben. Wir wollen den Sozialismus, der die Menschen befreit aus der furchtbaren materiellen und seelischen Not, unter der Tausende zusammenbrechen und die Millionen in den Abgrund des bloßen Vegetierens zieht.

Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt, der Welt der Arbeit, des Friedens und der Freiheit, des Geistes und der Kultur. Der 6. deutsche Arbeiterjugendtag in Frankfurt am Main im Not- und Kampfjahr 1931 wird ein leuchtendes Symbol dieses sozialistischen Lebenswillens der arbeitenden Jugend sein.

Erich Ollenhauer

Frankfurt³

Es is kaa Stadt uff de weite Welt,
Die so merr wie mei Frankfort gefällt,
Un es will merr net in mein Kopp enei:
Wie kann nor e Mensch net von Frankfort sei!

Un wär'sch e Engel un Sonnekalb,
E Fremder is immer von außerhalb!
Der beste Mensch is e Arjernis,
Wann er net aach von Frankfort is.

Was is des Offebach for e Stadt!
Die hawwe's ganz in der Näh gehat
Un hawwe's verpaßt von Aabeginn,
Daß se net aach von Frankfort sin.

E Mädchen von draus, wann noch so sei,
Dhut immer noch net von Frankfort sei!
Doch nimmt se en hiesige Berjerschsoh,
So hat se aach noch de Ehr dervo.

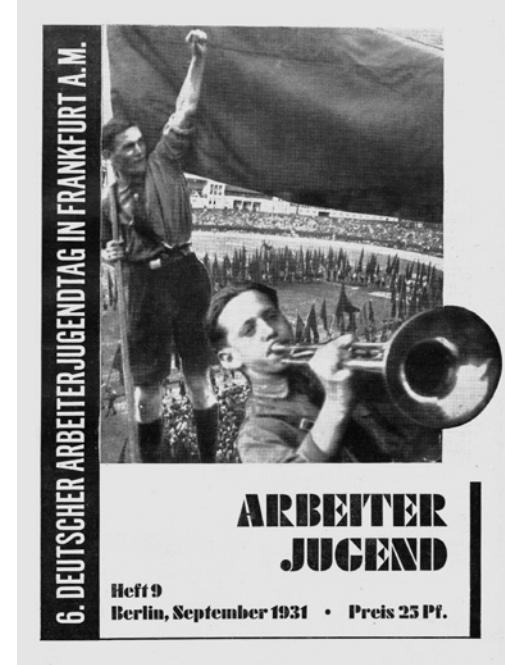
Friedrich Stoltze

³ Abgedruckt in: Festschrift zum 6. Arbeiterjugendtag in Frankfurt am Main, in: Arbeiterjugend. Monatsschrift der Sozialistischen Arbeiterjugend (1931) H. 8, S. 191, AAJB, ZA 849.

Wir sind die rote Front⁴

Zwanzigtausend Arbeiterjungen und Arbeitermädel sind reicher um ein großes Gemeinschaftserlebnis: 6. Deutscher Arbeiterjugendtag in Frankfurt am Main. Mit der Veranstaltung dieses Jugendtages hatten wir in der politisch bewegten und wirtschaftlichen Notzeit, in der wir stehen, viel gewagt. Das Wagnis ist gelungen. Das war eine Begeisterung in den Reihen der Jugend, das war ein Jubel in der Bevölkerung während der Tage in Frankfurt – nur noch zu vergleichen mit der Hochstimmung des internationalen Jugendtreffens in Wien. Der Frankfurter Jugendtag war ein erhebendes Zeichen unserer Stärke und inneren Geschlossenheit, die von der Krise nicht einmal angenagt werden konnte. In Frankfurt legte die Vorhut der Arbeiterjugend überwältigendes Bekenntnis ab für Demokratie und Sozialismus, für internationale Verständigung und Völkerfrieden. Die These vom Sozialismus ohne Jugend wurde mit Schwung widerlegt.

Die Jugend hält zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie. Diese Gewißheit ist uns in Frankfurt aufs neue geworden. Seit Monaten steht die sozialistische Bewegung in einem schweren Abwehrkampf gegen eine Welt von Feinden. Die Taktik des Defensivkrieges ist nicht immer leicht zu begreifen; am wenigsten von jungen Stürmern. Und so wurde bis in unsere eigenen Reihen hinein die Meinung kolportiert, die Sozialdemokratie könne der Jugend nichts mehr sagen, politisches Handeln könne die Jugend nicht mehr anziehen und erst recht nicht begeistern. Wer in der Jugendarbeit steht, der wußte schon immer, daß das falsch war; seit Frankfurt werden auch die Gegner sich eingestehen müssen, daß die Ideenweite des Sozialismus nach wie vor besteht und die Begeisterung der Besten der jungen Generation jetzt erst recht entfachen kann, wo es trotz alledem täglich mehr auf die praktische Gestaltung des Sozialismus ankommt. Die Arbeiterbewegung hat in diesem Sommer zwei Schlachten gewonnen: den Zusammenbruch des Volksentscheids gegen die preußische Regierung und den Massenaufmarsch der roten Jugend in Frankfurt.



Cover der Arbeiterjugend. Monatsschrift der Sozialistischen Arbeiterjugend (1931) H. 9 AAJB, ZA 849

Vom 21. bis 23. August 1931 erwartete die Teilnehmer*innen des Arbeiterjugendtags in Frankfurt am Main ein vielfältiges Programm: Fanfaren- und Fahnenmarsch, Arbeiterlieder und Festspiele, Festansprachen von Erich Ollenhauer, Eduard Gräf (Bürgermeister der Stadt Frankfurt am Main), Felix Kanitz (Vorsitzender des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Österreichs) oder auch Max Westphal (Mitglied des Vorstandes der SPD), sozialisches Kabarett und Stadtbesichtigungen, ein Fackelzug entlang des Mains, eine Kundgebung auf dem geschichtsträchtigen Römerberg, bei der u. a. der preußische Kultusminister Adolf Grimme sprach, ein Festzug vom Frankfurter Opernplatz in Richtung Stadion und die große Abschlusskundgebung »für Sozialismus und Völkerfrieden« mit weiteren Reden, u. a. vom Vorsitzenden der gemeinsamen Abrüstungskommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes Johan Willem Albarda aus Amsterdam, dem Vorsitzenden der Sozialistischen Jugend-Internationale aus Wien, Karl Heinz, und schließlich des Reichstagspräsidenten Paul Löbe. Mit dem gemeinsamen Singen der »Internationale« endete der 6. Arbeiterjugendtag in Frankfurt am Main. Dokumentiert wurde der 6. Arbeiterjugendtag in Heft 9 der Monatsschrift »Arbeiterjugend«.

⁴ Abgedruckt in: Arbeiterjugend. Monatsschrift der Sozialistischen Arbeiterjugend (1931) H. 9, S. 202f., AAJB, ZA 849.

SAMSTAG, 22. AUGUST 1931

Vormittags 11 Uhr:

Eröffnungsfest in der Festhalle

1. Fanfarenmarsch.
2. Fahnenseilmarsch.
3. a) Auf, Ihr Brüder, auf, Genossen! Aus der „Roten Revue“ von Otto Gerster. Chor mit Spielmannszug.
- b) Bei Sonne, in Nächten. Ernst Lothar Körner.

4. Festgespräch von Max Barthel.

5. An sprechen:
 - Eric Ollenhauer, Verbandsvorsitzender. —
 - Eduard Gräßl, Bürgermeister der Stadt Frankfurt. —
 - Fritz Käppeler, Wirtschaftsminister. —
 - Ernst Langendorf, Vorsitzender der SAJ. —
 - Felix Kanitz, Vorsitzender des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Österreichs. —
 - Max Westphal, Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

6. a) Wir bauen eine neue Welt. Josef Vorsmann.
- b) Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, Hermann Scherchen.

7. a) Marsch der Arbeit. Musik aus der Oper „Maschine Hopkins“. Choreographie: Rudolf Laban.
- b) Hymne der Arbeit. Bewegungsschor aus dem Chorwerk „Alltag und Fest“, von Rudolf von Laban. Musik von G. Holst.

8. Dens Morgenrot entgegen. Heinrich Arnulf. (Gemeinsames Schlublied).

Mitwirkende: Fanfarenchor der SAJ, Bezirk Hessen-Darmstadt, Jugendchor der SAJ Groß-Frankfurt (Dirigent Max Bertsch), Bewegungsschor der SAJ, Bezirk Pfalz (Leitung: Harry und Grete Pierenkämper).

Das sozialistische Kabarett

Versuche neuer Propaganda- u. Festgestaltung

Es spielen im großen Saal des Volksbildungshauses, Eschenheimer Anlage 40/41: Max, der „König der „Roten Revue“, Leipzig. Nachm. 5 Uhr der „rote Faden“, Durlach. In der Aula der Elisabethenschule (Oberlyzeum), Vogtstraße 33: Nachm. 5 Uhr die „rote Röte“, Saarbrücken.

Besichtigungen der Stadt

Der Samstagvormittag und der Sonntagnachmittag stehen den Gruppen für Besichtigungen der Stadt zur Verfügung. Es werden verschiedene Führungen für die Altstadt, für die Wohnstädte und für öffentliche Bauten veranstaltet. Treffpunkt für alle Gruppen, die einen Besuch machen, ist der Römerberg. Beginn der Führungen: Samstag, 22. August, von 2-5 Uhr halbstündlich. Sonntag, 23. August, von 9-12 Uhr halbstündlich.

Fackelzug am Main

Abends 8 Uhr: Aufstellung zum Fackelzug auf dem Opernplatz.

Abends 8.30 Uhr: Fackelzug am Main. Der Zug geht durch folgende Straßen: Opernplatz, Goethestraße, Hauptwache, Römerberg, Kaiserstraße, Friedensstraße, Neue Mainzer Straße, Untermainstraße, zu beiden Ufern des Mains, Fahrstraße, Brückstraße, Römerberg.

Kundgebung a. d. Römerberg

Auf, Ihr Brüder, auf, Genossen! Aus der „Roten Revue“ von Otto Gerster. Chor mit Spielmannszug (Spielmannszugchor der SAJ, Frankfurt-Wiesbaden).

2. Bede des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. Adolf Grämer.

3. Brüder zur Sonne, zur Freiheit. Hermann Scherchen. (Gemeinsames Schlublied)

SONNTAG, 23. AUGUST 1931

Vormittags 4 Uhr: Wecken in allen Stadtteilen durch die Spielgruppe der SAJ.

Vormittags 9 Uhr: Sportliche Wettkämpfe der SAJ im Stadion.

Vormittags 10 Uhr:

Aelterenkundgebung

Im großen Saal des Volksbildungshauses, Eschenheimer Anlage 40/41. Parteivorsitzender Hans Vogel, M. d. R., spricht über „Demokratie und Arbeiterklassen“.

Vormittags und nachmittags: Reichsarbeiter-

sporttag des Kartells für Arbeitersport und Konkurrenz Frankfurt a. M. im Stadion.

Vormittags von 9 bis 12 Uhr: Ausscheidungskämpfe auf den Spiel- und Sportplätzen des Stadions.

Nachmittags 2 Uhr: Entscheidungskämpfe in der Kampfbahn des Stadions.

Nachmittags 1.30 Uhr:

Festzug der Jugend zum Stadion

Aufstellung auf dem Opernplatz. Der Festzug geht durch folgende Straßen: Opernplatz, Taunusanlage, Kaiserstraße, Scherzerstraße, Wilhelmstraße, Forststraße, Stadion.

Nachmittags 4 Uhr:

KUNDGEBUNG FÜR SOZIALISMUS UND VOLKERFRIEDEN

1. Einmarsch der Jugend.

2. Gemeinsames Spelen aller Spielgruppen der SAJ: „Platz, die Falken kommen!“

3. An sprechen:

3. W. Alberde (Amsterdam), Vorsitzender der Gemeinsamen Abrüstungskommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Karl Kautsky (Wien), Vorsitzender der Sozialistischen Jugendinternationale. Paul Löbe (Berlin), Reichstagspräsident.

4. Massen-Freilübung der Arbeitspionier Groß-Frankfurt.

5. Das Weltendorad sind wir. Ein Chorwerk aus den verschiedenen Zielen der Weltarbeitsförderung u. Abgesang von Adolf Johannesson. Aufgeführt von den Teilnehmern am zweiten Reichszeitlager der sozialistischen Arbeiterjugend auf Namey, dem Hamburger Bewegungssprecher und der Hamburger SAJ.

Gesamtteilung: Adolf Johannesson.

1. Teil: Der Morgen.

2. Teil: Das Rad.

3. Teil: Die Fahne.

Agierende:

Das Werkvolk der Erde, Gesamchor

Der Chor vom Osten
Der Chor vom Westen
Der Chor vom Norden
Der Chor vom Süden

Chorgruppen

Der schwarze Gegenger

Der gelbe Gegenger

Vier Sprecher

Fanfare, Bläser- und Trommelchöre.

6. Wacht auf, Verdammte dieser Erde. De-gayter. (Gemeinsames Schlublied)

Programmflyer zum 6. Deutschen Arbeiter-Jugendtag in Frankfurt am Main, veranstaltet vom Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands

AAJ, Flugblattsammlung, FL 22



6. DEUTSCHER ARBEITER-JUGEND TAG

DES VERBANDES DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERJUGEND DEUTSCHLANDS
21. — 23. AUGUST 1931
FRANKFURT AM MAIN

AUSSTELLUNGEN

Während des Jugendtages werden im Haus der „Volksschule“, Bockenheimer Landstraße, täglich von 9 bis 19 Uhr gezeigt:

1. Ausstellung „Die sozialistische Jugendarbeit“. Diese Ausstellung enthält Material über die geschichtliche Entwicklung, den organisatorischen Aufbau und die praktische Tätigkeit der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung.

2. Ausstellung „Die sozialistische Literatur“. Diese Ausstellung veranstaltet die Buchhandlung „Volksschule“. Sie bietet die Möglichkeit, sich mit guter, sozialistischer Literatur zu versetzen.

STADTBESICHTIGUNGEN

(Gegen Vorzeigung des Teilnehmerheftes freier Eintritt)

Bethmann-Museum, Friedberger Landstraße 10. Geöffnet von 10-13 und 15-17 Uhr.

Goethe-Museum, Großer Hirschgraben 25. Geöffnet von 9-18 Uhr. Eintritt 20 Pfennig.

Historisches Museum, Weckmarkt. Geöffnet von 10-15 Uhr.

Haus zur goldenen Woge, Alter Markt. Geöffnet von 10-13 Uhr.

Naturhistorisches Museum, Viktoriallee 107. Sonntags frei. Geöffnet von 10-13 Uhr.

Völkerkundemuseum, Große Eschenheimer Straße 26. Geöffnet von 10-13 und 14-16 Uhr.

Städtisches Kunstinstitut, Gemäldegalerie, Schauspielkabinett 65. Geöffnet von 10-13 und 15-17 Uhr.

Römer mit Kaisersaal. Geöffnet von 10-13 und 14-16 Uhr.

Paulskirche, Paulsplatz. Geöffnet von 9-18 Uhr. Dom. Geöffnet von 10-18 Uhr (in Gruppen zu besichtigen).

Der Frankfurter Jugendtag war kein Jugendfest, sondern eine Kampfkundgebung der jungen Arbeitergeneration. Zum Festfeiern hat die proletarische Jugend wenig Anlaß. Sie leidet vielfältig Not durch ungenügende Berufsausbildung, niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, Mangel an Freizeit. Und gar viele waren in Frankfurt dabei, die vom Gespenst der Arbeitslosigkeit geschlagen sind. So ertönte in Reden und auf Transparenten immer wieder die Forderung nach mehr Jugendschutz, nach besserem Jugendrecht. Wir geben uns aber nicht zufrieden mit Reformen. Wir wissen: sie müssen Stückwerk bleiben und sind immer wieder gefährdet, solange das kapitalistische System der Ausbeutung von Menschen durch Menschen besteht. Darum setzten wir uns in Frankfurt als Gegenwartsaufgabe: wir wollen den Arbeiterorganisationen helfen beim Abbau des Kapitalismus durch Aufbau des Sozialismus.

ARBEITER-JUGEND NR. 8

Wir wollen mithelfen aber auch bei der Verteidigung der Demokratie. Immer wieder kam es uns bei all den Veranstaltungen des Reichsjugendtags in den Sinn, daß ohne Demokratie wir diese Stunden nicht erlebt hätten; denn Beseitigung der Demokratie bedeutet die Zerstörung der Arbeiterorganisationen. Und noch ein anderes: der Frankfurter Jugendtag erteilte uns einen lebendigen Anschauungsunterricht über den Wert der Demokratie. Wir hätten den Jugendtag nicht zu seiner stolzen Höhe führen können, wenn bei seinem Vorbereiten und seiner Durchführung nicht alle unsere Mitglieder aus freiem Entschluß ihre Pflicht erfüllt hätten. Diese freiwillige Pflichterfüllung für eine gemeinsame Aufgabe kann nur sein in einer demokratischen Organisation, wo neben den Pflichten die Rechte in der Mitbestimmung über das Ganze stehen. Dort aber, wo der Wille eines Diktators alles Geschehen oder Nichtgeschehen bestimmt, dort ist eigenes Denken verpönt, dort wird der Mensch zum Ausführungsorgan, dort herrscht der Gehorsam des Kasernenhofes, dort wachsen die Bäume des Militarismus.

Eine grausame Vision stand vor unserem geistigen Auge beim Aufmarsch der Jugend zur Kundgebung für Völkerfrieden und Sozialismus im herrlichen Stadion der Stadt Frankfurt. Die frischen blauen Kittel der Jungen wurden zu feldgrauen Uniformen. Statt der roten Sturmfahnen zogen Kriegsstandarten vor uns her. Die Rhythmen der Spielmannszüge wurden zum Gebrüll krepierender Granaten und Gasbomben. Die Freundschaftsrufe der Bevölkerung verwandelten sich in Wehegeschrei der Mütter um ihre erschlagenen und verstümmelten Söhne. Unausdenkbar, daß dieses Bild Wirklichkeit werden könnte; unausdenkbar, daß diese Jugend die Mordwaffen richten müßte gegen ihre Arbeitsbrüder jenseits der Grenzen, deren Vertreter an der Spitze unseres Zuges marschierten; unvorstellbar, daß die französischen Kinder in der Demonstration unsere Todfeinde sein könnten. Wir spürten es ganz stark und unmittelbar: Völkerhass ist Unglück und Unfug.

Wir wollen arbeiten an der Verständigung der Völker und an der Beseitigung des Chauvinismus im eigenen Land. Das ist eine große und leider immer noch aktuelle Aufgabe. Mitten im Jubel, der uns alle über den Ausgang des Jugendtages erfüllte, traf uns die schmerzliche Botschaft vom Zusammenbruch der englischen Arbeiterregierung, deren Außenminister Genosse Henderson die große Hoffnung aller Friedensfreunde für einen positiven Ausgang der

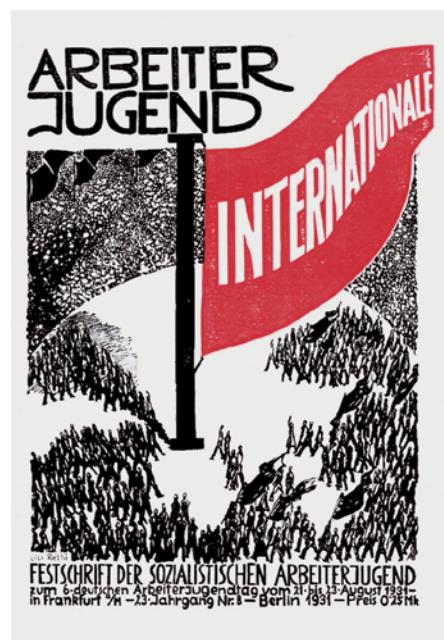
Genfer Abrüstungskonferenz war. Aber wir haben keine Zeit, über diesen Verlust zu trauern. Jetzt müssen wir unsere Friedensaktion verdoppeln, verdreifachen, vervielfachen. Kein Tag darf mehr vergehen, wo wir uns nicht bemüht haben, einen neuen Anhänger für den Frieden zu gewinnen, in dem wir einen neuen Kämpfer einreihen in die rote Front.

In Frankfurt marschierte die wirkliche rote Front, die die Einheit der jungen Arbeiterschaft unter unseren Bannern erstrebt und erhofft. Tief erschüttert waren wir alle, als unsere Leipziger Genossen mit schwarzumflogten Fahnen ammarschierten im Gedenken an ihren von Jungkommunisten erstochenen Freund Warkus. Was sich dort im Kommunismus zusammenfindet und Polizisten niederschießt, unsere Genossen erschlägt, was mit der finsternen Reaktion sich verbindet, wenn es gegen die moderne Arbeiterbewegung geht, das ist ein furchtbarer Hohn auf das klassenbewußte Proletariat. Mit diesen politischen Messerhelden wollen wir nichts zu tun haben und erst recht nichts mit den geistigen Urhebern dieser Untaten in den kommunistischen Parteibüros und Redaktionsstuben. Wir wollen zusammenstehen mit jedem Arbeiterjungen und Arbeitermädchen, die ehrlichen Willens sind, dem Sozialismus mit Leib und Seele und für ihr ganzes Leben zu dienen, die Aufbau höher setzen als Zerstörung, die das Bauvolk der kommenden Welt sein wollen.

Rotes Bauvolk wollen wir sein. Nach Frankfurt noch mehr und leidenschaftlicher als vordem. Das Erlebnis des Frankfurter Jugendtags hat unsere Kräfte ungeheuer gesteigert. Jetzt halten wir aus, was immer auch kommen möge. Die Parolen und Forderungen von Frankfurt lassen wir nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden, bis sie im Land unserer Sehnsucht, dem Sozialismus, erfüllt sind.

G. W.

Der 6. Frankfurter Arbeiterjugendtag 1931 ist eine der vielen Stationen aus dem Projekt »125 Jahre Arbeiter*innenjugendbewegung (1904–2029)«, das derzeit vom Archiv der Arbeiterjugendbewegung und dem Vorstand des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« entwickelt wird. Mittels eines konkreten Ereignisses werden darin zentrale Themen aus der Geschichte der Arbeiter*innenjugendbewegung beleuchtet, historisch kontextualisiert und sach-, fach- und zielgruppengerecht aufbereitet. Vielfältige, für Nutzer*innen downloadbare historische Quellen ermöglichen einen multiperspektivischen Blick auf das jeweilige Ereignis. Begleitende quellenkritische Fragestellungen und didaktische Methoden bieten eine unmittelbare Nutzung im Rahmen historisch-politischer Bildungsarbeit. Das Gesamtprojekt wird sukzessive in digitalen und analogen Angeboten zugänglich gemacht. ■



Cover der Arbeiterjugend. Monatsschrift der Sozialistischen Arbeiterjugend (1931) H. 8 AAJB, ZA 849

Abb. rechts: Fotografie eines Teilnehmers des 6. Arbeiterjugendtags in Frankfurt am Main (1931) AAJB, Fotosammlung, 02/2278

Abb. unten: Fotografien vom 6. Arbeiterjugendtag in Frankfurt am Main (1931) AAJB, Fotosammlung, 02/1792





Kurt Roth

1935 – 2025

Foto: Stadt Rheinstetten

ERINNERUNGEN AN KURT ROTH

*Winfried Höpfner · Klaus Krug-Beutner
Felix Leonhardt*

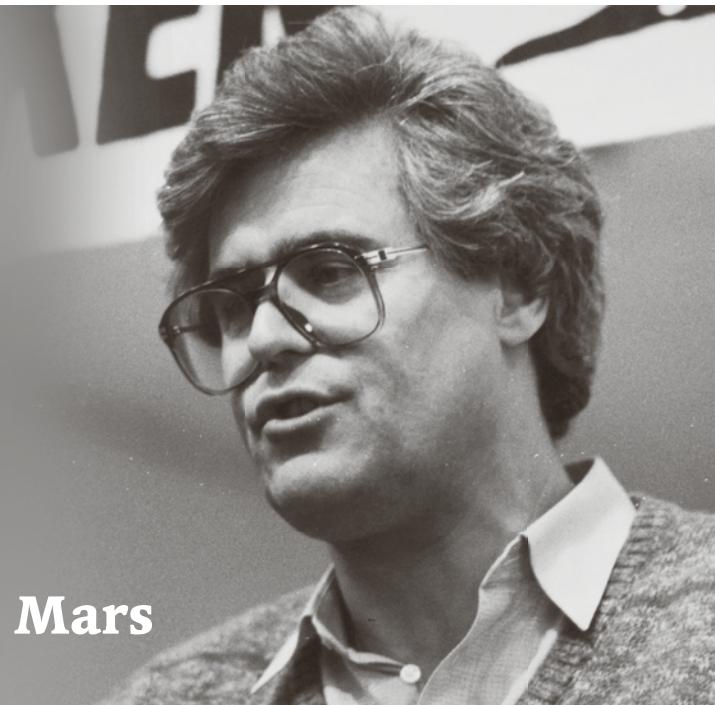
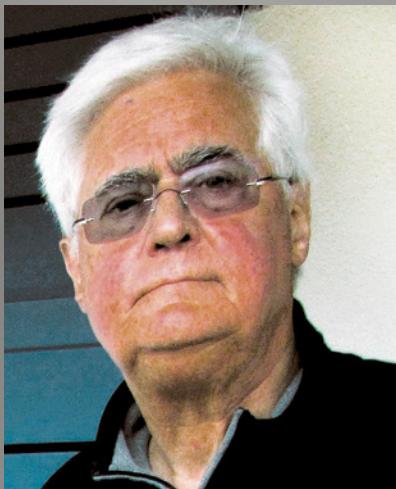
Kurt Roth, seit 1951 – und damit 74 Jahre – Mitglied der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken, ist am 23. Juni 2025 im Alter von 90 Jahren verstorben. Er wurde 1935 in Karlsruhe geboren und erlebte seine Kindheit im Karlsruher Höhenstadtteil Grünwettersbach. Nach der in den Kriegsjahren nicht einfachen Schulausbildung lernte er zunächst erfolgreich den Beruf des Drogisten. Geprägt durch sein Elternhaus, die Folgen der Nazizeit und die Nachkriegs-jahre war er schon früh politisch hellhörig und trat folgerichtig mit 16 Jahren der SJD – Die Falken bei. Von 1955 bis 1958 wirkte er hier als Sekretär des Landesverbandes Baden-Württemberg in Stuttgart. Zu dieser Zeit war vor allem die Erschließung des Zeltlagerplatzes Stöcklewald als »Wieder-gutmachung« für die Enteignung von Objekten der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) im Dritten Reich eines der zentralen Projekte im Landesverband. Hier war Kurt Roth an vorderster Linie mit dabei: So organisierte er etwa Ende der 1950er Jahre eine Hundertschaft der Polizei aus Karlsruhe-Durlach, um eine Stromtrasse in das an den Platz angrenzende Rohrbach legen zu lassen und so die Stromversorgung der sozialistischen Exklave im Schwarzwald sicherzustellen. Aufgrund seines langjährigen und intensiven Engagements bei der Etablierung des Zeltplatzes trägt das 2007 fertiggestellte Kurt-Roth-Haus auf dem Stöcklewald seinen Namen.

Nach seinem Soziologiestudium in Mannheim und Karlsruhe vertrat er auch weiterhin seine Vorstellungen für eine emanzipierte Kinder- und Jugendarbeit in zahlreichen Gremien

der Falken. Er gehörte in den 1960er Jahren dem Bundesvorstand an, war Vorsitzender des Bezirks Baden, den er auch im Bundesauschuss repräsentierte, und wirkte für die SJD – Die Falken im Landesjugendring. Dabei lag sein Fokus im Verband stets darauf, wie eine soziale, demokratische und gleichberechtigte Bildung und Erziehung der Jugend sichergestellt werden könnte. Zeit seines Lebens setzte er sich für die Interessen junger Menschen ein.

Als Vertreter der Falken im Stadtjugendausschuss Karlsruhe – damals noch mit den Stadtjugendringen anderer Städte vergleichbar – hat er als Vorsitzender und später hauptberuflich als dessen Geschäftsführer von 1970 bis 1983 die Jugendarbeit der Stadt Karlsruhe wesentlich mitgestaltet und geprägt. Dabei wurde erreicht, dass die Stadt die Aufgabe der freien Jugendhilfe vollständig auf den Stadtjugendausschuss übertragen hat. Im Jahre 1983 zum Leiter der Sozial- und Jugendbehörde berufen, hatte er auch aus dieser Perspektive immer den Gedanken einer sozialen, demokratischen und freien Kinder- und Jugendarbeit konsequent verfolgt. 1987 wurde er zum Bürgermeister der Stadt Rheinstetten bei Karlsruhe gewählt. Ein Amt, das er bis ins Jahr 2000 ausübte und in seiner eigenen engagierten Weise ausfüllte.

Dabei hat Kurt Roth – aller massiven beruflichen Auslastung zum Trotz – »seine Falken« nicht vergessen, sondern im Gegenteil die Entwicklung unseres Verbandes verfolgt und durchaus kritisch, aber immer auch großzügig begleitet. Die gelegentlichen, von ihm ausgehenden Treffen der »Altfalken« waren beliebt und sorgten dafür, dass auch dem Jugendarbeiter entwachsene Genoss*innen sich dennoch nicht fremd wurden. Er fehlt jetzt mit seiner humorvollen Art ebenso wie mit seinem kundigen Rat. Wir werden uns oft an ihn erinnern.



Reinhold Mars

1936 – 2025

Reinhold Mars auf der 19. Bundeskonferenz der SJD – Die Falken in Bremen (1983)
AAJB, Fotosammlung, PP 1

NACHRUF AUF REINHOLD MARS

Jörg Richard

Wie alle Wattenscheider und Bochum Falken kannte ich **Reinhold Mars** seit 1978. Als ehemaliger Falken-Bezirks- geschäftsführer im Westlichen Westfalen und SPD-Geschäfts- führer war er oft erster Ansprechpartner und Ratgeber, wenn wir vorwärtsdrängenden jungen Genossinnen und Genossen mal wieder eine »Wand« auf uns zukommen sahen. Frag den »ollen« Mars, hieß es dann. Meistens hat sein Rat geholfen, auch wenn er nicht immer sofort gefallen hat.

Wirklich näher kennengelernt habe ich ihn im Jahr 1990, noch kurz vor der Wiedervereinigung. Wir waren zusammen mit Heinz Droste, dem damaligen Platzwart der »Falken- Hütten« in Oer-Erkenschwick, einige Tage in den späteren neuen Bundesländern unterwegs. Im Auftrag des Zeltlager- platz e.V., dessen Vorsitzender Reinhold Mars viele Jahre war, wollten wir Restitutionsansprüche des Verbandes auf ehemalige Immobilien der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) ausfindig machen. In der Sache waren wir zwar wenig erfolg- reich, aber Reinhold habe ich in diesen Tagen schätzen gelernt. Er war ein neugieriger, wissensdurstiger, immer fragender, oft auch insistierender Mensch. Nichts war für ihn gegeben oder unveränderlich. Selten gab er sich mit der ersten Antwort seines Gegenüber zufrieden. Er wollte Fakten hören und gab sich nicht mit »Geschichten« zufrieden. Diese Haltung, die sich perfekt mit dem Satz: »Es gibt keine dummen Fragen, nur dumme Antworten« zusammenfassen lässt, war prägend für unseren Road-Trip durch die ehemalige DDR

und sie hat auch mich nachhaltig geprägt. Eine andere Eigen- schaft, die Reinhold Mars nachgesagt wurde, ist eine gewisse, nicht gering ausgeprägte Sparsamkeit. Natürlich haben wir, um Kosten zu sparen, in den Bildungsstätten der FDJ und auf Zeltlagerplätzen der Pioniere – und nicht in Hotels – über- nachtet. Mobilisiert waren wir mit seinem Dienstwagen, einem Audi 100. Reinhold war zu diesem Zeitpunkt stellvertretender SPD-Landesgeschäftsführer in NRW. Natürlich war der Audi, »auf Parteikosten«, wie Reinhold sagte, bei Abfahrt nicht nur bis zum Anschlag vollgetankt, im Kofferraum lagen auch noch zwei gut gefüllte 20-Liter-Kanister.

Geboren wurde Reinhold im Jahr 1936. Den Krieg und die Nazi-Diktatur hat er als Kind und die schweren Jahre nach 1945 als Jugendlicher erlebt. Diese Zeit hat ihn geprägt. Für ihn war schnell klar, dass nur Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit Kriege verhindern können. Internationale Solidarität war für ihn deshalb unverzichtbar – nicht nur als leeres Postulat, sondern als für junge Menschen erlebbare Realität. Für internationale Solidarität setzte er sich in den Gremien der International Union of Socialist Youth (IUSY) und dem International Falcon Movement/Socialist Educational International (IFM/SEI) im Auftrag des Verbandes ein. Die Teilnahme an und die Initiierung zahlreicher internationaler Begegnungs- maßnahmen waren ihm wichtig.

Einer der Höhepunkte war sicher die Durchführung des IFM-Camps 1994 auf dem »Willy-Brandt-Zeltplatz« des Bezirks Westliches Westfalen in Reinwarzhofen. Ohne Reinholds Engagement bei der Vergabe des Camps an die Sozialistische Jugend Deutschlands wäre der Verband nie Ausrichter ge- worden. Ohne seine Erfahrung und seine Kontakte und

Freundschaften in der Region Thalmässing wären es dem Verein zur Förderung der Jugendarbeit Dortmund e. V. und dem Team rund um Jochen Schmidt nie möglich gewesen, mehr als 4 000 Kinder und Jugendliche aus über 50 Nationen 14 Tage lang auf einem Platz, der eigentlich nur eine Kapazität für 2 000 Menschen hat, zu versorgen. Der Zeltplatz in Reinwarzhofen war zeitlebens ein »zweites Zuhause« für Reinhold Mars – nicht bloß in den Jahren seiner Tätigkeit als Bezirksgeschäftsführer der Falken im Westlichen Westfalen. Nicht nur er hat den Zeltplatz geprägt, auf dem er in den 1960er Jahren seine Frau Wiltrud kennen und lieben lernte, der Platz hat auch ihn geprägt. Im Ort Reinwarzhofen und in der gesamten Marktgemeinde Thalmässing war er geschätzt und anerkannt – obwohl er ein Sozi war. Alle wussten, er lässt sich nicht über den Tisch ziehen, aber sein Handschlag gilt.

Nach seiner hauptamtlichen Falkenzeit war Reinhold Mars viele Jahrzehnte lang bis zu seinem Tod stellvertretender Vorsitzender des Trägervereins, nie aber dessen Vorsitzender. Dieses Amt sah er immer bei dem oder der jeweiligen Falken-Bezirksvorsitzenden. Die Kinder- und Jugendorganisation, das war sein Verbandsverständnis, sollte immer das politisch bestimmende Element sein. Seine Aufgabe sah er darin, den Platz zu erhalten, auszubauen und seine Wirtschaftlichkeit zu sichern. Bis zu seinem Tod hat er sich ehrenamtlich um das Belegungsmanagement (am PC!!!) gekümmert. Geschmerzt hat ihn die Tatsache, dass in den letzten beiden Jahrzehnten die Buchungen des Verbandes deutlich hinter denen anderer Organisationen zurückfielen.

Reinhold Mars gehörte, er war halt ein WW-Funktionär, zu den »Rechten« im Verband. Auf der Bundeskonferenz 1973 in Gelsenkirchen setzte er sich für Dieter Lasse und gegen den dann gewählten Kandidaten der »Linken«, Konrad Gilges, als Bundesvorsitzenden ein. Als es jedoch im Nachgang der Konferenz intensive Debatten innerhalb der unterliegenden Fraktion über eine Abspaltung vom Verband gab, sprach sich Reinhold vehement dagegen aus und half aktiv mit, diese zu verhindern. Aus seinem Verständnis der Arbeiterbewegung heraus war der Zusammenhalt, die Einheit und Stärke der Organisation viel wichtiger als die Mehrheit für die eigenen Positionen oder den eigenen Kandidaten. Rückzug war für ihn keine Option. Im Gegenteil, er übernahm weiterhin und sogar mehr Verantwortung im Bundesvorstand, in ausdrücklicher Absprache mit dem neuen Vorsitzenden Konrad Gilges.

Auf der Bundeskonferenz der Falken in Essen 1985 wurden Reinhold Mars zum Vorsitzenden der Bundeskontrollkommission und sein Freund Roland Klapprodt zum Bundesvorsitzenden gewählt. Als die Bundeskonferenz in Hamburg 1987 die aktive Beteiligung des Verbandes am Volkszählungsboykott beschloss, maßgeblich initiiert durch den damaligen Vorsitzenden der Braunschweiger Falken Sigmar Gabriel, waren beide, Reinhold und Roland, gefordert, massiven

Schaden vom Verband abzuwenden. Die damalige Bundesjugendministerin Rita Süßmuth drohte damit, den Falken die Gemeinnützigkeit und Förderwürdigkeit abzuerkennen, sollte der Konferenzbeschluss umgesetzt werden. Mit Courage, Haltung und Argumentationskraft gelang es Reinhold Mars und Roland Klapprodt die Bezirks- und Landesvorsitzenden der Falken von der Aussetzung des Beschlusses zu überzeugen. Ohne dies hätte die Geschichte des Verbandes in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts einen anderen, weniger positiven Verlauf genommen.

Reinholds Engagement in der SPD, sowohl als Geschäftsführer im Unterbezirk Bochum als auch als stellvertretender Geschäftsführer im Landesverband NRW, angemessen zu würdigen, würde den Rahmen dieses Textes sprengen. Reinhold Mars war nie ein politischer »Lautsprecher«, den es selbst auf die große Bühne gedrängt hat. Er sah seine Aufgabe darin, die Organisation der Partei zu stärken und diese so kampagnenfähig zu machen. Seine Arbeit hatte bedeutenden Anteil an den großen Wahlerfolgen von Johannes Rau in NRW. Den Leitgedanken von Herbert Wehner »Organisation ist Politik« hat Reinhold Mars in bester Art und Weise in seiner Parteiarbeit gelebt.

Reinhold war zeitlebens ein Kämpfer für Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit. Er war aber auch Genussmensch. Ihn erfreuten Musik und Literatur genauso wie ein leckeres Essen, begleitet von einem guten Wein und einem Schnaps danach. Sehr oft durfte ich vor allem letztere Freuden mit ihm teilen. Gleichheit hieß für Reinhold Mars immer, dass es allen Menschen gleich gut und nicht gleich schlecht gehen soll. Für ihn war immer klar, dass zufriedene, glückliche, das Leben genießende Genossinnen und Genossen die besten Kämpfer und Kämpferinnen für den Sozialismus sind.

50 JAHRE POLITISCHE BILDUNGSSARBEIT

50 Jahre Sozialistisches Bildungszentrum/ Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick

1975 öffneten sich die Tore des Sozialistischen Bildungszentrums (SBZ) Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick als Bundes- und Landesbildungsstätte der Sozialistischen Jugend Deutschlands

(SJD) – Die Falken. Das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus prägt die Bildungsarbeit des SBZ bis heute – ob in Schulklassenseminaren, Fortbildungsveranstaltungen oder Workshops. Die Referent*innen der Bildungsabteilung und die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen ermöglichen jedes Jahr ein vielfältiges Programm v. a. für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene und so einen Raum des Voneinander- und Miteinanderlernens. Die engagierten Menschen in Geschäftsführung und Verwaltung, in Küche, Reinigung und Technik bieten den unerlässlichen Rahmen und die Infrastruktur für die alltägliche Arbeit; und nicht zu vergessen: der ehrenamtlich arbeitende Vorstand des Trägervereins des SBZ (Sozialistische Bildungszentrum Haard e. V.).

Mit einem Festakt dankte das SBZ am 23. August 2025, all den aktuellen und ehemaligen Mitarbeiter*innen und Weggefährten. Neben Kaffee, Kuchen und Kinderbelustigung sprachen die Vorsitzende des SBZ-Trägervereins, Barbara Muche, der Staatssekretär i. R. Prof. Klaus Schäfer, der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Rolf Mützenich, Micki Börchers und Jonathan Schweizer für den Bundesvorstand der SJD – Die Falken, Maja Iwer für den Landesvorstand in NRW sowie der Geschäftsführer des SBZ, Martin Töben. Im Anschluss gab es vielfältige Unterhaltungsmöglichkeiten rings um das SBZ: Das Archiv der Arbeiterjugendbewegung bot Führungen durch die Magazine und viel Antiquarisches zum Stöbern und Mitnehmen an; eine Fotoausstellung ermöglichte Einblicke in fünfzig Jahre SBZ, während mit einer Fotobox neue Erinnerungen geschaffen werden konnten; eine Samba-Truppe zeigte ihr Können, ein Duo bot chilenische Musik und abends klangen Arbeiterlieder durch die Lüfte. Auf die nächsten fünfzig, hundert und mehr Jahre!



Herbert Wehner besichtigt die Baumaßnahmen des SBZ (1974) AAJB, Fotosammlung, 07/87



Postkarte des SBZ (1977) AAJB, PK 382



Luftansicht des SBZ-Geländes (1976) AAJB, PK 186





So verändern
wir die Welt!?

Theorie und Praxis sozialistischer Erziehung

Jahrestagung des Archivs
der Arbeiterjugendbewegung
16./17. Jan. 2026, Oer-Erkenschwick

Anmeldungen unter: www.arbeiterjugend.de

SOZIALISTISCHE ERZIEHUNG zielt auf eine grundlegende Veränderung von Gesellschaft in der Verbindung von Pädagogischem mit Politischem. Sie war und ist nie nur Theorie, sondern stets auch Praxis: in der Gruppenstunde, auf einer Demonstration, im Zeltlager. Auf diese Weise soll idealerweise der:die Einzelne – unabhängig von Geschlecht oder Herkunft – zu einem vernunftorientierten, gerechten, mündigen Subjekt werden, das im eigenständigen politischen Denken und Handeln, solidarisch über (nationale) Grenzen hinweg, in kritischer Reflexion der Machtverhältnisse und in Abwehr faschistischer und autoritärer Regime die Gesellschaft gestalten kann. Die Jahrestagung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung nimmt in Vorträgen und Gesprächsforen die Theorie und Praxis sozialistischer Erziehung vom frühen 20. Jahrhundert bis heute kritisch in den Blick.

PROGRAMM JAHRESTAGUNG DES ARCHIVS 16./17. JANUAR 2026

FREITAG, 16. JANUAR 2026

- 17⁰⁰ Veit Dieterich (Berlin) · *Moderation: Bärbel van Dawen (Köln)*
Begrüßung und Vorstellung des Programms
- 17³⁰ Ingrid Miethe (Gießen)
Sozialistische Erziehung: Anspruch – Kontroversen – Differenzierungen
- 18³⁰ Maria Daldrup · Arne Schott (Oer-Erkenschwick)
»Der Mensch ist niemals fertig erzogen.«
Sozialistische Erziehungspraxis in Quellen aus dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung
- 19¹⁵ **Führung durch das Archiv der Arbeiterjugendbewegung**
- 20⁰⁰ *Abendessen und Ausklang im Roten Falken*

SAMSTAG, 17. JANUAR 2026

- 9⁰⁰ **Begrüßung** Veit Dieterich (Berlin)
- 9¹⁵ Bernd Dobesberger (Linz) · Wolfgang Uellenberg-van Dawen (Köln)
Rote-Falken-Pädagogik in Österreich und Deutschland
- 10³⁰ **Pause**
- 10⁴⁵ Kay Schweigmann-Greve (Hannover)
Mit Hordentopf und Rucksack in die Bonner Republik
- 11³⁰ Philipp Schweizer (Erfurt)
Arbeit am subjektiven Faktor. Sozialistische Erziehung und Bildung in den 1950er Jahren
- 12¹⁵ **Mittagessen**
- 13⁰⁰ Gudrun Probst-Eschke (Hamburg) · Hildegard Fuhrmann (Köln)
Auf- und Umbrüche in der Falkenpädagogik der 1960er und 1970er Jahre

SAMSTAG, 17. JANUAR 2026

- 13⁴⁵ **GESPRÄCHSFOREN**
- A** *Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun: Sozialismus und Selbstorganisation*
- B** *Revolutionierung der Köpfe: Erziehung zum Klassenkampf*
- C** *Von Falken, Frauen und Feministinnen: Bundesfrauenkonferenzen als Wege zur Selbstermächtigung*
- D** *Erziehung in der Gemeinschaft zur Gemeinschaft: Pädagogik in der Gruppenarbeit*
- 16¹⁵ **Kaffeepause**
- 16⁴⁵ **Aus den Gesprächsforen**
- 17¹⁵ Maja Iwer (Oberhausen) · Karina Kohn (Bochum) · Jonathan Schweizer (Erfurt)
Politische Erziehung heute
- 18⁰⁰ **Abschlussdiskussion**
- 18³⁰ *Ende der Veranstaltung und Abendessen*

BEGLEITPROGRAMM

- LESUNG** Michael Dehmlow (Berlin):
 Die proletarische Faust. Autobiografische Erzählungen
- AUSSTELLUNG** Georg Hans Trapp (1900 – 1977), Zeichner von Flossenbürg: Frühe Werke



ARCHIV DER ARBEITERJUGENDBEWEGUNG

Haardgrenzweg 77 | D-45739 Oer-Erkenschwick
 Tel.: 02368.55 993 | archiv@arbeiterjugend.de

23. Mitgliederversammlung des Förderkreises ›Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung‹ am 18. Januar 2026

Liebe Genoss*innen,

herzlich laden wir ein zur 23. Mitgliederversammlung des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« am Sonntag, dem 18. Januar 2026, von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr (inkl. anschließendem Mittagessen) in Oer-Erkenschwick.

Nach Paragraf 5 der Satzung des Förderkreises wurde die ordnungsgemäße Einladung zur Mitgliederversammlung im November 2025 in schriftlicher Form versendet. Die Einladung in den Mitteilungen dient nur als Erinnerung.

Anmeldungen werden erbeten per Mail über **archiv@arbeiterjugend.de**.

Freundschaft!



Veit Dieterich
Vorsitzender des Förderkreises



Maria Daldrup
Geschäftsführerin des Förderkreises

TAGESORDNUNG

**23. Mitgliederversammlung des Förderkreises, ›Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung‹ – 18. Januar 2026, 10.00 – 12.00 Uhr
Archiv der Arbeiterjugendbewegung, Oer-Erkenschwick,**

TOP 1 Begrüßung und Formalia

TOP 2 Berichte

2.1 Die Arbeit des Vorstandes Veit Dieterich

2.2 Die Arbeit im Archiv der Arbeiterjugendbewegung Maria Daldrup, Arne Schott

2.3 Die Arbeit der »Stiftung zur Förderung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung und der sozialistischen Kinder- und Jugendarbeit« Stiftungsvorstand

2.4 Bericht aus dem Kuratorium Prof. Klaus Schäfer

2.5 Diskussion der Berichte

TOP 3 Finanzbericht des Zeltlagerplatz e. V.

TOP 4 Entlastung des Vorstandes

TOP 5 Satzungsändernder Antrag: Anpassung der Mitgliedsbeiträge

TOP 6 Festlegung der Anzahl der Beisitzer*innen zum Vorstand gemäß §7c

TOP 7 Wahlen gemäß der Satzung

7.1 Wahl: Vorsitzende*

7.2 Wahl: Stellvertretende Vorsitzende

7.3 Wahl: Beisitzer*innen

7.4 Bestätigung der Leiterin des Archivs als Mitglied des Vorstands

TOP 8 Weitere Anträge

TOP 9 Verschiedenes

Autor*innen dieser Ausgabe

»Mitteilungen« 2_2025



Andreas
Charis



Maria
Daldrup



Veit
Dieterich



Nicole
Götzemann



Winfried
Höpfner



Klaus
Krug-Beutner



Felix
Leonhardt



Jana
Malm



Laurette
Rasch



Jörg
Richard



Arne
Schott



Anna-Lena
Tiedemann



Wolfgang
Uellenberg-van Dawen

ANDREAS CHARIS, M. A., studierte Neuere und Neueste Geschichte/Zeitgeschichte sowie Europäische Ethnologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, am Trinity College Dublin, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Basel. Seit November 2022 promoviert er am Lehrstuhl für Geschichte Westeuropas und der transatlantischen Beziehungen der HU Berlin zu antirassistischem Engagement von ›Migrant*innen‹ in der Bundesrepublik Deutschland, 1980er bis 2000er Jahre.

MARIA DALDRUP, M. A., geb. 1980, studierte Geschichte, Fachjournalistik, Soziologie und Germanistik an der Universität Gießen. Nach einem Volontariat im Verlag Westfälisches Dampfboot in Münster (2008–2009) arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Projekt »Bevölkerungsfragen« (Universität Oldenburg, 2009–2013) sowie im DFG-Projekt »Erschließung und Digitalisierung des Fotografen-Nachlasses Julius Groß« im Archiv der deutschen Jugendbewegung (2014–2015). Hiernach war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Fachjournalistik Geschichte an der Universität Gießen (2017–2019). Überdies arbeitete sie als Hochschuldozentin sowie freiberufliche Historikerin in verschiedenen Projekten, u. a. beim Deutschen Jugendherbergswerk. Seit 2019 ist sie Leiterin des Archivs der Arbeiterjugendbewegung.

VEIT DIETERICH, geb. 1974, arbeitet an den Schnittstellen von Tourismus und politischer Bildung. Von 2003 bis 2006 war er Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, ist aktuell zweiter Vorsitzender des Zeltlagerplatz e. V. Berlin-Heiligensee – und seit 2024 Vorsitzender des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«.

NICOLE GOTZELMANN, M. A., geb. 1999, ist seit Oktober 2024 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien. Sie studierte Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft in Dresden und München. Der Fokus ihrer Forschung liegt auf der Kultur- und Sozialgeschichte des Kalten Kriegs in Kombination mit biografischen Zugängen. In ihrer Dissertation befragt sie die Erfahrungen der westdeutschen, österreichischen und schweizerischen Teilnehmer*innen der sechsten Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1957 in Moskau auf Selbstverortungen und Mitgestaltungspotenziale im Systemkonflikt.

WINFRIED HOEPFNER, geb. 1940 in Prag wurde ich 1946 im Rahmen der Bevölkerungsverschiebung (die man damals noch nicht Migration nannte) nach Karlsruhe vertrieben. Seitdem kann ich gut nachfühlen, was Flüchtlingskinder heute durchleben müssen. Mit 14 Jahren kam ich über das Klettern am Battert bei Baden-Baden zu den Falken und wurde erst dort sozial eingebunden und politisiert. Funktionen im damaligen Landesverband Baden und dem Ortsverband Karlsruhe übte ich bis Ende der 1960er aus. Bedingt durch die weitere berufliche Entwicklung und die gerade gegründete Familie ist der Kontakt zu den Falken dann schwächer geworden, ganz abgerissen aber nicht. Beruflich war ich in der Kommunalverwaltung tätig, zeitweise in leitender Funktion. Seit 2004 lebe ich hier als pensionierter Weltbummler.

KLAUS KRUG-BEUTNER, geb. 1967 in Karlsruhe; war von 2001 bis 2008 hauptamtlicher Sekretär bei der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, Landesverband Baden-Württemberg, seit 1984 ehrenamtlich in diversen Falkengremien aktiv und seit 1993 im Vorstand des Zeltlagerplatzes »Stöcklewald«. In der übrigen Zeit fährt er LKW.

FELIX LEONHARDT, geb. 2002, studierte an der Universität Heidelberg Politikwissenschaft und Bildungswissenschaft; ist seit 2017 bei der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken engagiert, von 2021 bis 2024 als SJ-Ring-Leiter, seit 2024 Co-Vorsitzender der SJD – Die Falken in Baden-Württemberg, seit 2025 Mitglied des Bundesvorstandes.

JANA MALMS, geb. 1995 in Mainz, studiert im Master Soziologie an der Universität Bielefeld. Von 2017 bis 2020 war sie im Landesvorstand der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, Rheinland-Pfalz, davon ein Jahr als kommissarische Landesvorsitzende. Nach dem Abitur auf dem zweiten Bildungsweg wurde ihr durch ein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung das Studium ermöglicht. Wenn sie sich in ihrer Freizeit nicht damit beschäftigt, wie sich queere Perspektiven mit einem materialistischen Klassenstandpunkt vereinen lassen, singt sie in der Osnabrücker Punk-Kombo »Finn von Gestern«.

LAURETTE RASCH, geb. 1978, hat eine grundständige Ausbildung in Gesundheits- und Krankenpflege, einen B. A. im Berufsschullehramt für Gesundheits- und Sozialwissenschaften und M. Sc. Public Health absolviert und arbeitet zu Fragen der Gesundheitsförderung in und durch Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

JÖRG RICHARD, geb. 1960; seit 1977 Mitglied der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, von 1979 bis 1985 Vorsitzender, von 1985 bis 1991 Verbandssekretär des Unterbezirks Bochum; Vorsitzender des Stadtjugendringes Bochum; von 1991 bis 2002 Landesgeschäftsführer der Falken in NRW, von 1992 bis 2002 in der IFM/SEI-Kontrollkommission; zwischen 1995 und 2002 Vorsitzender des Landesjugendrings NRW; seitdem und bis heute: Abteilungsleiter Verbandspolitik, Kommunikation und IT bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Bezirk Westliches Westfalen.

ARNE SCHOTT, M. A., studierte Geschichte und Soziologie an der Universität Trier. Zuletzt war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Heidelberg tätig. Dort arbeitete er im Projekt »Aushandlung und Teilhabe im Programm ›Humanisierung des Arbeitslebens‹« (2018–2021, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung) und verfasst im Moment seine Dissertation zu eben diesem Themengebiet. Seit Juli 2022 arbeitet er als Archivpädagoge im Archiv der Arbeiterjugendbewegung.

ANNA-LENA TIEDEMANN, geb. 1996, studierte im Bachelor Geschichte und Philosophie und im Master Internationale Geschichte der Neuzeit an der Friedrichs Wilhelm Universität in Bonn. Derzeit arbeitet sie an ihrem Promotionsprojekt, einer Publikationsanalyse linkssozialistischer, deutschsprachiger Diskurse in der Zwischenkriegszeit am Institut für Osteuropäische Geschichte in Bonn, betreut von Prof. Dr. Martin Aust. Sie hat ein Promotionsstipendium des Evangelischen Studierendenwerks Villigst und beteiligt sich am Villigster Forschungsforum zu Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus e. V.

WOLFGANG UELLENBERG-VAN DAWEN, Dr., geb. 1950, Promotion im Fach Geschichte. Ehemaliger Leiter des Ressorts Politik und Planung in der ver.di-Bundesverwaltung, langjähriger Vorsitzender des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« (2004–2024), weiterhin im Vorstand tätig.

MITTEILUNGEN

AUSGABE
II_2025

Die »Mitteilungen des Archivs der Arbeiterjugendbewegung« werden vom Förderkreis »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« und dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung herausgegeben.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Maria Daldrup und Arne Schott
unter Mitarbeit von Veit Dieterich, Hildegard Fuhrmann
und Wolfgang Uellenberg-van Dawen

Gestaltung: Gerd Beck

Umschlagabbildung: Jugendtag in Weimar (1920)
AAJB, Fotosammlung, 02/3255



Archiv der Arbeiterjugendbewegung
Haardgrenzweg 77
D-45739 Oer-Erkenschwick
Telefon: 02368.55993
archiv@arbeiterjugend.de
www.arbeiterjugend.de

Bankverbindung Zeltlagerplatz e.V./
Förderkreis
Sparkasse Vest Recklinghausen
IBAN DE96 4265 0150 0000 7012 84
SWIFT/BIC WELA DED1 REK

ISSN 1866-3818

In einigen Fällen konnten die Inhaber*innen von Rechten an Fotografien nicht ermittelt werden.
Etwaige Rechteinhaber*innen werden gebeten, Kontakt mit dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung aufzunehmen.

